EU-Skeptiker: Furcht der Etablierten wächst S.6

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 6 – 8. Februar 2014

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Zur Enteignung freigegeben
Der Zugriff des Staates auf Vermögen, aber auch Erspartes wird enttabusiert **2**

Preußen / Berlin

Auch Berlin im NSU-Sumpf?
Ex-V-Mann behauptet: LKA hat mir gedroht, wenn ich auspacke **3**

Hintergrund

Heute herrschen andere
Die Marinen Großbritanniens und Spaniens sind nur noch ein Schatten ihrer selbst **4**

Deutschland

Frankophile Nervensägen
Landesregierung will die Saarländer zum Französischlernen treiben **5**

Ausland

Von EU-Skeptikern getrieben
Auch niederländischer Premier auf Distanz zu Brüssel **6**

Kultur

Raserei im Schauspielhaus
Deutschlands größte Sprechbühne hat neue Intendantin **9**

Geschichte

Ein einziges Kommen und Gehen
Regierungen in Zentralafrika **11**





Missachtete Schutzpflicht: Auch die Initiative „Rechtsanwälte gegen Totalüberwachung" kritisiert den Staat Bild: action press

Vorwurf Komplizenschaft

Computerclub verklagt Bundesregierung wegen Untätigkeit bei NSA-Spionage

Ausgerechnet der „Chaos Computer Club" (CCC) weist mit seiner Klage den deutschen Staat auf seine Pflichten gegenüber seinen Bürgern hin.

Die NSA-Spionage-Affäre hat ein juristisches Nachspiel für Berlin. Der CCC hat gemeinsam mit der „Internationalen Liga für Menschenrechte" und der Vereinigung „Digitalcourage" Strafanzeige bei der Bundesanwaltschaft gegen die Bundesregierung sowie die Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes (BND), des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) und des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) gestellt.

Der CCC räumt ein, dass auch ihm klar ist, dass jeder Bundesbürger von massenhafter Ausforschung betroffen ist. Dagegen sei er jedoch durch unsere Gesetze geschützt, und Amtspflicht der genannten Organe sei es, die Einhaltung dieser Gesetze zu überwachen und durchzusetzen.

Gegen die Pflicht aber hätten die Bundeskanzlerin, der Bundesinnenminister und die deutschen Geheimdienste verstoßen, daher seien Ermittlungen der Bundesanwaltschaft geboten, ja, „eine rechtsstaatliche Selbstverständlichkeit", so Julius Mittenzwei, Jurist und langjähriges CCC-Mitglied, und fügt an: „Es ist bedauerlich, dass gegen die Verantwortlichen und die Umstände ihrer Straftat nicht längst ermittelt wurde."

Die Kritik ist weder naiv noch Heuchelei

Kritiker werfen den Klägern Naivität, eine Zeitung gar Heuchelei vor: Gerade der CCC kämpfe doch immer für den offenen Zugang zu allen möglichen Daten im Netz. Da sei das Pochen auf Geheimnisschutz verlogen.

Die Kritik geht am Kern völlig vorbei: Niemand ist überrascht, das Geheimdienste spionieren. Doch selbstverständlich ist es die Pflicht einer Regierung, ihr Volk vor den Zugriffen fremder Dienste zu schützen und die Einhaltung des Rechts durchzusetzen.

Die aufreizende Gleichgültigkeit, mit welcher Bundeskanzlerin Angela Merkel die Enthüllungen über die US-Spionage in Deutschland quittiert hat oder der dreiste Versuch ihres damaligen Kanzleramtsministers Ronald Pofalla, die Affäre mit dem Wort „beendet" vom Tisch zu wischen, sind nur zwei von vielen Anhaltspunkten für den Verdacht, dass die Verantwortlichen nicht einmal willens sind, ihren Pflichten nachzukommen. Daher ist die Klage berechtigt. Der CCC ruft alle Bürger auf, sich ihr anzuschließen.

Für den Rechtsstaat Bundesrepublik steht eine Nagelprobe an. Sein Fundament ist der Grundsatz, dass vor dem Gesetz alle gleich sind, auch die hohe Politik und die Geheimdienste. Verstoßen sie dagegen, so ist das zu ahnden. Zudem geht es um die Souveränität Deutschlands: Lässt es unsere Regierung sehenden Auges zu, dass fremde Mächte unsere Gesetze auf unserem Territorium brechen, und deckt sie diese dabei sogar? Dies wäre Beihilfe zu einer Straftat, Komplizenschaft zum Schaden des eigenen Volkes. Es wird genau zu beobachten sein, wie gründlich die deutsche Rechtsprechung dem Verdacht nachgeht und welches Urteil sie fällt. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Kriegspfad

Erst die Verteidigungsministerin und der Außenminister, dann die Kanzlerin und nun der Bundespräsident. Deutschlands Politiker auf dem Kriegspfad. Galt in der deutschen Außenpolitik bisher das Postulat, bei internationalen Krisen und Konflikten politisch an der Schaffung eines Ausgleichs zwischen den Kontrahenten mitzuwirken, rückt jetzt die aktive und sogar militärische Einflussnahme in den Vordergrund. Zur Begründung heißt es, ein großes Land wie Deutschland sei in der Verantwortung, sich am Aufbau stabiler staatlicher Strukturen in anderen Ländern zu beteiligen.

Gewiss hat Deutschland als europäische Führungs- und weltweit agierende Wirtschaftsmacht auch weit jenseits seiner Grenzen Interessen. Wer jedoch deutsche Soldaten in den Einsatz und damit unter Umständen in den Tod schicken will, muss diese zuvor klar benennen. Er muss erklären, zu welchem Zweck und mit welchen Erfolgsaussichten die Bundeswehr im Ausland eingesetzt werden soll. Ebenso allgemein wie nichtssagend von „globaler Verantwortung" und einer „Pflicht zur Einmischung" zu sprechen, genügt nicht.

Besonders bemerkenswert ist der Sinneswandel bei Bundespräsident Joachim Gauck, der plötzlich fordert, Deutschland dürfe sich nicht länger „hinter seiner historischen Schuld verstecken", sondern solle sich „substanzieller, entschiedener und auch militärisch" einbringen. Und das im „Superjahr des Gedenkens", in dem er sich beispielsweise „eine deutsche Beschäftigung mit dem Ersten Weltkrieg nur aus Respekt vor dem Leid derer, die damals durch uns bekämpft wurden" vorstellen kann. Wie mag er wohl eines Tages über die Einsätze der Bundeswehr sprechen?

Furcht vor viel Zuwanderung

EU ermahnt Schweiz wegen Referendum

Obwohl EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso bereits mit Strafe drohte, sind die Schweizer zwiegespalten. Am 9. Februar nun müssen sie sich entscheiden, ob sie mehr Furcht vor Massenzuwanderung haben oder vor der Möglichkeit, dass Brüssel wichtige Freihandelverträge mit der Schweiz aufkündigt, weil das Land die Freizügigkeit der EU verletzt.

Die letzten Umfragen vor dem Referendum „Initiative gegen Masseneinwanderung", das von der nationalkonservativen Schweizer Volkspartei (SVP) veranlasst wurde, ergaben, dass 50 Prozent gegen den SVP-Vorschlag von festen Zuwandererquoten waren und 43 Prozent dafür. Da seit einiger Zeit die Zustimmung zu dem Referendum wächst, befürchtet die Schweizer Regierung, dass sie einen schwer erfüllbaren Auftrag vom eigenen Volk erhalten könnte, der ihr den Unfrieden mit Brüssel einbringen wird. Von Seiten der EU wurde jedenfalls daran erinnert, dass jeder dritte Franken durch den Handel mit der EU verdient werde, was größtenteils dem privilegierten Zugang zum europäischen Binnenmarkt zu verdanken sei.

Auch für Briten wird das Thema wichtiger

Doch selbst wenn die Schweizer sich im Sinne Brüssels entscheiden, muss die EU offenbar bald gegenüber Großbritannien ähnliche Reden schwingen. Denn dort fordern Abgeordnete der regierenden Torys, Grenzkontrollen für Rumänen und Bulgaren wieder einzuführen. Auch dies geschieht aus Furcht vor Masseneinwanderung infolge der EU-Freizügigkeit und würde ganz offen gegen EU-Recht verstoßen. Da Einwanderung aber laut Umfragen die Briten inzwischen sogar mehr beschäftigt als die Entwicklung der Wirtschaft, werden auch Ermahnungen aus Brüssel das Thema nicht von der Tagesordnung drängen können. *Bel*

(Siehe Kommentar Seite 8)

Zu Tode gespart

Schon geringe Herausforderungen zeigen, wie wehrlos Europa ist

Die Frage, ob sich Deutschland mit militärischen Mitteln in Afrika einmischen soll, bewegt derzeit die Gemüter. Diese Debatte wird indes nur politisch geführt. Es geht um Verantwortung, Interessen, Bündnistreue, die Legitimität militärischer Intervention und ähnliche Kategorien.

Die Frage, ob die Bundeswehr personell und materiell überhaupt in der Lage ist, einen weiteren Auslandseinsatz von ungewisser Dauer und vor allem mit ungewissem Verlauf zu stemmen, wird hingegen nicht aufgeworfen. Dabei hätte sich die Debatte mit ihrer Beantwortung vorerst von selbst erledigt. Denn gerade in den in Rede stehenden Bereichen Lufttransport und Sanitätsversorgung sind die Ressourcen weitgehend erschöpft.

Die Streitkräfte der europäischen Partner stehen nicht besser da. Die einstige Kolonialmacht Frankreich

Auslandseinsätze verdecken Problem

kommt in Mali und Zentralafrika nicht einmal gegen militärisch unterlegene Stämme und Banden an und muss ihre Bündnispartner um Hilfe bitten. Großbritannien, einst Herrscherin über die Weltmeere, kann seine eigenen Küsten nicht mehr effektiv sichern. Und beide Länder müssen nach wenigen Luftschlägen gegen das Gaddafi-Regime die USA um Munition bitten, weil ihre Vorräte erschöpft sind. Spanien, ein wichtiger Baustein der kollektiven Sicherheitsarchitektur Europas, ist praktisch dabei, sich daraus zu verabschieden. Es wird eine offene Südwestflanke und erhebliche Lücken bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung über das Mittelmeer zurücklassen.

Seit Jahren haben die europäischen Staaten ihr Militär langsam aber sicher zu Tode gespart. Dass sie mittlerweile fast wehrlos sind, tritt bei den Diskussionen über „mehr Verantwortung" und Einmischung in internationale Konflikte vollkommen in den Hintergrund. *J.H.*

(siehe Seite 4)

MELDUNGEN

In Rage wegen Homo-Ehe

Paris – Laut Polizeiangaben waren es 80 000 Demonstranten, die Veranstalter sprechen von einer halben Millionen und deutsche Medien ungenau von „tausenden Protestlern“, die sich am vergangenen Sonntag in Paris auf die Straße begaben, um gegen die Homo-Ehe zu demonstrieren. Die Unterstützer des konservativen Bündnisses „Demo für alle“ sprechen sich zudem gegen das Recht für Lesben auf künstliche Befruchtung und Leihmutterschaft aus. Auch in Lyon versammelten sich deswegen zwischen 20 000 und 40 000 Franzosen. Sie alle hadern mit dem Familienbild, das die sozialistische Regierung von Staatspräsident François Hollande propagiert, und befürchten, dass mit einer Aufweichung der Geschlechterrollen der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet werde. *Bel*

Blitzeinbrecher waren Araber

Berlin – Die Polizei hat eine siebenköpfige Araber-Bande aus Berlin gefasst, die mehrere spektakuläre „Blitzeinbrüche“ mit Autos begangen haben soll. Laut Polizei hatten sie in Dresden mit einem Ford Galaxy die Glastür zu einem Einkaufscenter durchbrochen. Die sieben Männer werden verdächtigt, in Berlin auch einen „Blitzeinbruch“ in einen „Apple-Store“ begangen zu haben. Die Berliner Polizeipressestelle verschwieg – ebenso wie die meisten Medien – die Herkunft der Täter. Nur die „Berliner Zeitung“ berichtete, die Tatverdächtigen Eyüp R. (20), Riadh A. (23), Fawaz A. (24), Mahmoud I. (26), Gabriel K. (25) und Tolgan C. (24) seien bereits seit ihrer Jugend kriminell und besäßen mit Ausnahme von Chawan S. (24) lange Vorstrafenregister. Die Justiz sei jedoch immer „außerordentlich milde“ zu ihnen gewesen. Der Berliner Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Bodo Pfalzgraf, erklärte: „Das ist eine Bande von Gewohnheitsverbrechern, deren kriminelle Karrieren der Staat durch schlechte Organisation und lächerliche Strafen mit ermöglicht hat.“ *M.L.*

Die Schulden-Uhr:
Statt 160 233 Milliarden

Die Rentenreform der Großen Koalition wird die Rentenversicherung und/oder den Staatsetat bis 2030 mit 233 statt der von CDU/CSU und SPD genannten 160 Milliarden Euro belasten. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie Reinhold Schnabels von der Universität-Duisburg-Essen im Auftrag der arbeitgebernahen Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Der Finanzwissenschaftler argumentiert, dass Schwarz-Rot die Anzahl derer, die mit 63 in Rente gehen werden, unterschätze und die mit der Rente mit 63 verbundenen Mindereinnahmen an Steuern und Sozialbeiträgen in Höhe von 43 Milliarden Euro ignoriere. *M.R.*

2.031.566.344.777 €

Vorwoche: 2.035.762.847.247 €
Verschuldung pro Kopf: 25.143 €
Vorwoche: 25.289 €

(Dienstag, 4. Februar 2014, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Zur Enteignung freigegeben

Der Zugriff des Staates auf Privatvermögen wird immer rasanter enttabuisiert – Doch warum gerade jetzt?

Immer mehr Ökonomen und Politiker unterstützen die Forderung nach einer Sonderabgabe auf Privat- und Firmenvermögen, um die Schuldenkrise zu lindern. Dabei kommt ein Enteignungswille zum Vorschein, der alarmieren sollte.

Dass nun auch die Bundesbank die Idee aufgegriffen hat, die Bürger der Euro-Krisenländer per teilweiser Vermögensenteignung direkt für die Staatsschulden bluten zu lassen, hat eine breite Debatte ausgelöst. In Griechenland sorgte die Nachricht aus Frankfurt für erhebliche Verunsicherung. Ein Athener Ökonom warnte gegenüber einer deutschen Zeitung, bereits bloße Gerüchte über eine Sonderabgabe auf Sparguthaben, Aktien und Immobilien könnten zur Kapitalflucht führen. Der Chefvolkswirt der Commerzbank, Jörg Krämer, wundert sich vor allem über den Zeitpunkt des Bundesbank-Vorschlags. Der habe ihn „überrascht“. Hintergrund: Allenthalben verkünden die Verantwortlichen aus der Politik sowie den europäischen Banken und Notenbanken, das Ärgste der Euro-Krise liege hinter uns, überall sei eine Stabilisierung zu erkennen.

Die Bundesbank wusste sehr genau, welche Wellen ihre Veröffentlichung schlagen würde. Dass sie trotzdem zum jetzigen Zeitpunkt damit an die Öffentlichkeit ging, deutet darauf hin, dass die Notenbanker mit baldigen, erheblichen Einbrüchen in gewissen Euro-Ländern rechnen, die schnelle und drastische Gegenmaßnahmen erfordern. Analysten glauben, dass Bundesbank-Chef Jens Weidmann vor allem der Bundesregierung Munition liefern wollte. Gerät eines der Euro-Krisenländer (erneut) in akute Finanznot, sei damit zu rechnen, dass diese noch mehr „europäische“, sprich deutsche „Solidarität“ einfordern. Dem solle Berlin im Falle des Falles ein Argument entgegenzusetzen haben, das ifo-Chef Hans-Werner Sinn in der „Bild“-Zeitung griffig zusammenfasst: „Bevor die deutschen Steuerzahler und Rentner gebeten werden, sich über den Rettungsfonds ESM an der Sicherung der Bankkonten der reichen Leute in den Krisenländern zu beteiligen, sollte man darüber nachdenken, diese Leute selbst zur Kasse zu bitten.“

Wie Erhebungen der Europäischen Zentralbank (EZB) ergeben haben, übersteigt das durchschnittliche Privatvermögen in den meisten Euro-Ländern das der Deutschen teilweise um ein Mehrfaches, auch in Italien oder Spanien. Somit hat Sinn einen Kernpunkt des Problems richtig benannt.

Die Frage ist jedoch, ob eine solche Sonder-Vermögensabgabe wirklich auf die Krisenländer beschränkt bliebe. Die Rede ist von zehn Prozent auf alles, wobei von Freibeträgen bis 100 000 Euro Sparguthaben und einer Befreiung von selbstgenutztem Wohneigentum bis zu einer gewissen Grenze die Rede ist. Um trotz solcher Ausnahmen eine massive Entschuldung der Staaten zu erreichen, müssten höhere Vermögen aber entsprechend stärker herangezogen werden. Nach ersten Berechnungen könnte dies in einzelnen Ländern des Südens bedeuten, dass größere Vermögen mit mehr als 50 Prozent belastet werden müssten, was als unzumutbar gilt.

Der Finanzexperte Daniel Stelter vermutet daher in den „Deutschen Wirtschaftsnachrichten“, dass es „eine gewisse Umverteilung zwischen den Ländern geben“ werde. Das indes ginge abermals zulasten der Deutschen, wobei gar nicht geklärt ist, ob die wirklich großen Vermögen in den Krisenländern überhaupt erfasst würden. Stelter erinnert daran, dass während der Kontopfändungen auf Zypern die Londoner Filialen der zypriotischen Geldhäuser geöffnet geblieben seien, während sie auf der Insel für Wochen geschlossen wurden. So konnten reiche Leute ihr Geld via London in Sicherheit bringen, derweil die Mittelschicht auf Zypern enteignet wurde. Überhaupt sind die ganz großen Vermögen global engagiert und können sich regionalen Enteignungsmaßnahmen weitaus besser entziehen als die Mittelschicht.

Plötzlich wird der Sparer zum Verursacher der Krise

Zudem erscheint eine Beschränkung der Teilenteignung von Privat- und Firmenvermögen auf die Krisenländer mit fortlaufender Debatte immer unwahrscheinlicher. Die „Welt“ veröffentlichte Ende Januar Zahlen über die möglichen Erlöse einer Zehn-Prozent-Abgabe in allen Euro-Ländern, und zwar nicht erst ab 100 000 Euro, sondern ab dem ersten Cent ohne Freibeträge. Das Ergebnis war, dass insgesamt 3853 Milliarden Euro bei den Bürgern und Firmen „zu holen“ seien. Selbst mit einer derart rabiaten Maßnahme aber würde die Schuldenquote der Staaten nur auf rund 55 Prozent der Wirtschaftsleistung gedrückt, es bliebe ein gewaltiger Schuldenberg, der überdies wieder wachsen könnte.

Denn es bleibt auch zu fragen, wie lange die relative „Gesundung der Staatsfinanzen“ mittels Volksenteignung überhaupt anhielte. Die jüngsten Erfahrungen mit den milliardenschweren Rentengeschenken von Union und SPD zeigen: Sobald wieder Geld da ist (und sei es auch nur scheinbar oder für sehr kurze Zeit), gibt die Politik es mit vollen Händen aus. Bis zur nächsten Massenenteignung, die dann auf ein deutlich ärmeres Volk fallen wird.

Auf politischer Ebene findet die Idee dennoch bereits Anklang. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Carsten Schneider, meint, die Vermögensabgabe sei ein geeignetes Instrument, „um die Verursacher der Krise und die Profiteure des staatlichen Eingreifens an den Kosten zu beteiligen“. Damit erklärt ein führender Regierungspolitiker Millionen deutscher Sparer und Mittelständler zu „Verursachern der Krise“, ja gar zu „Profiteuren“. Dabei ist es gerade die Masse der Sparer, die schon heute über negative Realzinsen schleichend enteignet wird, damit Staaten und Finanzwirtschaft zinsgünstig an ihr Geld kommen. Oder deren Geld von verantwortungslosen Bankern verzockt wurde, die nur so handeln konnten, weil die Politik ihnen den gesetzlichen Rahmen dazu gesteckt hatte.

Das Berliner DIW argumentiert gar, mit der Sonderabgabe würde der Staat nur jene Steuereintreibungen nachholen, die er bislang zu wenig vollzogen habe. Fakt ist, dass die deutsche Wirtschaft 2012 um zwei Prozent gestiegen ist, während sich die Steuereinnahmen um 4,7 Prozent erhöhten. Im letzten Quartal 2013 lagen die Steuereinnahmen nach bisherigen Schätzungen 3,3 Prozent über Vorjahresniveau, während die Wirtschaft im vergangenen Jahr nur um 0,4 Prozent zulegte. Fazit: Der Anteil, den sich der Staat an der gesamten Wirtschaftsleistung nimmt, wächst rapide. Hier von zu wenig steuerlicher (Mehr-)Belastung zu sprechen, ist entweder realitätsfern oder zynisch. *Hans Heckel*



Irgendwie müssen die Staaten von ihren Schulden runter: Also ran an die Vermögen? Bild: mauritius

Frauenrechte kein Thema

Innenminister streicht Streitpunkte aus der Islamkonferenz

Plötzlich waren sie wieder im Sinn, die Worte der Sozialwissenschaftlerin und Publizistin Necla Kelek. „Integration wird als Sozialarbeit verstanden“, hatte Kelek im vergangenen Mai in der „Welt“ über die Deutsche Islamkonferenz (DIK) geschrieben. Und siehe da, kaum hatte der neue Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) mit Vertretern der sieben zur DIK gehörenden islamischen Verbänden über die Zukunft der Veranstaltung gesprochen, war diese ganz offiziell nur noch auf die Punkte „Organisation des religiösen Lebens“ und „Wohlfahrtspflege“ zusammengeschrumpft.

Dabei sind die Ergebnisse der 2006 vom damaligen Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) ins Leben gerufenen DIK schon jetzt äußerst bescheiden. Bisher war vor allem deutlich geworden, dass die Teilnehmer sich immer, wenn es zu ernsten Themen kam, nicht einigen konnten. Zwar wurden einige Leitfäden verfasst und Initiativen gestartet, doch erlangten sie nie eine größere Bedeutung. Einig war man sich vor allem darin, dass man sich in wirklich wichtigen Punkten nicht einig war. Aus diesem Missstand hat de Maizière nun die Konsequenz gezogen, dass man Streitthemen einfach ausklammert.

Kelek, die anfangs selbst Teilnehmer der DIK war, aber wie die Frauenrechtlerin Seyran Ates 2010 nicht mehr eingeladen wurde, hatte 2009 in der „FAZ“ beklagt, dass die Islamverbände zwar viele Rechte einforderten, aber Verantwortung für Dinge, die im Namen des Islam stattfänden, zum Teil sogar die Integration selber ablehnten. Relevante Themen wie Gleichberechtigung, die Rolle der Frau im Islam, eine Schattenjustiz über als Richter agierende Imame oder auch die Auswirkungen muslimischer Regeln auf die deutsche Gesellschaft am Beispiel des Schweinefleischverbots in deutschen Schulkantinen würden hingegen nicht tiefer diskutiert, mahnte Kelek an.

Muslimische Verbände sollen sich offenbar wohlfühlen

Um ganz sicher zu gehen, dass die nach 2010 in der DIK verbliebenen Einzelpersonen – ein Politologe, eine Rechtsanwältin, ein Imam, eine Islamwissenschaftlerin, ein Autor und eine Soziologin – die Konferenz nicht in eine von den tonangebenden muslimischen Verbänden unerwünschte Richtung lenken, werden auch sie nicht mehr eingeladen. Künftig debattieren also nur noch der Bundesinnenminister samt Gefolge und die Türkische Gemeinde, der deutsche Ableger der türkischen Religionsbehörde Diyanet (Ditib), die Alevitische Gemeinde, der Verband der Islamischen Kulturzentren, der Zentralrat der Muslime sowie die organisierten Interessenvertreter der Bosniaken und Marokkaner. Sie alle zusammen vertreten zwar nur rund 15 Prozent der in Deutschland lebenden rund vier Millionen Muslime, doch für die Politik gelten sie als die offiziellen Repräsentanten.

Da diese es überhaupt nicht mochten, dass de Maizières Vorgänger Hans-Peter Friedrich (CSU) so viel über Sicherheitsfragen sprechen wollte, schließlich könnte ihr Glaube so mit Gewalt und Terror in Beziehung gebracht werden, klammert der neue Innenminister dieses Thema aus und macht damit deutlich, dass er akzeptiert, wer hier den Ton angibt. *Bel*

Schuldige gesucht

Kölner Stadtarchiv: 89 Personen im Visier

Fast fünf Jahre ist es her, dass in Köln das Stadtarchiv einstürzte. Die Staatsanwaltschaft ermittelte zunächst gegen Unbekannt. Doch nun, kurz bevor die strafrechtlichen Vorwürfe im Zusammenhang mit dem Einsturz des Stadtarchivs verjährt wären, hat die Staatsanwaltschaft Köln Beschuldigte benannt. So ist ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, das sich gegen 89 Beschuldigte wegen des Vorwurfs der fahrlässigen Tötung in zwei Fällen, der fahrlässigen Körperverletzung und der Baugefährdung richtet. Mitarbeiter der Stadt Köln sowie Vorstände betroffener Unternehmen befänden sich jedoch mangels Anfangsverdachts nicht unter den Beschuldigten. Die große Zahl der Beschuldigten erklärt die Staatsanwaltschaft damit, dass sich „die Prüfung des Anfangsverdachts auf alle denkbaren Schadensszenarien erstrecken musste“.

Stadtmitarbeiter aus der Schusslinie

Kurzer Rückblick: Am 3. März 2009 um 14.02 Uhr stürzte das Kölner Stadtarchiv ein. Nutzer und Mitarbeiter des Archivs konnten sich dank der Warnschreie von Bauarbeitern rechtzeitig in Sicherheit bringen. Für zwei junge Männer aus angrenzenden Wohnhäusern kam jedoch jede Warnung zu spät. Der 17-jährige Bäckerlehrling Kevin K. und der 23-jährige Kunststudent Khalil G. kamen bei dem Einsturz ums Leben.

Im Kölner Archiv waren rund 65 000 Urkunden, 1800 Handschriften sowie 150 000 Karten und Pläne aufbewahrt. Außerdem etwa 500 000 Fotos und etliche Hundert Sammlungen und Nachlässe bedeutender Persönlichkeiten. Insgesamt konnten 95 Prozent des Archivguts aus Trümmern und Grundwasser geborgen werden – die restlichen fünf Prozent sind verloren. Die Restaurierung der geborgenen Archivalien kann wohl Jahrzehnte dauern.

Über die Ursache des Archiveinsturzes wird noch immer heftig gestritten. Beteiligte Baufirmen, wie Bilfinger+Berger, die Kölner Verkehrbetriebe (KVB) und die Stadt Köln schieben sich gegenseitig den Schwarzen Peter zu. Denn es geht um viel Geld. Die Stadt Köln beziffert den Gesamtschaden auf rund eine Milliarde Euro. *S. Schmidtke*

CDU von links

Von Theo Maass

Nach der Pleite mit der ausgebliebenen Räumung des „Flüchtlingscamps“ am Oranienplatz in Kreuzberg scheint die Berliner Union auf der Suche nach neuen Themen zu sein. Einige Fälle von Kindesmisshandlung in der Stadt haben nun CDU-Generalsekretär Kai Wegner auf den Plan gerufen. Laut dem Boulevardblatt „BZ“ kommt es jeden Tag in der Stadt zu einer Misshandlung von Kindern. Was genau damit gemeint ist, erfährt man von der Zeitung nicht. Ist die Ohrfeige oder eine verbale Zurechtweisungen gemeint oder handelt es sich durchweg um ernsthafte Misshandlungen?

Wegner bemüht jedenfalls den Obrigkeitsstaat und fordert die Einführung eines „Elternführerscheins“: „Ich denke an einen Elternführerschein als Mittel des präventiven Kinderschutzes. Verpflichtende Erziehungskurse könnten helfen, die werdenden Eltern besser auf ihre neuen Aufgaben vorzubereiten.“ Wer gewisse Fragen nicht beantworten kann, solle „von Experten das Basiswissen vermittelt bekommen“. Tatsächlich schaffte es Wegner, mit seinen Vorstellungen in die überregionalen Schlagzeilen zu kommen.

Aber wird er damit misshandelten Kindern helfen? Wird er damit seiner Partei aus dem Inhaltsloch heraushelfen? Grundlage des reißerischen „BZ“-Artikels, auf dem Wegner seine familienpolitische Suppe kochen will, ist das Buch der Gerichtsmediziner Michael Tsokos und Saskia Guddat mit dem Titel „Deutschland misshandelt seine Kinder“. Fachleute sehen das Buch kritisch, in dem es heißt: „Die gefährlichsten Menschen für ein Kind sind die Eltern.“ Joachim Merchel, Professor für Organisation und Management in der Sozialen Arbeit von der Fachhochschule Münster, wendet ein, Kritiker empfänden das Werk als „populistisch, pauschal und praxisfern“, die angegebene Dunkelziffer unaufgedeckter Fälle von Misshandlungen sei spekulativ.

Bei einer derartig umstrittenen Faktenlage ist der Vorstoß des Berliner CDU-Generalsekretärs fragwürdig. Zumal gerade die Stoßrichtung linker Familienpolitiker darauf zielt, elterliche Erziehung durch staatliche Familienfürsorge zu ersetzen. Eltern sollen immer mehr aus der Erziehung und Verantwortung hinausgedrängt werden. Wäre Wegner in der DDR großgeworden und hätte einen Dialektik-Kurs absolviert, wären ihm vielleicht diese Zusammenhänge der politischen Generalrichtung aufgefallen. Erstaunlicherweise klatschen ausgerechnet die Sozialdemokraten ihm aber keinen Beifall: Björn Eggert, der familienpolitische Sprecher der Berliner SPD, meint dagegen: „Ein Elternführerschein würde die Akzeptanz der Vorsorgeuntersuchungen verringern. Das muss freiwillig bleiben.“ Welche Partei also verteidigt hier eher die bürgerliche Freiheit der Familien, welche setzt auf den „sozialen“ Obrigkeitsstaat?

Verkehrte Welt.

Auch Berlin im NSU-Sumpf?

Ex-V-Mann zum Magazin »Compact«: LKA hat mir gedroht für den Fall, dass ich auspacke



Dieses im Internet einsehbare Interview brachte Berlins Innensenator Henkel in arge Erklärungsnot: Ex-V-Mann Nick Greger (l.) im Gespräch mit dem Chefredakteur des Magazins „Compact“, Jürgen Elsässer

Bild: Screenshot Compact

Heftiger Krach im Berliner Abgeordnetenhaus, die Nerven liegen blank: Haben Beamte des Berliner Landeskriminalamtes einen ehemaligen V-Mann unter Druck gesetzt, vor dem NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages keine Aussage zu machen?

So lautstark wie am 27. Januar dürfte es im Innenausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses lange nicht mehr zugegangen sein. Der Verdacht, dass nach zahlreichen Aufklärungspannen nun erneut ein Agent staatlicher Organe (V-Mann) im Umfeld des NSU verheimlicht worden ist, hat dazu geführt, dass sich Innensenator Frank Henkel und der grüne Innenexperte Benedikt Lux über längere Zeit angeschrien haben. Übermittelt ist, dass der CDU-Politiker den Grünen als „charakterlosen Oppositionspolitiker“ bezeichnet hat.

Laut „Bild“, hat Lux mit der Formulierung „Das klären wir draußen!“ dem Innensenator womöglich sogar handfest gedroht. Anstoß für die hitzige Debatte war ein Interview, das Nick Greger – langjähriger Neonazi und V-Mann der Berliner Polizei – dem Magazin „Compact“ gegeben hatte. Zwei Mitarbeiter des Berliner Landeskriminalamts (LKA) seien Ende Oktober 2013 bei ihm gewesen und hätten ihm nahegelegt, nicht vor dem NSU-Untersuchungsausschuss auszusagen, so Greger. Zudem sei ihm versichert worden, dass die entsprechenden Akten „so gut es ging“ geschwärzt worden seien. Obendrein soll die Aufforderung gefolgt sein, „... ich soll meine Schnauze halten, denn sonst könnt’s schon sein, dass jemand um mein Haus schleicht oder an meinem Gefährt was manipuliert“.

Offen bleibt einstweilen, was an den Vorwürfen dran ist. Berlins Polizeipräsident Klaus Kandt hat inzwischen eingeräumt, dass Greger von 2001 bis 2003 Vertrauensperson des LKA war. Offiziell bestätigt ist auch, dass zwei Beamte tatsächlich zu Greger gefahren sind, um ihn zu „sensibilisieren“, dass es für ihn ein höheres Sicherheitsrisiko gebe.

> Innensenator in heillosem Streit mit Grünen-Politiker

Bemerkenswert ist in dieser Angelegenheit allerdings nicht nur der gereizte Ton im Abgeordnetenhaus, sondern auch, welche Verrenkungen ein Teil der Hauptstadt-Medien in der Angelegenheit veranstaltet. Greger hat seinen Vorwurf in einem Video-Interview mit „Compact“ erhoben. Doch die Quelle wollte so gut wie niemand im Parlament beim Namen nennen. Wenn der Hinweis auf das Monatsmagazin überhaupt erfolgte, dann meist mit dem Etikett „rechtspopulistisch“. Oft war sogar ohne Quellenangabe nur nichtssagend von einem „Internetvideo“ die Rede.

Mit dem Interview steht nicht nur der Vorwurf im Raum, dass ein Zeuge im Vorfeld seiner Aussage vor dem NSU-Ausschuss des Bundestages eingeschüchtert worden sei. Nick Greger könnte ein weiterer, bisher vertuschter V-Mann des Berliner LKA im Umfeld des NSU gewesen sein. Ein ehemaliger Kumpan Gregers, der Brandenburger V-Mann „Piatto“, gilt immerhin als NSU-Unterstützer. Das NSU-Trio soll bei ihm angefragt haben, ob er Waffen liefern könne. Das Vertrauensverhältnis zwischen Greger und „Piatto“ war wiederum so eng, dass beide im Jahr 2000 gemeinsam Sprengstoffanschläge auf politische Gegner geplant hatten.

Dass angesichts dieser Konstellation nun im Bundestags-Ausschusses noch einmal nachgehakt wird, was V-Mann Greger von den NSU-Kontakten seines damaligen Kumpans mitbekommen hat, liegt auf der Hand. Dabei ist der Verdacht, dass es möglicherweise einen weiteren Polizeispitzel des Berliner LKA im Umfeld des NSU gegeben hat, besonders heikel. Zu den Hinterlassenschaften, die Innensenator Henkel von seinen Vorgängern Eckart Werthebach (CDU) und Ehrhart Körting (SPD) übernommen hat, zählt nämlich auch der obskure Fall des V-Manns Thomas S. Dieser hatte zwischen 2001 und 2005 dem Berliner LKA insgesamt fünfmal Hinweise auf das steckbrieflich gesuchte NSU-Trio geliefert. Wie man im Bericht des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages nachlesen kann, scheint den V-Mann-Führern des LKA nicht im Entferntesten bewusst gewesen zu sein, welch hochkarätiger Informant vor ihnen saß. Thomas S. war von Ende 1996 bis April 1997 mit Beate Zschäpe liiert, er war es, der dem NSU den Sprengstoff lieferte, dessen Fund bei einer Hausdurchsuchung den Gang des Trios in die Illegalität auslöste.

Nach dem Abtauchen der drei hatte Thomas S. wiederum das erste Fluchtversteck organisiert. Zumindest auf höherer LKA-Ebene dürften umfassende Informationen über den Hintergrund von Thomas S. – etwa seine Affäre mit Beate Zschäpe – vorhanden gewesen sein. Warum das Berliner LKA trotzdem Hinweise dieses Informanten nicht an die Fahnder in Thüringen und Sachsen weitergeleitet hat, ist bis heute nicht befriedigend geklärt. Eine mögliche Erklärung war am 18. März 2013 im Berliner „Tagesspiegel“ zu lesen: „Dem Vernehmen nach soll das Berliner Landeskriminalamt die Nichtweitergabe von VP-Informationen an andere Behörden damit begründet haben, dass ein ausländischer Geheimdienst mit der Beendigung der Zusammenarbeit gedroht habe. Diese Anweisung habe generell gegolten, nicht speziell für VP 562 (Thomas S).“ Sinn würde dies nur ergeben, wenn einer der Beteiligten im Dienste eines fremden Geheimdienstes unterwegs war. Welcher ausländische Nachrichtendienst mit Duldung hiesiger Sicherheitsbehörden aktiv werden kann und sogar in der Lage ist, dem Berliner LKA zu drohen, bleibt einstweilen offen. Die diversen NSU-Untersuchungsausschüsse scheinen dieser Spur bisher nicht nachgegangen zu sein.

Norman Hanert

Rückzug vom Rückzug

Brandenburg: Minister hält an Kürzungen bei Polizei nun doch fest

Die Reform „Polizei Brandenburg 2020“ sieht drastische Kürzungen bei der Landespolizei von derzeit rund 8900 auf dann landesweit 7000 Stellen vor. Sie gilt nach wie vor, auch wenn die Landesregierung zuletzt 7400 oder 7800 Stellen ins Gespräch brachte (die *PAZ* berichtete). Vor Tagen sah es so aus, als hätte Brandenburgs rot-rote Landesregierung angesichts des Anstiegs der Kriminalität und schlechter Aufklärungsquoten ein Einsehen. Umgehend wollte das zuständige Innenressort konkrete, nach oben veränderte Stellenzahlen bei den Reformzielen bekannt geben.

Was nach Einlenken aussah, entpuppt sich als Beruhigungspille im Vorwahlkampf. Innenminister Ralf Holzschuher (SPD) will nach verhaltener Selbstkritik im Januar nun kein Scheitern der Reform mehr erkennen. Er dämpft Erwartungen an Korrekturen und will keine konkrete Zahl für die 2020 noch vorhandenen Polizisten nennen. „Wenn wir Bürgern helfen, sich zu schützen, können Straftaten verhindert werden“, so der Minister jetzt. Zugleich blieb er bei seinem „Eingeständnis, dass sich die Verhältnisse in den letzten Jahren geändert haben“, doch die Reform sei nicht gescheitert.

> »SPD hat Chance zum Befreiungsschlag vertan«

Solche Signale seien bestenfalls widersprüchlich, kritisieren die Polizeigewerkschaften. Die Sozialdemokraten hätten die Chance vertan, sich mit einem Befreiungsschlag klar auch zu einer effizienten Verbrechensbekämpfung zu bekennen, so der Landeschef des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK), Riccardo Nemitz. Laut der Internetseite „Cop2Cop“ bewertet Nemitz die Lage so: Auch wenn die Brandenburger Sozialdemokraten wegen der nicht nachlassenden öffentlichen Kritik beim Personalabbau ein wenig „den Fuß vom Gas genommen“ und sich für Schadensbegrenzung bei der Prävention durch eine Umkehr zu einem wieder höheren Personalansatz bekannt hätten, setzten sie nach wie vor zu einseitig auf „wahrnehmbare Präsenz“.

Beim „Hätte“ droht es zu bleiben, wenn Potsdam keine verbindliche Zielzahl festlegt. Die von Rot-Rot nun ventilierten Vorschläge wie Senkung des Krankenstandes, Abbau in der Führungsebene und mehr Straßenpräsenz der Polizei dienen der kostenneutralen Kosmetik. Bayern stellt derweil zusätzliche Polizisten ein, während Brandenburg erwägt, selbst gerissene Personallücken durch Abordnungen aus anderen Bereichen zu füllen. *SG*

Das nächste Fiasko

BER, Tempelhof: Neue Schlappen für Senat

Berlins Ärger mit seinen Flughäfen reißt nicht ab. „Mehrkosten von 600 bis 700 Millionen Euro kommen Gott sei Dank nicht auf uns zu“, sagte Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) am 30. Januar zum Thema Mehrkosten beim Lärmschutz des neuen Flughafens BER. Er dementierte so Schätzungen des BER-Aufsichtsrats.

Was jedoch wie eine gute Nachricht klingt, ist in Wirklichkeit eine schlechte: Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hatte jüngst entschieden, dass die Flughafengesellschaft des BER die Standards zum Schallschutz für das Einzugsgebiet nicht erfüllt habe. Laut Wowereit haben sich die Gesamtkosten durch dieses letztinstanzliche Urteil jedoch nicht geändert. Dass „kräftig gezahlt werden muss“, sei nicht neu, so der Bürgermeister lapidar.

Die Vorgaben aus Leipzig sind streng. Fluglärm darf am Tag die normale Gesprächslautstärke von 55 Dezibel in den 14000 angrenzenden Wohnungen nicht überschreiten. Das Urteil ist rechtskräftig, Revision nicht zugelassen und damit gerichtlich festgestellt, dass Berlins Umgang mit dem Lärmschutz jahrelang nachlässig war, was nicht gerade für die These Wowereits spricht, alle Kosten seien bereits kalkuliert.

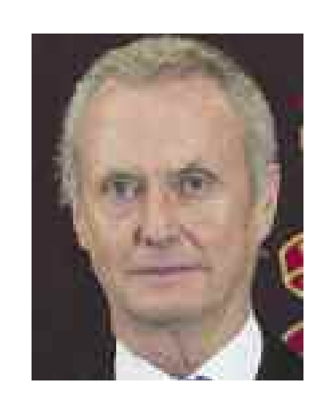
> Volksbegehren gegen Bebauung erfolgreich

Nun bahnt sich hinsichtlich des übereilt stillgelegten Flughafens Tempelhof eine weitere Niederlage für den Senat an: Ein Volksbegehren gegen eine Bebauung der Fläche ist in den umgebenden Stadtteilen erfolgreich, ein Volksentscheid damit gewiss. Berlins Stadtplanern droht so die nächste Blamage, denn nun steht die auf dem alten Rollfeld geplante Landesbibliothek auf der Kippe. *SG*

Streit um Turm am Alex

Der Plan des Architekten Frank O. Gehry für den Berliner Alexanderplatz polarisiert die Stadt. Rund 150 Meter hoch und in sich verschraubt soll der 300 Eigentumswohnungen umfassende Bau werden, mit offenen Balkonen bis nach oben. Das 250 Millionen Euro teure Projekt des US-Investors Hines wäre das erste von bislang zehn Hochhäusern, die am Alex laut Masterplan vorgesehen sind. Doch das Projekt verschärft den Streit um eben jenen gut zehn Jahre alten Masterplan des Architekten Hans Kollhoff. Kritiker sehen dessen Idee einer Hochhaussammlung als nicht mehr zeitgemäß an, andere monieren fehlenden „Respekt vor der DDR-Architektur drum herum“. Nun sollen die baurechtlichen Voraussetzungen für die „kleeblättrige Schachtelschraube“ (so der Sender RBB) geschaffen werden. Zugleich will der Senat aus SPD und CDU den Masterplan für den Alex überarbeiten: Ziele sind weniger Abriss und weniger Hochhäuser. *SG*

Zeitzeugen



Pedro Morenés – Der seit Ende 2011 amtierende, wegen früherer Rüstungsgeschäfte umstrittene spanische Verteidigungsminister will „weg von militärischen Scheinstrukturen“ und deshalb nur noch eine „Kerntruppe“ fördern. Er meint: „Besser zehn Prozent sind 100-prozentig einsatzbereit, als alle nur zu zehn Prozent.“

Michael Schramm – Als leidenschaftlicher, an der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst in Stuttgart sowie an der Robert-Schumann-Hochschule Düsseldorf ausgebildeter Musiker hätte der 1953 geborene Leiter des Zentrums für Militärmusik der Bundeswehr gern alle Musikkorps erhalten. Doch der promovierte Oberst blieb realistisch und hat nur das gefordert, von dem er erwarten durfte, dass er es am Ende auch bekommt.



George Zambellas – Als Erster Seelord bekleidet der Mittfünfziger seit vergangenem Jahr die ranghöchste Dienststellung in der Royal Navy. Der studierte Luftfahrtingenieur ist innerhalb des britischen Verteidigungsministeriums zugleich Chef des Marine-Stabes. Anders als seine Vorgänger bis 1995 hat er lediglich den Dienstgrad Admiral und nicht mehr den eines Admiral of the Fleet, womit der Verringerung der Marine Rechnung getragen wird.

Philip Nash – Die große Zeit der Royal Navy hat der Kommandant des Zerstörers „HMS Defender“ längst nicht mehr erlebt. Allerdings dürfte auch er es bei seinem Eintritt in die Marine 1994 für unvorstellbar gehalten haben, dass es einmal 24 Stunden dauern würde, bis ein Schiff am Einsatzort in Heimatgewässern zur Stelle ist. Der Admiralstäbler und studierte Militärwissenschaftler ist von Haus aus Marineflieger.



Foto: IMZBw

Klaus-Peter Stieglitz – In 41 Dienstjahren flog der 1947 geborene Generalleutnant a.D. sieben Flugzeugtypen, vom „Starfighter“ bis zum „Eurofighter“. Als Inspekteur der Luftwaffe bezeichnete er die Kampfflieger einmal als die „Kernluftwaffe“. Damit zog er den Zorn der Transportflieger auf sich, die im Gegensatz zu den Kampffliegern zumeist ihre Feuertaufe erlebt hatten. Wegen seiner Geringschätzung aller Nicht-Jetflieger war er bei vielen unbeliebt.

Heute herrschen andere

Die Marinen Großbritanniens und Spaniens sind nur noch ein Schatten ihrer selbst

Einst verfügten Großbritannien und Spanien über die mächtigsten Marinen der Welt. Heute sind ihre Seestreitkräfte nicht einmal mehr in der Lage, die eigenen Küsten zu sichern.

„24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche, auf See, an Land und in der Luft steht die Royal Navy rund um den Globus auf Wacht, bereit zu kämpfen und zu siegen.“ So sieht die britische Marine sich selbst. Doch tatsächlich ist die einst größte Seemacht der Erde nur noch ein Schatten ihrer selbst. Das wurde den Briten wieder einmal deutlich, als kürzlich russische Kriegsschiffe vor dem Moray Firth, dem großen Meeresarm im Norden Schottlands, auftauchten. Wäre früher ein Geschwader vom nahen Kriegshafen Scapa Flow aus in Marsch gesetzt worden, passierte jetzt erst einmal nichts. Denn die Royal Navy hat im Norden der britischen Inseln keine Überwasserschiffe mehr stationiert. Deshalb musste der Zerstörer „HMS Defender“, britischen Zeitungsberichten zufolge zu dem Zeitpunkt das einzige verfügbare Kriegsschiff in heimischen Gewässern überhaupt, vom 1100 Kilometer entfernten Portsmouth an der englischen Südküste heranlaufen, um die Eindringlinge zu stellen. Dafür benötigte er 24 Stunden.

Britische Marinekreise gehen davon aus, dass die russische Flotte die Reaktionszeit der Briten habe testen wollen. Sie dürften zufrieden bis amüsiert sein, denn es war nicht das erste Mal, dass sie die Royal Navy kalt erwischt haben. Das ist auch nicht verwunderlich, denn deren Überwasserverbände verfügen seit der drastischen Reduzierung Ende der 90er Jahre nur noch über insgesamt 80 Einheiten aller Art und Größe, die wegen der Aufgabe zahlreicher Stützpunkte ausnahmslos in Südengland stationiert sind. Im globalen Vergleich liegt die Royal Navy hinter den USA mit allein 214 Großkampfschiffen, China, Russland und Japan nur noch auf Platz fünf. „Bitannia rule the Waves“ ist längst Geschichte.

Russen sind amüsiert, die Nato besorgt

Nicht viel besser ergeht es den Spaniern, die ebenfalls lange stolz auf ihre traditionsreiche Marine waren. Infolge einschneidender Sparmaßnahmen ist sie mittlerweile auf das Maß einer Küstenstreitmacht geschrumpft. Spanien, das innerhalb der Nato für Lateinamerika „zuständig“ ist, wird dem Anspruch auf globale Einsatzfähigkeit längst nicht mehr gerecht. Seine Flotte wurde verkleinert, der Einsatz von Patrouillenbooten drastisch reduziert und das Versorgungsschiff „Cantabria“ gegen Geld an Australien verliehen. Selbst das Flaggschiff, der Flugzeugträger „Principe de Asturias“, eigentlich im Rahmen des Schutzes von Europas Südwestflanke für unverzichtbar gehalten, wird aus Kostengründen abgewrackt. Dem Heer und der Luftwaffe geht es nicht besser. So wird beispielsweise die Panzertruppe komplett in Frage gestellt und die Anschaffung dringend benötigter Flugzeuge auf Eis gelegt.

Der hinter all dem stehende Plan der spanischen Regierung wirkt skurril. Zukünftig sollen die Mittel in Höhe von nur noch 5,7 Milliarden Euro vornehmlich für eine militärische „Kerntruppe“ von 10 000 Mann verwendet werden. Mit anderen Worten: Nur noch acht Prozent von Heer, Marine und Luftwaffe werden künftig einsatzfähig sein. In Madrid hält man das für einen „realistischen Ansatz“, bei der Nato ist man hingegen besorgt, kann Spanien doch kaum noch etwas zur gemeinsamen Auftragserfüllung beitragen.

In der Praxis zeigt sich, dass dies in bestimmten Bereichen auch für andere Bündnispartner gilt. Während der begrenzten Luftschläge gegen Libyen 2011 beispielsweise waren die Munitionsvorräte der Briten und der Franzosen schon nach wenigen Tagen erschöpft, so dass die US-Luftwaffe ihnen aushelfen musste.

Jan Heitmann

Bundeswehr: Bedingt spielbereit

Das „Rational“ ist eine gern verwendete Wortneuschöpfung, wenn es darum geht, Reduzierungen bei der Bundeswehr zu rechtfertigen. So folgt denn auch die anstehende Auflösung von fünf der derzeit 18 Musikkorps laut Oberst Michael Schramm, Leiter des Militärmusikdienstes, „dem Rational, den reduzierten Bedarf der Streitkräfte mit weniger Musikkorps decken zu können“. Der Bundesrechnungshof hat das schon vor einigen Jahren weniger geschraubt formuliert: Wenn die Truppe schrumpft, hat auch der Musikdienst zu schrumpfen. Das erscheint auf den ersten Blick nachvollziehbar. Andererseits ist die klingende Truppe wie kaum ein anderer Teil der Bundeswehr in der Öffentlichkeit präsent und damit angesichts von deren Nachwuchssorgen ihr bester Werbeträger. Auf der Bundeswehr-Internetseite heißt es dazu: „Die Militärmusik, beruhend auf jahrhundertealter Tradition, ist Ausdruck soldatischen Empfindens. Sie dient heute dazu, die Bundeswehr nach innen und außen zu repräsentieren. Als fester Bestandteil im kulturellen Leben unseres Volkes bildet sie ein wichtiges Bindeglied zwischen Truppe und Bevölkerung.“

Fünf Musikkorps werden aufgelöst

Die verbliebenen 13 Musikkorps werden „in einem weitmaschiger gespannten Netz über die Gesamtfläche der Bundesrepublik Deutschland verteilt sein“, so Schramm. Das heißt im Klartext, dass es zwangsläufig zu erheblichen Mehraufwendungen für Transport, Übernachtung, Verpflegung und zusätzliche Arbeitszeit der Musiksoldaten kommen wird, von deren persönlicher Mehrbelastung ganz zu schweigen. Nicht nur Militärmusikfans machen sich daher Sorgen, dass es deutlich weniger Auftritte geben und die Distanz zwischen Streitkräften und Bürgern sich dadurch noch weiter vergrößern wird.

J.H.



Flößte den Russen keine Angst mehr ein: An den einstigen Hauptstützpunkt der britischen Flotte in Scapa Flow erinnert heute nur noch ein Museum

Bild: mauritius

Schon jetzt am Limit

Bundesverteidigungsministerin macht unrealistische Zusagen

Kaum im Amt, hat Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen der Bundeswehr einen neuen Marschbefehl gegeben. Weil sich die frühere Kolonialmacht Frankreich mit ihren Militäreinsätzen in Mali und der Zentralafrikanischen Republik kräftig verhoben hat, will sie ihr mit Lufttransport und Sanitätsversorgung unter die Arme greifen. Das, so meint sie ebenso forsch wie ehrgeizig, seien „Felder, die gebraucht werden und die wir auch ohne weiteres liefern können“.

Hätte die Ministerin zuvor ihre Berater konsultiert, wäre ihr diese Zusage wohl nicht ganz so vollmundig von den Lippen gegangen. Denn in Militärkreisen ist es kein Geheimnis, dass die Luftwaffe schon jetzt kaum noch ausreichend Transportkapazitäten hat, um die Versorgung der gegenwärtigen Auslandsmissionen zu gewährleisten. Ganz abgesehen davon, dass die Streichungen der vergangenen Jahre auch vor der Lufttransportflotte nicht Halt gemacht haben, gehört sie seit Langem zu den extrem beanspruchten Bereichen. Das begann vor 40 Jahren mit Hilfsflügen nach Afrika, führte die „Engel der Lüfte“ in fast alle Elendsgebiete der Welt und ließ sie über dem Balkan und Afghanistan schließlich zu „Frontfliegern“ werden.

Mittlerweile allerdings gehört ihr bewährtes Arbeitstier, die „Transall C-160“, eher ins Museum als in gefährlichen Luftraum. Schon in den 80er Jahren dachte die Luftwaffe über ein Nachfolgemuster nach, da

Zu wenige, zu alte Transportflugzeuge

die maximale Nutzungsdauer der „Transall“ auf rund 30 Jahre veranschlagt wurde. Seit dem Ende des Kalten Krieges ist die 1968 für den räumlich begrenzten und klimatisch einheitlichen europäischen Kriegsschauplatz konzipierte Maschine den Anforderungen an einen Militärtransporter nicht mehr gewachsen. Daran können auch Modernisierungen und Nachrüstungen auf Dauer nichts ändern. Wegen der Verzögerungen bei der Ablieferung des Nachfolgers „A400M“ wird die Ausmusterung des von Besatzungen und Passagieren liebevoll „Trallala“ genannten Typs erst nach 2020 und damit nach über 50 Jahren im Dauerbetrieb erfolgen.

Die „Transall“-Flotte ist derzeit etwa 70 Maschinen stark. Davon sind wegen des hohen Wartungs- und Instandsetzungsaufwands längst nicht alle technisch einsatzbereit. Hinzu kommt, dass noch nicht einmal ein Drittel der Maschinen mit einem für Einsätze in Krisen- und Kriegsgebieten unverzichtbaren Abwehrsystem gegen hitzesuchende oder radargesteuerte Fliegerabwehrhandwaffen ausgestattet ist. Und schließlich gibt es noch den Faktor Mensch, denn auch die Zahl der einsatzbereiten Besatzungen ist begrenzt. Letzteres gilt besonders für den medizinischen Lufttransport mittels des „Airbus A310 MRT MedEvac“. Um ihn zu besetzen, muss medizinisches Fachpersonal aus den Bundeswehrkrankenhäusern abgezogen werden, das ohnehin knapp ist.

Ursula von der Leyen hat leichtfertig etwas zugesagt, was sie womöglich nicht liefern kann. Für den Wehrbeauftragten Hellmut Königshaus jedenfalls lebt die Bundeswehr in beiden von ihr genannten Bereichen schon jetzt „von der Hand in den Mund“.

J.H.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Hans-Jürgen Mahlitz, Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1102**

Frankophile Nervensägen

Die Landesregierung in Saarbrücken will die Saarländer zum Französischlernen treiben

Ab 2043 soll in Verwaltung und Schulen auch Französisch gesprochen werden. Doch für die von der schwarz-roten Landesregierung geplante Zweisprachigkeit gibt es keinerlei Anlass.

„Was ist das Saarland?", hatte der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer im letzten Jahr gelästert. Es sei nur so groß wie mancher bayerische Landkreis. Wenn man im Saarland sei und sich ein Fahrrad leihe, stelle sich die Frage: „Und was machen wir nachmittags?" Seine saarländische Amtskollegin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU), ihren Doppelnamen kürzen wir nachfolgend, wie an der Saar üblich, mit AKK ab, könnte erwidern: „Ei mir kännte Ihne e Franzehsischkurs anbiete fier de Nachmit-

Im Saarland leben mehr Italiener und Türken als Franzosen

taach. Mir sinn nämlich es Door zu Frankreisch." Sie könnte noch hinzufügen: „Ihne würde mir de Kurs aach koschteginschtig anbiete, denn Sie finanziere uns jo schonn iewwer de Länderfinanzausgleisch."

Mit Pomp hatte AKK verkündet, das Saarland solle bis 2043 zu einem „multilingualen Raum deutsch-französischer Prägung" entwickelt werden. Französisch solle innerhalb einer Generation zur zweiten „Verkehrssprache" werden. Die „Eckpunkte einer Frankreichstrategie" für das Saarland, ein 40-seitiges Konzept, das AKK gemeinsam mit ihrer Mit-Regentin Anke Rehlinger (SPD) vorstellte, atmet den Geist einer sozialistischen Erziehungsdiktatur.

Sogar der frankophile Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", Günter Nonnenmacher, sah sich veranlasst, in einem Leitartikel zu erklären: „Zweisprachigkeit im Grenzland kann sinnvoll sein. Aber nicht, wenn sie erzwungen wird." Auf einer Pressekonferenz sah sich AKK bezeichnenderweise gezwungen zu erklären: „Wir wollen aus dem Bundesland Saarland keine umgemodelte französische Region machen. Wir wollen auch nicht das, was die Saarländer in der Saarabstimmung in den 1950er Jahren entschieden haben, in irgendeiner Art und Weise nochmal korrigieren." Man wolle das Konzept den Saarländern „nicht überstülpen und nicht oktroyieren".

Doch genau diesen Eindruck macht das Papier. Französischkenntnisse sollen ein „Einstellungskriterium" in der Landesverwaltung werden. Nicht nur in Kitas, im Kindergarten und der Grundschule soll der Französischunterricht massiv ausgebaut werden. Sogar alle neu geborenen Säuglinge beziehungsweise ihre Eltern sollen bereits mit Französisch-Lehrmaterial traktiert werden. Die seit 2013 an der Saar geborenen Kinder werden kurzerhand zur „Generation Elysée" erklärt (wegen des vor 50 Jahren geschlossenen Elysée-Vertrages). Rund 7000 Kinder werden jährlich im Saarland geboren. Allen, die ab jetzt zur Welt kommen, so heißt es, und „damit zur saarländischen ‚Generation Élysée' gehören", könnten „demnächst eine zweisprachige deutsch-französische CD sowie eine Broschüre für die Eltern mit Informationen zu Möglichkeiten zweisprachiger Frühförderung und Ausbildung ihrer Kinder erhalten. Das Geschenk wird über die Gynäkologen/Kliniken überreicht." Auch Kinderärzte sollen Informationen über eine mehrsprachige Ausbildung erhalten. Was geht es Ärzte an, welche Sprache Eltern ihre Kinder lernen lassen wollen?

Doch wenn Seehofer bei seiner Radtour durchs Saarland einen dort lebenden Franzosen treffen wollte, müsste er großes Glück haben. Im ganzen Saarland gibt es weniger Franzosen (6590) als in München (8652). Die größte ausländische Minderheit im 995 000 Einwohner zählenden Saargebiet stellen die Italiener (18 065), gefolgt von den Türken (11 830). Es gibt sogar noch mehr Asiaten (8908) im Saarland als Franzosen.


Zweisprachiges Saarland: Kramp-Karrenbauer gab den Startschuss Bild: pa



Was die „deutsch-französische Freundschaft" betrifft, sei Seehofer noch ein kurzer Abstecher über die Grenze nach Cattenom empfohlen. Dort haben die großen französischen Freunde das siebtgrößte Atomkraftwerk der Welt direkt an die Grenze gebaut. Da meist Westwind herrscht, wäre im Katastrophenfall Frankreich am wenigsten betroffen. Noch ein Geheimtipp: Nah bei Cattenom liegt Thionville. Das lothringische Städtchen pflegt eine Städtepartnerschaft ausgerechnet mit Gao in Mali. Nicht weit entfernt von Gao baut der französische Areva-Konzern Uran im Niger ab. So rückt Afrika bis an die saarländische Grenze.

Es gibt nur 1000 saarländische Berufspendler nach Lothringen, von dort aber 17 700 Pendler ins

Schon jetzt kann jeder, der will, auch Französisch lernen

Saargebiet. Nach Luxemburg pendeln 7650 Saarländer zur Arbeit, von dort an die Saar ganze 60. Zwar gibt es in der Saar-Lor-Lux-Region rege Wirtschaftsbeziehungen, und schon jetzt kann jeder so viel Französisch lernen, wie er will. Wer Französisch jedoch mit ideologischem Eifer zur „Verkehrssprache" an der Saar entwickeln will, muss sich fragen lassen, mit wem eigentlich die Masse der Saarländer künftig ständig auf Französisch parlieren soll. Für viele wird trotz der Grenznähe Englisch wichtiger sein. „Und wo soll im hochverschuldeten Saarland das Geld für die zusätzlich benötigten Lehrkräfte herkommen?", fragte die *PAZ* den Pressesprecher des Bildungsministeriums in Saarbrücken, Jürgen Renner. „Soweit", erklärte er, „sind wir noch nicht."

Michael Leh

Der PAZ-Autor ist im Saarland geboren und aufgewachsen.

MELDUNGEN

Endlagersuche spaltet Verbände

Berlin – Im Kampf gegen ein Atommüll-Endlager Gorleben traten die Grünen und die Umweltverbände geeint auf. Nun jedoch scheint die Allianz zerbrochen zu sein. Denn während die Grünen einsehen, dass ein Endlager gefunden werden muss, weigern sich die Umweltverbände, die zwei für sie zur Verfügung gestellten Plätze in der Findungskommission einzunehmen. Bis Ende 2015 soll die Kommission Vorgaben machen, welche Regionen für ein Endlager infrage kommen. Aber selbst bei den Umweltverbänden herrscht Zwist. Bis Ende März will man sich auf eine gemeinsame Position einigen, denn Deutsche Umwelthilfe und Nabu meinen, man solle die Beteiligung an der Kommission als Gestaltungsmöglichkeit nutzen. Greenpeace und BUND sind jedoch dagegen. *Bel*

Böhm: Patriot im besten Sinne

Melsungen – Am 9. Februar kann Wilfried Böhm, lange Jahre Autor dieser Zeitung und engagierter Mitstreiter der Landsmannschaft Ostpreußen, stolz auf 80 erfüllte Lebensjahre blicken. Was soll man ihm als Geburtstagsständchen bringen? „Happy birthday"? Nein, danke, überflüssige Anglizismen hat er nie gemocht. Viel besser passt da das Deutschlandlied. Schließlich hatten ihn einst Parlamentskollegen als „Böhm von Fallersleben" tituliert. Denn unsere Hymne und alles, was sie im besten Sinne über unser Land sagt, war ihm stets Herzensanliegen und politisches Programm. Böhm hat seine Karriere nach dem Krieg in den Flüchtlingslagern Friedland, Gießen und Uelzen begonnen. Die CDU vertrat er – oft zum Unwillen der Parteiführung – 22 Jahre im Bundestag und 28 Jahre im Europarat, für den er heute noch tätig ist. – Ad multos annos dem Freund und Wegbegleiter! *H.-J. Mahlitz*

Multikulti in der Unterwelt

Immigranten dominieren inzwischen Rockergruppen

Selbst im kriminalitätsgeplagten Berlin hat die Bluttat, die sich am 10. Januar zugetragen hat, erhebliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Ganze 13 Personen – alle aus dem Umfeld der Rockergruppe „Hells Angels" – hatten ein türkisches Wettbüro in der Berliner Residenzstraße gestürmt und den dort anwesenden Tahir Ö. regelrecht hingerichtet. Zwar ist in den meisten Medien von einem Mord im Rockermilieu die Rede, das ist allerdings nur ein Teil der Wahrheit. Sowohl das Opfer Tahir Ö., ein einschlägig bekannter Intensivtäter, als auch der mutmaßliche Täter Recep O. und Kadir P., der als mutmaßlicher Auftraggeber der Tat gilt, haben einen sogenannten Migrationshintergrund.

Der Berliner Fall kann beispielhaft für eine Entwicklung stehen, die mittlerweile schon mehrere Jahre im Gang ist. Ausländer und Immigranten dringen immer stärker in das Rockermilieu ein. Während in der Vergangenheit Einheimische die einschlägige Szene dominierten, haben inzwischen unübersehbar Türken, Kurden und Araber in Rockerclubs Fuß gefasst. Mehr noch, sie beginnen, die Szene zu beherrschen. In Gang gebracht haben diese Entwicklung Rockergruppen wie die „Hells Angels" und „Bandidos" selbst. Ihre Öffnung für nichtdeutsche Mitglieder war der Versuch, sich Konkurrenz durch Einverleibung vom Hals zu schaffen. Vor allem die sogenannte Türsteherszene wird von Türken und Arabern beherrscht, während Rocker lange Zeit eher wenig Erfolg hatten, in diesem Milieu Einfluss zu gewinnen.

Durch die Rekrutierung von häufig äußerst gewaltbereiten Im-

Entstanden ist eine neue Form der Ausländerkriminalität

migranten konnten die Rockerclubs in wenigen Jahren stark wachsen und ihren Einfluss ausbauen. Türkisch-kurdische und arabische Clans und Jungendbanden erhielten im Gegenzug durch die Rockerstrukturen mehr Durchsetzungskraft in der Unterwelt. Ihr Einfluss im Prostitutionsgewerbe, bei Drogen- und Waffengeschäften wuchs beträchtlich.

Inzwischen dürfte aber so manche Rockergruppe die multikulturelle Öffnung bereut haben. Bei Gruppen wie den „Bandidos" sind in manchen Ortsgruppen, den sogenannten „Chapter", gebürtige Deutsche inzwischen in der Minderheit. Von den „Satudarahs", einer Rockergruppe die ursprünglich aus den Niederlanden kommt und sich nun immer stärker in Nordrhein-Westfalen breitmacht, heißt es sogar, dass sie mittlerweile Mitglieder mit deutschen Wurzeln nicht einmal mehr akzeptiert. Presseberichte, in denen die Gruppe unter dem Etikett „niederländische Rocker" abgehandelt wird, sind allerdings irreführend, denn in der Gruppe sind weder Deutsche noch „echte" Niederländer zu finden. Die ersten Mitglieder des 1990 gegründeten Rockerclubs waren molukkischer Abstammung und stammten aus der ehemaligen niederländischen Kolonie Indonesien. Nach eigenem Selbstverständnis sieht sich die Gruppierung sogar als multikulturell – was der Ausgrenzung von Deutschen und Niederländern allerdings keinen Abbruch tut.

Bei anderen Rockerclubs wie den „Mongols", „Bandidos" und „United Tribunes" sieht es inzwischen ähnlich aus. Folge dieser Entwicklung ist, das ein Großteil von dem, was in den Medien als „Rockerkriminalität" umhergeistert, in Wahrheit nur eine neue Form einer besonders gewaltbereiten und durchorganisierten Ausländerkriminalität ist. *N.H.*

MELDUNGEN

Geldkoffer für Geheimdienstler

Warschau – Einem Bericht der „Washington Post“ zufolge hat die CIA Polen im Jahr 2003 insgesamt 15 Millionen Dollar für die Nutzung eines Militärgeländes zum Verhör von Terrorverdächtigen gezahlt. Konkret sollen für die Nutzung eines Geheimgefängnisses in Masuren (Alt Keykuth) zwei große Pappkartons mit 15 Millionen Dollar als Diplomatengepäck via Deutschland eingeflogen und bar an polnische Geheimdienstler übergeben worden sein. Indirekt bestätigt wurden die Vorwürfe von Polens Ex-Präsident Aleksander Kwasniewski: „Es gab eine Zusammenarbeit der Geheimdienste, in deren Rahmen (der CIA) eine Basis zur Verfügung gestellt wurde, die meiner Meinung nach unumgänglich war“, so Kwasniewski im Nachrichtensender „TVN 24“. *N.H.*

Belgien: Ex-König will mehr Geld

Den Haag – Eine steuerfreie Apanage von jährlich 930000 Euro ist Belgiens 2013 abgedankten König Albert II. nicht genug. Nachdem im November 2013 Premier Elio Di Rupo eine Erhöhung der Apanage abgelehnt hatte, scheint sich Alberts Verstimmung inzwischen zu einem Boykott ausgewachsen zu haben. Demonstrativ blieb der Ex-König Veranstaltungen fern. Einem Bericht von „dailynewsen.com“ zufolge ist der Königspalast mittlerweile bestrebt, Boykottgerüchte zu entkräften. Albert wolle lediglich seinem Nachfolger, König Philippe, die Bühne überlassen, heißt es offiziell. Belgiens Regierung scheint mittlerweile genervt von den Klagen des als vermögend geltenden Ex-Königs: So wurde an die Medien durchgestochen, Albert habe sogar versucht, Treibstoff-Zuschüsse für seine 27 Meter lange Luxus-Jacht zu bekommen. Er könne sich sonst keine Fahrten im Mittelmeer mehr leisten, so die Klage. *N.H.*

Von EU-Skeptikern getrieben

Nach dem britischen geht nun auch der niederländische Premier auf Distanz zu Brüssel

Im Schatten der britischen EU-Kritik wächst mit den Niederlanden ein zweiter Akteur heran, der für Brüssel zunehmend zum Problem wird.

Zumindest für deutsche Verhältnisse klingt ziemlich ungeheuerlich, was unlängst in der „Tweede Kamer“, dem niederländischen Parlament, auf der Tagesordnung stand. Angestoßen von einer Petition, die in kurzer Zeit 63000 Unterstützerunterschriften erhalten hatte, diskutierten die Parlamentarier darüber, wie weit Volksabstimmungen in den Niederlanden der EU künftig Grenzen aufzeigen sollen. Eine breite Mehrheit der Abgeordneten ist inzwischen dafür, dass die Niederländer befragt werden, wenn Brüssel zusätzliche Kompetenzen erhalten soll. Strittig ist die Frage, ob die Referenden in jedem Fall für die Regierung bindend sein sollen.

Welche Stimmung mittlerweile in den Niederlanden herrscht, wird an einem Detail deutlich. Regierungschef Mark Rutte hielt es bei einer seiner regelmäßigen Pressekonferenzen anscheinend für nötig, sogar auf das Thema eines Referendums zum EU-Austritt der Niederlande eingehen zu müssen. Ähnlich wie der britische Premier David Cameron wird auch Premier Rutte in den Niederlanden in Sachen EU-Politik immer mehr zum Getriebenen. Nach einem regelrechten Absturz bei den letzten Parlamentswahlen ist der niederländische EU-Skeptiker Geert Wilders bei Umfragen inzwischen wieder oben auf. Nach einer aktuellen Umfrage würde Wilders Freiheitspartei bei Wahlen auf einen fast so großen Stimmanteil kommen wie die regierenden Sozialdemokraten und Liberalkonservativen zusammen. Während die beiden Parteien auf insgesamt 31 Sitze kämen, brächte es Wilders „Partij voor de Vrijheid“ allein schon auf 30 Sitze, so der „Telegraaf“ auf Grundlage einer Umfrage des Meinungsforschers Maurice de Hond.

Dass Wilders mit Maximalforderungen wie der Rückkehr zum Gulden und sogar dem Austritt der Niederlanden aus der EU aufwartet, scheint bei immer mehr Niederländern demzufolge anzukommen. Sowohl die Wirkung der niederländischen Freiheitspartei als auch die der britischen Ukip sind mit Blick auf den deutschen Politneuling AfD aufschlussreich. Offenbar muss man als Partei nicht in Regierungsverantwortung stehen, um europapolitisch etwas zu bewegen. Gute Oppositionsarbeit und die glaubwürdige Drohung, den Regierungsparteien spürbar Stimmen wegzunehmen, reichen als Hebel schon aus.

Niederländer sollen über Referenden mehr Einfluss erhalten

Dass Forderungen, Brüssel Grenzen aufzuzeigen, mittlerweile legitimer Teil der politischen Diskussion in den Niederlanden sind, ist nicht der einzige Unterschied zum Nachbarn Deutschland. Auch in der Regierungskoalition von Premier Rutte (Konservativliberale) und Außenminister Frans Timmermans (Sozialdemokraten) herrscht Skepsis in Sachen EU vor. Bereits im vergangenen Jahr machte Außenminister Timmermans klar, dass für ihn die Zeit weiterer europäischer Integrationsschritte erst einmal vorbei sei. Auf seiner Agenda steht stattdessen eine völlig neue Aufgabenverteilung für Brüssel. Die Kommission solle sich künftig nur noch um die ganz großen Themen wie etwa die Finanzmarktregulierung kümmern. Das dahinter stehende Prinzip: Europäische Lösungen nur da, wo sie nötig sind, nationale Lösungen, wenn sie möglich sind.

Inzwischen hat Timmermans seine Forderung in einen konkreten Plan gegossen: Die Brüsseler Kommission soll vom EU-Rat, also der Runde der Regierungschefs, eine konkrete Aufgabenliste erhalten. Obendrein soll sogar geregelt werden, wovon Brüssel komplett die Finger lassen soll. Vom Tisch wäre damit zumindest der bisherige Aktionismus der EU-Kommissare, weitere Kompetenzen an sich zu ziehen und neue Aufgaben zu erfinden.

Das Kontrastprogramm zu solchen Plänen liefert inzwischen Berlin. Geht es nach Bundeskanzlerin Angela Merkel, dann soll die Brüsseler Kommission sogar mehr Durchgriffsrechte erhalten, etwa wenn es gilt, in den einzelnen EU-Ländern für Haushaltsdisziplin zu sorgen. Tatsächlich hat das, was Rutte und Timmermans für Europa vorschwebt, wesentlich mehr Chancen, Realität zu werden. Zum einen würde eine zurechtgestutzte EU-Kommission dem britischen Premier Cameron die Chance bieten, bei dem geplanten Referendum zu einem EU-Austritt noch einmal mit einem blauen Auge davonzukommen. Auch die krisengeplagten Südländer sind im Zweifel nur an Geld aus Brüssel, nicht aber an neuen Direktiven und Sparplänen interessiert.

Das bisher oftmals skizzierte Bild eines EU-kritischen Großbritannien, das isoliert ist, könnte schnell einem anderen weichen: dem Bild einer deutschen Bundesregierung, die mit ihren EU-Plänen weder in Südeuropa noch in London oder Den Haag Verbündete findet.

Das Thema Volksabstimmungen zu EU-Themen scheint indessen nicht nur in den Niederlanden und Großbritannien Konjunktur zu haben. Wie die Zeitung „Le Figaro“ berichtet, hat Frankreichs Präsident François Hollande bei einem Besuch in Ankara angekündigt, ein EU-Beitritt der Türkei sei erst nach Abhaltung eines Referendums in Frankreich möglich. Mit der Ankündigung ist die Latte für einen türkischen EU-Beitritt ein beträchtliches Stück höher gelegt worden. Wenn schon Frankreichs Präsident in Sachen Türkei sein Volk abstimmen lassen will, dürfte in der Frage zumindest in den Niederlanden und Großbritannien auch lautstark nach einer Volksabstimmung gerufen werden. *Norman Hanert*



Foto: pa

Mehr EU-Skepsis: Um Geert Wilders (l.) die Stirn zu bieten, zeigt sich Premier Mark Rutte hart gegenüber Brüssel

Gouverneure sollen bluten

Russisches Finanzministerium sucht Verantwortliche für Schulden

Von 83 Republiken, Oblasten und autonomen Regionen Russlands sind über 20 so hoch verschuldet, dass sie ihre Kredite nicht mehr bedienen können. Spitzenreiter ist die Republik Mordwinien an der Wolga, deren Schuldenquote 100 Prozent beträgt, gefolgt von den Oblasten Smolensk und Saratow mit je 90 Prozent. Nach einer Schätzung von Standard & Poors soll der Schuldenberg von ursprünglich 26 Milliarden auf knapp 58 Milliarden Euro in diesem Jahr gestiegen sein. Finanzminister Anton Siluanow schlug deshalb vor, Gouverneure, deren Regionen ihre Schulden nicht rechtzeitig zurückzahlen, zu entlassen.

Ob Wladimir Putin diesen Vorschlag unterstützen wird, ist fraglich, denn ein hartes Vorgehen gegen die Regionen könnte zum Bumerang werden. Denn Gouverneure, deren Gebieten es ohnehin wirtschaftlich schlecht geht und die sich deshalb mit Krediten eindecken mussten, um den sogenannten „Mai-Ukas“ des Präsidenten zu erfüllen, mit dem Putin eine Reihe von Sozialleistungen vor allem für Rentner und Veteranen durchsetzte, müssten zuerst diese Sozialleistungen streichen und liefen so Gefahr, wegen der Nichterfüllung des Ukas entlassen zu werden. Dass eine neue Wirtschaftskrise gerade in den Regionen zu Unruhen führen könnte, hat die Erfahrung von 2009 gezeigt, als es – vom Königsberger Gebiet ausgehend – in mehreren Städten zu Massenprotesten kam. Damals reagierte die Regierung mit einer Lockerung der Schuldenpolitik. Zwar sank damit das Defizit im russischen Staatshaushalt, doch durch Zahlungsausfälle kehrt es nun nach Moskau zurück.

Gefahr neuer Massenproteste in den Regionen

Die russische Wirtschaft leidet unter dem Preisverfall von Rohstoffen auf dem Weltmarkt. Immer noch ist Russland zu sehr abhängig von Rohstoffpreisen. Um einen einigermaßen ausgeglichenen Staatshaushalt zu haben, darf der Ölpreis nicht unter die Marke von 100 Dollar pro Barrel sinken.

Im letzten Halbjahr war die Rezession besonders im Industriesektor spürbar. Aufträge, vor allem aus dem Ausland, gingen der verarbeitenden Industrie aus, Entlassungen sind an der Tagesordnung. Im vergangenen Jahr mussten Hunderte kleinerer und mittlerer Betriebe schließen. Neben Banken sind nun auch große Staatsbetriebe betroffen. Der Autohersteller „Avtovaz“ (Lada) und die Staatseisenbahn entlassen massenweise Personal. Besonders hart trifft es „Monostädte“ wie Toljatti, wo „Avtovaz“ einziger Arbeitgeber ist. Wer hier seine Arbeit verliert, steht vor dem Nichts.

Mit der kürzlich vorgenommenen Rubelabwertung will die Regierung gegensteuern, um die inländische Produktion zu stützen. Das macht zwar importierte Waren teurer, soll aber dem Absatz inländischer Produkte dienen. Bei einem stabilen Ölpreis und einer Rubelabwertung werden die Einnahmen wachsen und die Regierung kann weiter Sozialleistungen zahlen. Da Russlands rohstofflastige Wirtschaft jedoch den Bedarf nicht in allen Bereichen abdecken kann importierte Waren teurer werden, besteht eine erhöhte Inflationsgefahr. Gerade in Monostädten, deren veraltete Strukturen und Technik dringend modernisiert werden müssten, dürften Einsparungen das Gegenteil bewirken. Fallen Arbeitslosigkeit und Inflation zusammen, wird sich die Unzufriedenheit der Menschen in neuen Massenprotesten ausdrücken.

Manuela Rosenthal-Kappi

Fürs Wegschließen fehlt Geld

Großbritannien muss Gefängnisse auflösen und Haftzeiten kürzen

Die britische Regierung bemüht sich seit Jahren um eine Reform des Strafvollzugs. Dazu gehört die bereits im Oktober 2013 angekündigte Schließung zweier Frauengefängnisse in England und Wales: Askham Grange in Yorkshire und East Sutton in Kent. So sollen Frauen ihre Strafen in Zukunft nach Möglichkeit heimatnah absitzen, um den Kontakt zu ihren Familien nicht zu verlieren. Lord McNally, der für die Frauengefängnisse zuständige Staatssekretär, will Frauengefängnisse stärker auf die Wiedereingliederung ausrichten. „Wenn eine Frau entlassen wird, will ich sicherstellen, dass sie niemals zurückkommt“, sagte McNally.

Er reagierte damit auf die Kritik des Justizausschusses des Unterhauses, der der Regierung vorgeworfen hatte, bei der Reform der Bewährungsregeln die Belange von Frauen vernachlässigt zu haben. Organisationen wie die Howard League for Penal Reform fordern seit Jahren, sämtliche Frauengefängnisse zu schließen und nur die gefährlichsten Täterinnen zu inhaftieren.

Die englische Justiz rückt jedoch nicht nur bei Frauen die Wiedereingliederung stärker in den Fokus. Auch männliche Straftäter sollen intensiv betreut werden; vor allem aber will man die Haftzeiten generell verkürzen und ältere Gefängnisse schließen. Was human aussieht, ist schlichtes Kostendenken. Der Regierung von David Cameron fehlt für ihre viktorianische Law-and-Order-Politik des schnellen Wegsperrens schlicht das Geld. Nach der Finanzkrise ist die Staatskasse so gut wie leer, und so muss die überfällige Gefängnisreform als Erklärung für drastische Kürzungen herhalten. Weniger Gefangene in einer kleineren Zahl großer Zentralgefängnisse unterzubringen ist das eigentliche Ziel.

Frauen werden bevorzugt behandelt

Was zu einer Art Quadratur des Kreises führt, denn in den letzten Jahren wurde eine wachsende Zahl von Menschen zu immer längeren Haftstrafen verurteilt. Im Oktober 2013 saßen in England und Wales 84078 Menschen ein, davon 3952 Frauen. Zwischen 2002 und 2012 ist die Zahl der Gefängnisinsassen um 21 Prozent gewachsen. Anfang der 90er Jahre waren nur halb so viele Menschen im Gefängnis. Gestiegen ist vor allem die Zahl der eingesperrten Männer, die Zahl der inhaftierten Frauen sinkt dagegen.

Das bestehende System gilt nicht nur als teuer, sondern auch als ineffektiv und mängelbehaftet. Gefangene werden schlecht ernährt und nicht genügend auf die Entlassung vorbereitet. Gerade letzteres wäre aber nötig, denn nach Angaben des Prison Reform Trusts, einer Stiftung, die sich für die Verbesserung der Situation einsetzt, haben 47 Prozent aller Strafgefangenen keine Ausbildung und keinen Schulabschluss. Viele gerade der jüngeren Gefangenen leiden an psychischen Krankheiten.

Was also die Frauen betrifft, gilt mindestens genauso für die Männer. Allerdings schenkt man ihren Problemen weniger Aufmerksamkeit. Im Gegenteil: Die Bürgerrechtsorganisation „Justice for Men and Boys“ moniert seit Jahren, dass Männer für dieselben Delikte härter bestraft werden als Frauen. Wenn es um Männer geht, macht sich die englische Justiz offenbar kaum Gedanken über die Trennung von Familie und Kindern und etwaige psychische Beeinträchtigungen, die in der Haft entstehen könnten. *Friedrich List*

Handelspartner in Nöten

Immer mehr der als Märkte der Zukunft gefeierten Schwellenländer straucheln – Selbst China ist nicht stabil

Die Bundesregierung, aber auch führende Wirtschaftsinstitute sagen Deutschland für 2014 ein starkes Wachstum voraus. Die Frage ist nur, woher es kommen soll, denn inzwischen leidet nicht nur die Konjunktur in den europäischen Nachbarländern, auch die Wirtschaft der Schwellenländer entwickelt sich in eine unerfreuliche Richtung.

Seit Jahren gilt das Kürzel BRIC Unternehmen, aber auch Anlageberatern als eine Art Zauberformel. Es steht für die Anfangsbuchstaben der Länder Brasilien, Russland, Indien und China. Hier befänden sich die Märkte der Zukunft, so die Wirtschaftsanalysten, und da jeder dabei sein will, versuchten Unternehmen sich in diesen Ländern zu engagieren. Selbst Kleinsparer investierten in sogenannte Emerging-Markets-Fonds, also in die aufstrebenden Märkte.

Im letzten Jahr kam ein neues Kürzel hinzu: MIST. Die Bedeutung des Wortes in der deutschen Sprache hätte eigentlich Warnung sein sollen. Trotzdem investierten Anleger in Mexiko, Indonesien, Südkorea und der Türkei, nur um dieser Tage festzustellen, dass ihre Anlageentscheidung sich als ziemlicher Mist entpuppte.

Mit einer geradezu erschreckenden Geschwindigkeit gingen Ende Januar die Börsen vor allem in der Türkei, in Indonesien und Südafrika auf Talfahrt, denn ausländische Investoren zogen auf einmal plötzlich ihr Geld ab. Sofort versuchten die Zentralbanken der betroffenen Länder das Schlimmste zu verhindern, indem sie die Leitzinsen nach oben setzten, um ihre Länder für Investoren wieder attraktiv zu machen, erreichten aber bestenfalls eine Stabilisierung. Diese dürfte allerdings negative wirtschaftliche Entwicklungen in den eigenen Ländern zur Folge haben. So verdoppelte Ankaras Zentralbank fast den Leitzins von 5,5 auf zehn Prozent. Zwar stabilisierte das die Währung, doch machte es Kredite teurer, die die Wirtschaft für Investitionen benötigt. Zudem wurde das umjubelte türkische Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren massiv vom Konsum getragen. „Das türkische Handelsbilanzdefizit ist das zweitgrößte der Welt nach den USA“, warnte Andreas Feiden, Geschäftsführer der Fondsgesellschaft Fidelity, bereits vor einem Jahr bei „ARD-Börse“, bewertete das Land im Ganzen jedoch positiv. Doch der vom Konsum getragene Aufschwung basierte auf Konsumkrediten. Diese wiederum haben, wie übrigens auch in den USA, selten einen festen Zins. Mit der massiven Erhöhung des Leitzinses werden nun die Konsumkredite teurer, und viele Türken werden nicht mehr in der Lage sein, sie zurückzuzahlen.

Da auch Indien und seit 2012 Indonesien mehr importieren als exportieren, ist es zu einfach, der US-Zentralbank Fed die Schuld an den Turbulenzen an den Finanzmärkten der Schwellenländer zu geben. Diese hatte angekündigt, sich von der Politik des billigen Geldes langsam zu verabschieden, was Investoren dazu brachte, ihr Geld aus risikoreicheren Gefilden

Risiken lauern überall, Chancen sind derzeit selten

wie eben den Schwellenländern abzuziehen. Die Fed hat mit ihrem Gebaren weltweit zu einer Blasenbildung beigetragen, sprich: Da viel Geld günstig zu haben war, wurde nicht darauf geachtet, ob man es auch sinnvoll investierte. So mancher nutzte es auch für Spekulationen. Dies bescherte den Schwellenländern viel frisches Geld aus dem Ausland, was diese jedoch nicht dafür nutzten, um Werte zu schaffen. Fast überall obsiegte die Lust auf den schnellen Konsum, so als ob niemand von den für die Welt folgenreichen Fehlern der USA in den letzten Jahren gelernt hätte. Strukturreformen wurden aufgeschoben, Staatshaushalte aufgebläht und nebenbei leistete sich die eine oder andere Regierung noch kostspielige Eskapaden. In der Türkei erlaubte sich Ministerpräsident Tayyip Recep Erdogan neben offenbar lange tolerierter Korruption in Regierungskreisen die brutale Niederschlagung von Bürgerprotesten, was für potenzielle Geldgeber kein Zeichen für eine stabil wachsende Volkswirtschaft ist.

Bedingt mag es die deutsche Wirtschaft erleichtern, dass sie in den derzeit besonders krisengeschüttelten Ländern Türkei, Argentinien, Brasilien und Indien nicht massiv engagiert ist. Laut „Handelsblatt“ geht nur ein Zwanzigstel der deutschen Ausfuhren in diese Länder. Doch da kaum ein Land derzeit gute Prognosen bietet, ist fraglich, woher das von der Bundesregierung und deutschen Wirtschaftsinstituten vorhergesagte Wachstum der deutschen Wirtschaft kommen soll?

Hinzu kommt, dass die Welt mit Sorge auf einen von Deutschlands stärksten Handelspartnern blickt. Denn auch in der Volksrepublik China mehren sich die Zeichen für ein weiteres Abflauen der Konjunktur. 2013 hat das Land mit einem Wachstum von 7,7 Prozent den geringsten Zuwachs seit 1999 erlebt. Hinzu kommt, dass es auch in China zahlreiche Strukturprobleme gibt, die der Wirtschaft des Landes massiv einen Dämpfer erteilen können, so sie denn akut werden. So zum Beispiel die großen Überkapazitäten in den Bereichen Stahl, Zement, Aluminium, Glas und Schiffsbau.

Zwar hat Peking bereits verordnet, dass die Stahlproduktion bis 2017 um elf Prozent gesenkt werden soll, doch werden als Folge hundertausende Arbeitsplätze wegfallen. Auch hat der Staat mit seiner Förderung des Bausektors eine Immobilienblase erzeugt, die jederzeit platzen kann. Zwar wird die grassierende Korruption bekämpft, trotzdem hat sie in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass Geld nicht dort investiert wurde, wo es am sinnvollsten war. Zudem sind viele Provinzen, aber auch Privathaushalte überschuldet.

Da China außerhalb der EU neben den USA der größte Abnehmer deutscher Waren ist, blickt vor allem die bereits angeschlagene, in Deutschland so wichtige Automobilbranche besorgt gen Peking und hofft, dass die Regierung dort Krisen verhindert. Das dürfte jedoch schwierig werden, denn Peking will weg vom Billigproduzenten, zugleich leidet das Land aber unter einer niedrigen Produktivität. Da Peking im Gegensatz zu allen anderen Schwellenländern auf einem – leider nur bedingt veräußerbaren – Schatz von vier Billionen US-Dollar an Devisenreserven sitzt, hat China aber gewisse Freiräume. *Rebecca Bellano*



Warten auf den Export: Autos der Marken Audi und Volkswagen am Terminal von Bremerhaven Bild: action press

MELDUNGEN

EU: Industrie schrumpft weiter

Köln – Der Anteil Europas an der weltweiten industriellen Wertschöpfung ist laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) in den letzten 13 Jahren von 25 Prozent auf 20,8 Prozent gesunken. Zeitgleich erhöhte sich der Anteil asiatischer Schwellenländer auf 27,5 Prozent. Selbst wenn man seinen Blick nur Europa zuwendet, dann verdeutlichen die Zahlen, dass die De-Industrialisierung immer weiter voranschreitet. Betrug der Anteil der Industrie an der europäischen Wertschöpfung 1970 noch gut 30 Prozent, sind es jetzt nur noch 15,3 Prozent. *Bel*



Regierungskrise wegen Goldman

Kopenhagen – Der Verkauf des staatlichen 19-Prozent-Anteils am größten dänischen Energieversorger Dong Energy hat für eine Milliarde Euro zum Bruch der Regierungskoalition in Kopenhagen geführt. Käufer ist die US-Investmentbank Goldman Sachs, was die Sozialistische Volkspartei nicht gutheißt. Sie fürchtet einen ungesunden US-amerikanischen Einfluss auf Dong Energy. *Bel*

RWE: Kommunen leiden mit

Essen – Deutschlands größter Stromerzeuger RWE entwickelt sich zu einem Risikofaktor für das Ruhrgebiet. 3,3 Milliarden Euro muss das Unternehmen aufgrund der Energiewende für das Geschäftsjahr 2013 abschreiben. Hatte RWE 2008 noch eine Dividende von 4,50 Euro je Aktie gezahlt, ist es jetzt nur noch ein Euro. Das trifft die Kommunalaktionäre, die knapp ein Viertel der Anteile an RWE halten. Hinzu kommen sinkende Steuereinnahmen und Stellenstreichungen, denn viele der Gemeinden sind zugleich Standorte des Energieversorgers. *U.B.*

Gremium vor Säuberung

Wirtschaftsminister will keine Berater mit konträren Meinungen

Er wolle Europa gegen „neunmalkluge Professoren“ verteidigen, so der SPD-Chef und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel beim diesjährigen SPD-Europaparteitag. Im Blick dürfte er bei seiner Rede vor allem den Hamburger Ökonomen Bernd Lucke und dessen Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) gehabt haben. Doch ausgerechnet zwei Unterstützer der Partei, der Mannheimer Ökonom Roland Vaubel und der Berliner Wirtschaftsprofessor Charles B. Blankart, gehören dem wissenschaftlichen BMWi-Beirat des von Gabriel geführten Wirtschaftsministeriums an.

Vaubel initiierte im Herbst 2013 einen Aufruf, in dem mehr als 130 deutsche Wirtschaftsprofessoren die Europäische Zentralbank wegen ihres umstrittenen Anleihekaufprogramms angriffen. Darauf kündigte der europapolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Michael Roth an, dass die SPD nach einem Wahlsieg Änderungen im Beirat vornehmen will.

Die Wurzeln des wissenschaftlichen Beirats reichen bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieges zurück. Er war das erste unabhängige Gremium der wissenschaftlichen Politikberatung im Nachkriegsdeutschland, dessen Mitglieder er bis heute selbst vorschlägt. Zu seiner Aufgabe gehört die Beratung des Bundeswirtschaftsministers in Fragen der Wirtschaftspolitik, und er ist bei seiner Themenwahl frei. Ungeachtet dessen will Gabriel die Beratungsgremien einer Prüfung unterziehen.

Die kritisierten Professoren stehen der AfD nahe

Gabriel ist nicht der einzige Bundesminister, der mit seinem wissenschaftlichen Beirat über Kreuz liegt. Als Kai Konrad, Direktor am Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen und Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium, 2013 die Währungsunion in ihrer jetzigen Form als langfristig nicht haltbar bezeichnete, wurde er indirekt vom Finanzminister gerügt. Die Aussagen Konrads seien nicht nachvollziehbar, so Wolfgang Schäuble.

Rückendeckung bekommen die aktuell angegriffenen Ökonomen vom Beiratsvorsitzenden Achim Wambach, der gegenüber der „FAZ“ erklärte, dass Rücktrittsaufforderungen wegen der politischen Tätigkeit eines Mitglieds mit der Unabhängigkeit des Beirats unvereinbar wären. Und während die Grünen-Politikerin Kerstin Andreae dem AfD-Mitglied Vaubel die Vernachlässigung seiner Neutralitätspflicht vorwarf, verteidigte der EU-Abgeordnete Sven Giegold (Grüne) diesen: „Auch wenn mir die marktradikalen Ansichten der Professoren Blankart und Vaubel nicht gefallen: Sie stehen damit für eine relevante Minderheit der deutschen Volkswirtschaftslehre. Daher bin ich auch dagegen, nun wegen ihrer AfD-Mitgliedschaft ihre Position im wissenschaftlichen Beirat des BMWi infrage zu stellen.“

Bereits in der Vergangenheit traten Beiratsmitglieder öffentlich für ihre Ansichten ein – beispielsweise die Münchner Professorin Monika Schnitzer beim Hamburger Appell 2005 –, ohne dass die etablierten Parteien zu Rücktrittsforderungen griffen. Dass das jetzt geschieht, muss mehr als eine Attacke auf die parteipolitische Konkurrenz die Sorge um die Unabhängigkeit des Beirats interpretiert werden. *U.B.*

Vermasselte Geschäfte

Deutscher Öko-Strom nervt Frankreich – Verminderter Export

Nachdem sich bereits polnische Netzbetreiber über ein Überangebot von deutschem Ökostrom beklagt haben, regt sich nun auch in Frankreich Widerstand gegen die zunehmende Einspeisung von überschüssigem Strom aus „regenerativer“ Erzeugung in Deutschland. „Die Leitungen unseres Landes werden immer mehr belastet, in manchen Momenten sind sie nahe an der Sättigung“, so die Warnung, die unlängst von Dominique Maillard, dem Chef des Netzbetreibers RTE, in Zeitungen wie dem „Handelsblatt“ zu lesen war. Da der deutsche Ökostrom Einspeisevorrang in die Netze genießt, ist französischen Angaben zufolge im vergangenen Jahr durchschnittlich an jedem zweiten Tag an den Übergabepunkten der Elektrizitätsnetze das Belastungslimit erreicht worden. Gegenüber dem Jahr 2009 hat sich damit die Zahl dieser kritischen Situationen vervierfacht.

Die französische Klage ist Ausdruck der Tatsache, dass zwei höchst unterschiedliche Modelle von unflexibler Energiepolitik zunehmend aneinander geraten. Mit seiner „Energiewende“ setzt Deutschland faktisch immer stärker auf eine Stromerzeugung nach dem Zufallsprinzip. Strom aus Sonnen- und Windenergie wird erzeugt, wenn es die Wetterbedingungen zulassen, nicht wenn der tatsächliche Bedarf bei den Kunden besteht. Da der Ökostrom bisher großtechnisch nicht speicherfähig ist, bleibt im Notfall nur das Abstellen von Solar- und Windkraftanlagen oder aber der Export um nahezu jeden Preis in Nachbarländer wie Polen und Frankreich.

Französische Kernkraftwerke stehen unter Druck

Allerdings ist Frankreich selbst bestrebt, zu bestimmten Zeiten ein nationales Überangebot an Strom ins Ausland zu exportieren. Hintergrund ist, dass Frankreich ein anderes Extrembeispiel für unflexible Stromerzeugung darstellt. Zu über 70 Prozent gewinnt Frankreich Strom aus Kernkraft. Da häufiges Hoch- und Runterfahren der Reaktoren die Energieausbeute der Brennstäbe absinken lässt und obendrein zu einer vorzeitigen Materialversprödung bei den Reaktoren führt, möchten die französischen Kernkraftwerkbetreiber ihre Anlagen möglichst gleichmäßig auslasten. Die Folge: In Zeiten geringen französischen Eigenverbrauchs, etwa zur Nachtzeit, fällt viel überschüssiger Strom an, den es zu exportieren gilt. Mit seinen 58 kommerziell genutzten Reaktoren ist Frankreich zum größten Stromexporteur Europas aufgestiegen. Das Land erzielt gegenüber allen Nachbarländern – außer Deutschland – einen Überschuss im Stromhandel.

Französische Energieversorger führten unter dem Strich im vergangenen Jahr 47,2 Terawattstunden (Twh) an elektrischer Energie aus. Einzig der Ökostrom-Boom in Deutschland samt Einspeisevorrang führte dazu, dass Deutschland das zweite Jahr in Folge mehr Strom an Frankreich lieferte, als es von dort bezogen hat. Der deutsche Stromexport-Überschuss gegenüber Frankreich kletterte von 8,7 Twh im Jahr 2012 auf 9,8 Twh 2013. Deutschlands Eigenbedarf an Strom lag im vergangenen Jahr bei einem Bruttowert von rund 596 Twh. *N.H.*

Deutsches Irrlicht

Von Hans Heckel

Der Plan der saarländischen Regierung, ihr Land zu einer deutsch-französischen Region umzubauen, legt nationale Selbstverleugnung und historische wie kulturelle Ignoranz frei. Außerdem verströmt er die Arroganz von „Gesellschaftsingenieuren“, die sich anmaßen, die Menschen nach ihren Vorstellungen umzubauen.

Wären auf französischer Seite ähnliche Bestrebungen im Gange, wäre die Sache noch halbwegs erklärlich. So aber atmet sie den Geruch des Kniefalls, der noch nie die Grundlage echter Verständigung sein konnte. Denn im Elsass oder in Lothringen denkt man nicht daran, es dem Saarland gleichzutun und Deutsch zur Verkehrssprache zu erklären, obwohl es dies dort (im Unterschied zu Französisch im Saarland) jahrhundertelang gewesen ist.

Bei den französischen Nachbarn dürfte der Vorstoß nicht einmal einen positiven Eindruck machen. Im Gegenteil: Die national- und sprachbewussten Franzosen werden ihn nur als Beleg dafür nehmen, dass die Deutschen eine irrlichternde Nation sind, bei der man nie wissen kann, woran man ist und was diese Leute eigentlich antreibt.

Warum das alles?

Von Jan Heitmann

Der Flughafen Berlin-Tempelhof ist für viele Berliner ein Symbol der Freiheit. Doch er hat auch eine andere Seite, die der Unfreiheit. Von 1933 bis 1936 betrieb die SS in dem später abgerissenen Columbia-Haus ein Konzentrationslager und während des Krieges mussten Tausende auf dem Tempelhofer Flughafengelände Zwangsarbeit in der Luftrüstungsindustrie leisten.

Die Meinungen darüber, wie die riesige Fläche zukünftig genutzt werden soll, gehen weit auseinander. Konsens herrscht hingegen darüber, dass an die NS-Vergangenheit des Ortes und die Opfer erinnert werden soll. Das ist zu begrüßen, denn Streit darüber wäre unwürdig. Es verwundert allerdings, dass dafür seit fast zwei Jahren am Standort des Arbeitslagers archäologische Ausgraben durchgeführt werden. Was dabei zutage kommt, sind — bei allem Respekt vor den Opfern und der Würde des Ortes — Banalitäten wie Fundamentreste, rostige Nägel, Blechgeschirr und auch mal ein Stück Porzellan, das wegen des aufgebrachten Emblems der NS-Arbeitsfront in den Medien sogleich als „Nazi-Scherbe“ Furore macht.

Anhand der Funde wollen die Forscher mehr über die Unterbringung und die Lebensumstände der Zwangsarbeiter erfahren. Wissenschaftliches Erkenntnisstreben in alle Ehren, aber die vermeintlichen Geheimnisse, die die Fundstücke bergen mögen, sind keine. Die Zwangsarbeiterbaracken waren im ganzen Reich von einheitlicher Bauart und sind mancherorts im Originalzustand zu besichtigen. Und das Leben und Leiden der Zwangsarbeiter ist mittlerweile vielfach dokumentiert. Auch mangelt es gerade in Berlin nicht an gut erhaltenen Zeugnissen der NS-Gewaltherrschaft. Da stellt sich die Frage nach dem Sinn dieser aufwändigen und damit kostspieligen Ausgrabungen.

Selbsterhaltungstrieb

Von Rebecca Bellano

Als Deutscher sieht man das Referendum „Initiative gegen Masseneinwanderung“ in der Schweiz durchaus mit gemischten Gefühlen. Denn es sind auch die Deutschen, gegen die sich der Unmut der Schweizer wendet. Von rund 84000 Zuwanderern im vergangenen Jahr stammte fast ein Viertel aus Deutschland, nur aus Italien kamen mehr. Zudem kamen vor allem gut ausgebildete Fachkräfte, so dass man sich aus deutscher Sicht fragen mag, was denn bitte das Problem sei. Und wenn die Schweizer Volkspartei (SVP) die von ihr ins Leben gerufene Initiative damit begründet, sie wolle nicht, dass es der Schweiz ergehe wie Indien, riecht das doch arg nach extremer Übertreibung.

Doch setzt man alles in Relation, kommt auch Verständnis auf. Jährlich käme bei der jetzigen Einwanderung eine Stadt in der Größe von St. Gallen oder Luzern hinzu, was bei einer Bevölkerung von rund acht Millionen Einwohnern ein beachtlicher Zuwachs sei, eben fast wie in Indien, beklagt die SVP. Sie fürchtet Überfremdung. Schon jetzt beträgt der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung 24 Prozent, 2050 könnten die Ausländer bei den jetzigen Zuwachsraten die Mehrheit stellen. Und ja, eine derartige Perspektive mag niemanden erfreuen. Bevor man zur Minderheit im eigenen Land zu werden droht, sollte ein gewisser Selbsterhaltungstrieb dies verhindern.

> Viele fürchten, zur Minderheit im eigenen Land zu werden

Allerdings geht es den Schweizern zumindest aus deutscher Perspektive gut, denn auch wenn Deutsche und Italiener keine Schweizer sind, so haben sie immerhin denselben kulturellen Hintergrund, was man von der größten Zuwanderergruppe in Deutschland, den Türken, nicht sagen kann. Zudem lässt die Qualifikation der Mehrheit der nach Deutschland Zugewanderten zu wünschen übrig. Das ist kein Problem, so denn genügend Arbeitsplätze für Ungelernte vorhanden sind und die Zugewanderten fleißig sind und sich gut in die Gesellschaft einfügen. Wenn nicht, ist es schwierig, mit ihnen zu leben, aber auch, sie wieder los zu werden.

Mit diesem Problem befasst man sich gerade in Großbritannien. Premier David Cameron versucht nicht nur, einige seiner Abgeordneten von der Idee abzubringen, aus Angst vor Masseneinwanderung gegenüber Zuwanderern aus Rumänien und Bulgarien wieder Grenzkontrollen einzuführen, er muss neben EU-Recht auch Artikel 8 der Menschenrechtskonvention bewahren. „Das letzte Wort gehört den Gerichten des Vereinigten Königsreiches“, fordert nämlich der Tory-Abgeordnete Dominic Raab. Er und einige andere wollen, dass straffällige Ausländer schneller abgeschoben werden können, auch wenn die Familie in Großbritannien lebt. Und aus der Sicht britischer Bürger ist die Forderung durchaus nachvollziehbar. Vor allem wird sie nicht die letzte ihrer Art sein. Denn egal ob Schweiz, Großbritannien, die Niederlande, Frankreich, Belgien oder auch Deutschland, in all diesen Länder wurde in den letzten Jahren eine Einwanderungspolitik verfolgt, die zu schnell zu viele ins Land ließ. Dabei wurde weder auf die Gefühle der Einheimischen noch auf die Integrationsbereitschaft der Zugewanderten geachtet. Die Quittung für diese Politik folgt jetzt allmählich.



Die Schweizer Volkspartei hat schon vor Jahren das Thema Masseneinwanderung für sich entdeckt: Selbst wenn die Schweizer dem Referendum am 9. Februar eine Absage erteilen, wird die Debatte damit keineswegs beendet sein, da sie zu viel Zustimmung gefunden hat

Bild: action press

Moment mal!



Liebe deinen Nächsten!

Von Klaus Rainer Röhl

Immer wenn die gries-grämlichen Jünger des Zeitgeistes in den Magazin-Sendungen des Fernsehens oder der Tagespresse jemanden besonders heftig angreifen, lohnt es sich hinzuschauen. Einer ihrer Lieblingsgegner ist seit Langem der Kölner Kardinal Joachim Meisner.

Der Kardinal, der schon während seiner Zeit als Bischof in Berlin unbeliebt war bei allen Linken, Grünen und Halblinken, hat – kurz vor seinem altersbedingten Rücktritt – noch einmal gesagt, was er über die Zukunft denkt. Und siehe, es sind die gleichen Gedanken, die eine große Mehrheit der Deutschen sich über die Zukunft ihres Landes macht.

Vor einer Versammlung von Mitgliedern des sogenannten „Neokathechumenalen Wegs“, einer Gruppe von besonders rechtgläubigen und strengen Katholiken, die für Familien mit vielen Kindern eintreten, ließ er gezielt – der alte Fuchs macht keine Fehler – den Satz heraus: „Eine Familie von euch ist mir näher als drei muslimische Familien.“ Die kleine und sogar in der katholischen Kirche umstrittene Gruppe war sicher nur Anlass für solchen Ausspruch. Und Meisner ließ die Rede auch ins Netz stellen. Die Botschaft war unmissverständlich: Der Kardinal möchte gern, dass Deutsche mehr Kinder aufziehen. Das wäre ihm lieber als noch mehr Zuzug der traditionell kinderreichen muslimischen Familien.

Der „Kölner Stadtanzeiger“ war außer sich. Es war Montag. Der „Spiegel“ oder die „Süddeutsche“, von denen die linksdrehende Provinzpresse sonst Richtlinien zu beziehen pflegt, hatten noch nicht Stellung bezogen, und so schnell war auch kein prominenter deutscher Politiker zu erreichen. Wohl aber die DITIB und die anderen Verbände der Türken in der Bundesrepublik. „Muslime sind entsetzt über Meisner“, lautete so die Schlagzeile beim „Kölner Stadtanzeiger“. Zwar schrieb der Chefredakteur dazu nach dem Motto „Doch Brutus war ein ehrenwerter Mann“ einen beschwichtigenden Kommentar „Kardinal Meisner ist kein Islamhasser und erst recht kein Rassist“, dann jedoch folgte eine scharfe Polemik gegen den Kardinal. Meisner hatte allerdings nur ausgesprochen, was die meisten Leute im Lande denken, und sein halbes Dementi eine Woche danach, er sei missverstanden worden, änderte nichts daran – gesagt ist gesagt.

> Kardinal Meisner möchte lieber deutsche Kinder als Zuwanderer. Ja und?!

Worum geht es wirklich? „Der Islam gehört zu Deutschland“, hatte Christian Wulff mal so beiläufig und ohne nähere Begründung in den Raum gestellt, als er noch Bundespräsident war. Der Satz sitzt inzwischen in öffentlichen Debatten fest wie eine Klette. Ja, es leben ungefähr drei bis fünf Millionen Moslems im Land, die Zahlen schwanken. Müssen wir uns nun darüber freuen? Über die kulturelle Bereicherung? Reigentänze haben die Griechen schönere und die bunten Kopftücher, mit denen muslimische Frauen sich verschleiern, sind farbenprächtig, aber Bereicherung?

Filme wie der letzte Woche im Fernsehen gezeigte „Kückückskind“ sollen den Konflikt zwischen Deutschen und zugewanderten Moslems als schnurriges Märchen verharmlosen. Zwei Kinder, ein deutsches und ein türkisches, werden bei der Geburt vertauscht wie das doppelte Lottchen, haben Probleme mit ihren Familien, aber am Ende fallen sich alle um den Hals. Das ist ebenso real wie die tausendste Liebesgeschichte des armen Mädchens mit dem edlen Schlossbesitzer aus der Feder von Märchentante Rosamunde Pilcher. Immer an der englischen Küste in Cornwall oder Devon mit ihren uralten Adelssitzen gedreht. Aber niemand glaubt doch, dass das England ist. Wie es wirklich aussieht, zeigt die dort zurzeit beliebte Serie „Benefits Street“ über die eingewanderten Gäste.

Gehört auch der Islamismus zu Deutschland? Langsam werden wir abgestumpft. Früher war ein Selbstmord-Attentat noch eine Blitzmeldung wert, heute kommen die Islamisten im Irak oder Afghanistan erst ab mindestens 40 Toten auf die Titelseiten und als erste Meldung in der „Tagesschau“. Die Hassprediger, die nach endloser Gehirnwäsche einen unbedarften Jüngling zum Selbstmordattentäter dressiert haben, wissen das auch. Also mischen sie die zehnfache Menge Sprengstoff in den Gürtel und noch mehr rostige Nägel und scharfe Eisenteile in ihre Bomben. Für Allah, glaubt der gehirnbenebelte Massenmörder, wenn er auf den Zündknopf drückt. Für den gehört der Islam dazu. Aber zu Deutschland? Selbstverständlich! Er gehört zu Deutschland wie andere Prüfungen, die Stürme und die Hitze und/oder Kältewellen und die Überschwemmungen und was uns der liebe Gott alles sonst noch – ungebeten – schenkt. Wirtschaftsflüchtlinge zum Beispiel. „Wir brauchen Zuwanderer“, so die These. Trotz 7,3 Prozent Arbeitsloser, also immerhin mehr als drei Millionen? Diese Behauptung soll durch die ebenfalls unbewiesene Behauptung erhärtet werden, Deutschland sei ein Einwanderungsland. Wie einst Kanada oder die USA, als man das Land gerade den Vorbesitzern abgenommen hatte und es noch den Wilden Westen gab. Aber durch noch so viele Reden wird das dicht besiedelte Deutschland kein Einwanderungsland. Das Land, besser gesagt, vor allem eine nimmersatte, raffgierige, wachstumsbesessene Industrie braucht vielleicht gerade in einer günstigen Konjunkturphase ein paar Tausend gut ausgebildete Fachleute, aber wo steht geschrieben, dass dazu Millionen Arbeitslose ohne ausreichende Vorbildung mitsamt Omas und Opas, Kind und Kegel zu uns kommen und „menschenwürdig“, also gut untergebracht werden müssen?

> Warum holen wir fremde Arme ins Land, wenn wir noch eigene Arme haben?

Was jedoch bleibt von Deutschland, wenn alle hier gut untergebracht sind? Immer seltener taucht das Wort Deutschland schon jetzt in Kanzlerreden auf. Stattdessen heißt es: „Dieses unser Land“. Am liebsten würden sie es Euro-Land nennen oder, wie es den meisten außerhalb der Grenzen erscheint, Schlaraffenland.

Der Islam gehört zu Deutschland? Das war vor 1200 Jahren schon das Problem. Karl der Große war 778 bei der Befreiung Spaniens von den islamischen Mauren auf hohem Niveau gescheitert, Byzanz hielt am Bosporus noch ein paar Jahrhunderte durch, aber der Islam eroberte halb Afrika, drang vor bis nach Indien, bis zum Persischen Golf. Erobern, um des Islams willen. Die Eroberer-Moschee in Istanbul und die vielen Moscheen überall in Deutschland heißen nicht umsonst Eroberer-Moschee. Wer glaubt, dass alles heute nicht mehr akut ist, hat nicht richtig zugehört, als Erdogan in Deutschland seine Landsleute besuchte und zu ihnen redete als Eroberer. Und wir? Hören wir, was der Dichter Peter Rühmkorf schon 1957 einmal schrieb: „Was war nun Deutschland und was wird es sein? Was ist es, wenn nicht wir und unsresgleichen. Und Nein von unserm Nein?“

Raserei im Schauspielhaus

Mit Karin Beier hat Deutschlands größte Sprechbühne eine neue Intendantin. Sie stellte sich mit einer Marathon-Inszenierung vor

Mit 1200 Plätzen ist das Deutsche Schauspielhaus in Hamburg das größte Sprechtheater der Republik. Seit der Ära von Gustaf Gründgens (1955–1963) und seiner legendären „Faust"-Inszenierung galt es auch lange Zeit als das bedeutendste. Doch seit der Jahrtausendwende hat es kaum noch nennenswert von sich reden gemacht. Eine neue Intendantin aus Köln soll es nun richten.

Der Einstand von Karin Beier stand unter keinem guten Stern. Wegen umfangreicher Sanierungsarbeiten verschob sich erst der Saisonstart um einige Wochen. Dann kam es Ende Oktober 2013 auf der Baustelle auch noch zu einem gravierenden Bühnenunfall, bei dem Gegengewichte des Eisernen (Brandschutz-)Vorhangs mit voller Wucht auf die Bühne geknallt waren und diesen stark beschädigte hatten. Zum Glück kam dabei niemand zu Schaden. Jedoch musste Beiers Debütinszenierung „Die Rasenden", welche die Spielzeit Anfang November eröffnen sollte, auf den Beginn dieses Jahres verlegt werden. Um die Einnahmeausfälle in Grenzen zu halten, lagerte man bereits terminierte Aufführungen von Repertoirestücken teilweise auf kleinere Bühnen wie dem Malersaal aus, der schon lange als experimentierfreudige Zweitbühne genutzt wird.

Kaum tobten sich mit fast dreimonatiger Verspätung Beiers „Rasenden" auf der Bühne aus, musste die erste weibliche Intendantin des Schauspielhauses den nächsten Schicksalsschlag verkraften: Regisseurin Franziska Steiof, die am Berliner Grips Theater viele Erfolge feierte, starb 51-jährig völlig unerwartet während des Probenprozesses zu dem Stück „Würmer", das ursprünglich Ende dieses Monats im Jungen Schauspielhaus – einer weiteren Dependance des großen Hauses – Premiere haben sollte. Dieser Termin musste nun abgesagt werden.

Angesichts realer Tragödien geriet ein anderes Beinahe-Desaster zur Nebensache. Die Premiere von Shakespeares „Sturm" unter der Regie der Polin Maja Kleczewska artete zu einer wüsten Schlammorgie aus, bei der sich die Schauspieler mit Farbe beschmierten, was von Teilen des Publikums mit abfälligem Kopfschütteln kommentiert wurde.

Dabei ist das Hamburger Publikum in Sachen Schauspielhaus einiges gewohnt. Noch heute schnalzen ältere Semester mit der Zunge, wenn die Sprache auf die „Othello"-Inszenierung von Peter Zadek aus dem Jahr 1976 kommt. Die Aufführung mit einem schwarz angemalten Ulrich Wildgruber, dem die Theaterfarbe vor Schweiß vom Körper herabrinnt, gilt als einer der größten Theaterskandale der Nachkriegszeit.

Kaum anders verhielt es sich mit den Zadek-Inszenierungen der späten 80er Jahre: erst verteufelt, dann gefeiert. Die Hanseaten waren stolz auf ihre bundesweit registrierten Skandälchen wie die „Lulu", als Susanne Lothar fast die ganze Zeit splitterfasernackt auf der Bühne herumkroch, oder wie das Musical „Andi", als an das Publikum wegen der ohrenbetäubenden Live-Musik aus gesundheitlichen Gründen Ohrenstöpsel verteilt wurden.

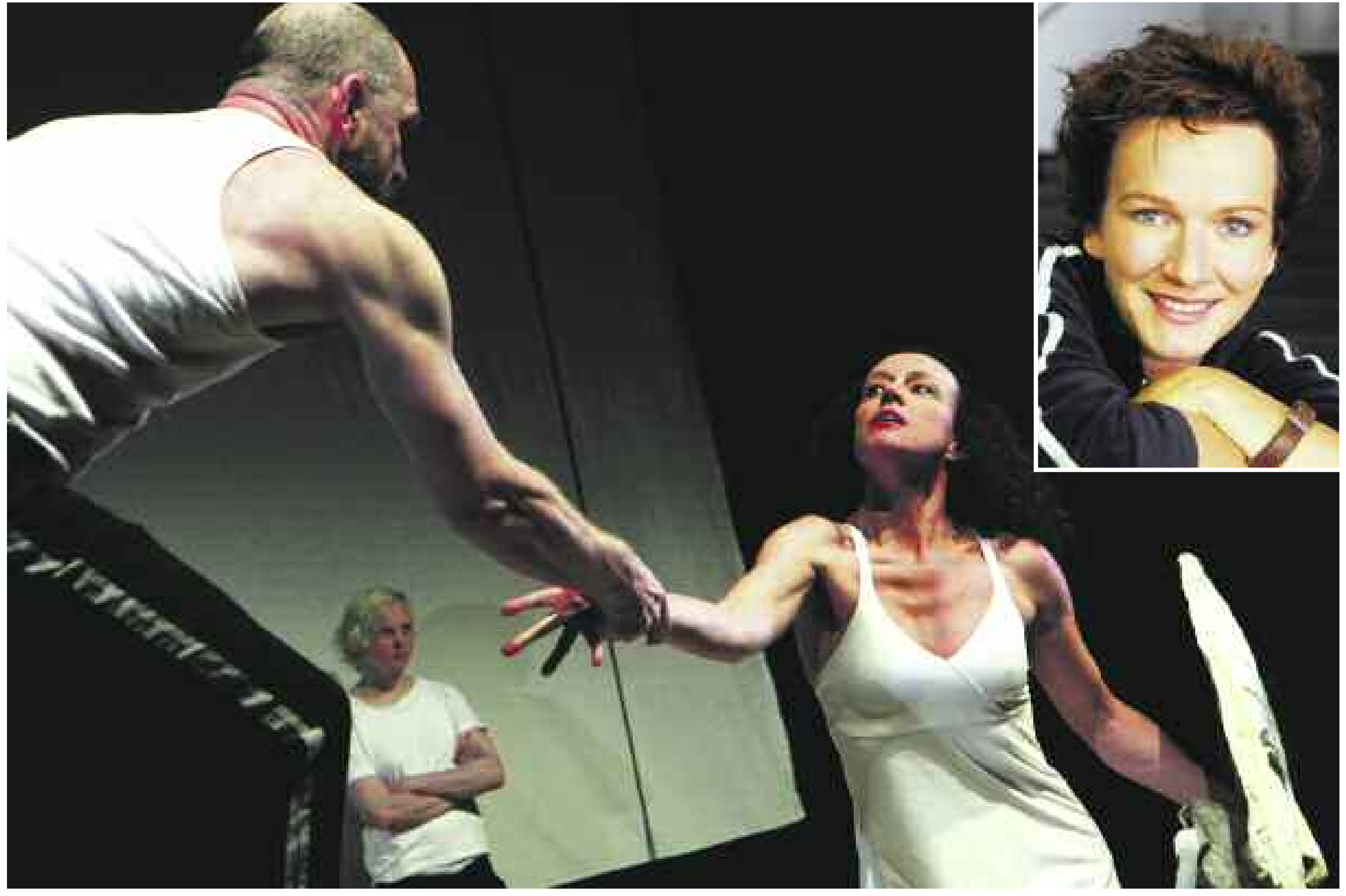
Die 90er Jahre brachten unter der Intendanz von Frank Baumbauer neuen Aufschwung, der dem Haus gleich dreimal die begehrte Auszeichnung „Theater des Jahres" einbrachte. Unter Tom Stromberg schaffte es das Schauspielhaus 2005 zum letzten Mal, diese von der Zeitschrift „Theater heute" initiierte Kritiker-Wahl zu gewinnen. Daran gemessen lag im stadtinternen Kampf um die Theatervorherrschaft zuletzt sogar das Thalia Theater vorn.

Seitdem wurde es ruhig um die direkt gegenüber dem Hamburger Hauptbahnhof gelegene Bühne: keine Skandale, wenig bühnenwirksame Stücke, kaum Publikum. Letzteres war jedenfalls der subjektive Eindruck, wenn man sich mitten in der Woche ein Stück ansah, das eher an eine statische Kunstinstallation erinnerte, auf der die Akteure kopulierten, kotzten, urinierten. Oft war der große Saal dann nicht einmal zur Hälfte gefüllt. Die oberen Ränge waren oft mit Planen abgedeckt, um den Eindruck eines vollen Hauses zu erwecken. Da viele Studenten und Arbeitslose mit ermäßigten, andere mit Freikarten die Vorstellungen besuchten, wurde die notorisch klamme Finanz-Situation des hochsubventionierten Hauses auch nicht besser.

Da grenzt es schon an ein Wunder, dass das Schauspielhaus in der letzten Spielzeit einen Rekordbesuch von 240000 Zuschauern meldete – allerdings verteilt auf alle möglichen Bühnen. Denn abgesehen vom großen Saal und zwei Nebenbühnen gibt es für den Theaternachwuchs immer mehr Nebenkriegsschauplätze wie Foyer, Kantine, Bistro oder Garderobe. Nur die Toiletten wurden bislang als Spielorte ausgespart.

Als 2010 der letzte glücklose Intendant Friedrich Schirmer „wegen chronischer Unterfinanzierung des Hauses" vorzeitig seinen Vertrag beendete, atmeten viele insgeheim erleichtert auf. Drei Jahre lang wurde das Haus von einem Geschäftsführer kommissarisch geleitet. Die 48-jährige Beier, die da schon als Nachfolgerin feststand und die das Kölner Schauspiel zweimal nacheinander zum „Theater des Jahres" machte (siehe Kasten unten), wurde von den Hanseaten wie ein weiblicher Messias erwartet.

Ihr Projekt „Die Rasenden" (Kritik rechts), mit dem sie sich nun vorstellte, hat denn auch biblische Dimensionen. Sieben Stunden dauert dieser Marathon, in dem von zwei Pausen unterbrochen gleich fünf Stücke frei nach Aischylos, Euripides und Hugo von Hofmannsthal sowie ein Streichkonzert mit Chor und Gesang nacheinander antreten. Den Hamburgern gefiel es. Wenn auch nicht gerade bahnbrechend, so zeigen die „Rasenden" doch den Weg auf, wohin die Reise mit der Beier gehen kann: in eine Zukunft unter einem glücklicheren Stern als bisher. *Harald Tews*



„Die Rasenden": König Agamemnon (Götz Schubert) im Clinch mit seiner Frau Klytaimnestra (Maria Schrader). Sie will verhindern, dass beider Tochter Iphigenie (Anne Müller, Mitte) den Opfertod stirbt. Rechts oben: Intendantin Karin Beier. Fotos (2): Klaus Lefebvre

Karin Beiers Kölner Jahre

Von 2007 bis 2013 leitete Karin Beier das Schauspiel Köln. Bei ihrem „Ausstand" im Juni 2013 wurde sie vom Kölner Publikum begeistert gefeiert. Mit der letzten Aufführung der Elfriede-Jelinek-Trilogie „Das Werk/Im Bus/Ein Sturz" (handelt vom Einsturz des Kölner Stadtarchivs) verabschiedete sich die 1965 in Köln geborene Intendantin nach sechs erfolgreichen, dramatischen und aufregenden Theaterjahren in Köln. „Ich verspreche euch, niemals geht man so ganz. Ich werde Köln im Herzen und das Rathaus im Auge behalten", sagte die mehrmals als „erfolgreichste Intendantin" und „erfolgreichste Regisseurin" ausgezeichnete Theaterfrau.

Während ihrer Kölner Intendanz hat Beier eine Tochter zur Welt und etliche Inszenierungen auf die Bühne gebracht, so „Die Nibelungen" von Hebbel, „Das goldene Vlies" von Grillparzer, „König Lear" von Shakespeare, „Die Schmutzigen, die Häßlichen und die Gemeinen" von Ettore Scola und Ruggero Maccari sowie die Jelinek-Trilogie.

2010 und 2011 wurde das Schauspiel Köln zum „besten Theater" des Jahres gewählt.

Traurig, aber wahr: Zum Abschied war außer der (ehrenamtlichen) Bürgermeisterin Angela Spizig (Grüne) kein offizieller Kölner Politiker erschienen. Nicht der (hauptamtliche) Oberbürgermeister, nicht der Kulturdezernent und kein Fraktions- oder Ausschussvorsitzender der im Kölner Rathaus regierenden Parteien. *Siegfried Schmidtke*

Die nackte Wahrheit um »Die Rasenden«

Karin Beier fasste ihre siebenstündige Rachetragödie „Die Rasenden" selbst wie folgt zusammen: „Vater bringt Tochter um, daraufhin bringt Mutter Vater um, und daraufhin bringen die anderen Kinder die Mutter um." Damit ist über dieses antike Familiendrama schon fast alles gesagt, außer vielleicht, dass Beier damit einen entmythologisierten Faden bis in die nicht weniger gewalttätige Gegenwart zieht.

Denn auf den hehren Beginn, bei dem Darsteller hinter fratzenhaft antikisierenden Masken und auf hohen Schuhpodesten – so wie Schauspieler vor 2000 Jahren auf ihren „Kothurnen" – agieren, folgt eine barock ausgestattete Zwischenwelt, ehe sich das Ganze als lächerlich moderne Farce verabschiedet, bei der ein Gedankenexperiment des Physikers Erwin Schrödinger die Schuldfrage klären soll.

Die antiken Dramen „Iphigenie in Aulis", „Die Troerinnen", „Agamemnon" und „Die Eumeniden" sowie Hugo von Hofmannsthals „Elektra" hat Beier frei nach Gusto gestaltet. Da dürfen dann die im Theater offenbar unentbehrlichen Schweinshälften ebenso wenig fehlen wie die üblichen nackten Hintern und Brüste.

Nichts weniger als die nackte Wahrheit will Beier zeigen. Deshalb treffen bei ihr die Griechen sogar lange, bevor sie in der EU sind, seltsame Entscheidungen. Da opfert König Agamemnon seine Tochter Iphigenie, damit er den Krieg gegen Troja gewinnt, kehrt als Kriegsheld zurück, um sogleich von seiner Frau Klytaimnestra mit dem Beil gefällt zu werden, ehe die andere Tochter Elektra den Bruder Orest dazu überredet, die Mutter zu erschlagen.

Trotz Axtmörder und Blutszenen hält sich der Ekel-Faktor in Grenzen. Bei Beier sorgen Helden, Mörder und Komiker für ein unterhaltsames Panoptikum menschlicher Unvernunft. Angereichert wird das Spektakel mit einem Streichorchester und Chor, die auf einer Sandkulisse den Kampf um Troja simulieren. Für den Gang der Handlung ist dieses etwa 20-minütige Intermezzo zwar unerheblich, aber stimmungsvoll. *H. Tews*

Nächste Aufführungen: 9.2. (alle drei Teile), 15.2. (nur Teil I „Die Troerinnen"), 24.2. und 1.3. (nur Teil II „Die Orestie").

Von wegen Schweden

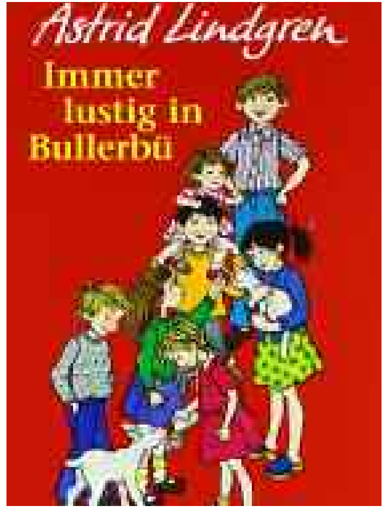
Illustratorin der meisten Bücher Astrid Lindgrens ist ein estnisches Flüchtlingskind – Heimweh zeichnerisch verarbeitet

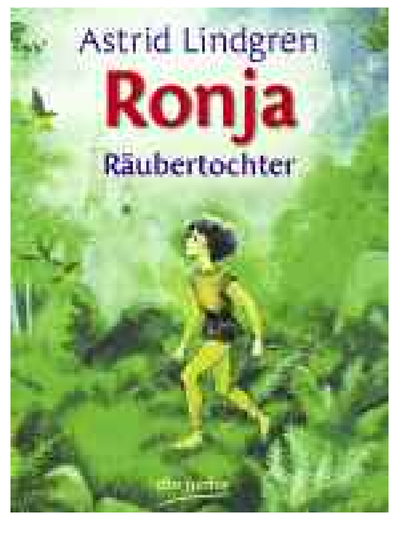
Bis heute sind die Bücher der schwedischen Autorin Astrid Lindgren in vielen Kinderzimmern anzufinden. Und Millionen Erwachsene sind mit den Geschichten über die Kinder von Bullerbü, Ronja Räubertochter, Pippi Langstrumpf und Madita groß geworden. Doch die Bilder aus den Büchern, die die Geschichten noch lebendiger werden ließen, stammen nicht von Astrid Lindgren. Fast alle Titel der weltweit bekannten Kinderbuchautorin wurden – mit Ausnahme von Pippi Langstrumpf und Michel aus Lönneberga – von Ilon Wikland illustriert. Ihre typischen Kinderfiguren mit Stupsnasen und runden Wangen werden allerdings meistens mit Lindgren in Verbindung gebracht. Genauso wie ihre Zeichnungen, die viel Natur zeigen und mit Schweden assoziiert werden. Doch Wikland wuchs dort gar nicht auf: Im September ist es 70 Jahre her, dass Wikland, die dieser Tage ihren 84. Geburtstag feierte, in Reval (Tallinn) ein Schiff Richtung Schweden betrat, das sie in Sicherheit bringen sollte.

Nach der Scheidung ihrer Eltern, dem Ingenieur Max Pääbo und der Künstlerin Vida Juse, wurde das Mädchen in die Obhut der Großeltern väterlicherseits gegeben, die in Haapsalu lebten, einer heute rund 11000 Einwohner zählenden Kreisstadt an der Westküste Estlands, die häufig „Venedig der Ostsee" genannt wird. Diese Gegend prägte die Kindheit Wiklands und auch ihre späteren Zeichnungen.

Als die Rote Armee nahte, entschied sich die Großmutter, ihre 14-jährige Enkelin vor den Kommunisten und ihren für Vergewaltigungen berüchtigten Soldaten in Sicherheit zu bringen. Freunde nahmen Wikland mit auf ein Schiff nach Schweden, wo eine Tante, aber auch ihr Vater mit seiner neuen Frau lebten. Um dem nach der Flucht gesundheitlich angegriffenen Mädchen das Heimweh zu nehmen, gab ihm seine Tante, eine Künstlerin, Zeichenmaterial. Wikland fing sofort Feuer, besuchte später Kunsthochschulen in Stockholm und London.

Über die Arbeit als Grafikerin beim Verlag Rabén & Sjörgen erhielt die Estin 1953 Kontakt zu Lindgren, die gerade „Mio, mein Mio" geschrieben hatte und nun die Bebilderung der Geschichte wünschte. Lindgren war von Wiklands Probezeichnungen so begeistert, dass diese fortan ihre Lieblings-Illustratorin wurde und ihre Zeichnungen so weltweit Verbreitung fanden. *Rebecca Bellano*





Reizende Stupsnasen: Wiklands Figuren erwärmen das Herz

Großmacht ohne politischen Geheimdienst

Vor 150 Jahren gab der Deutsch-Dänische Krieg Preußen die Chance, auf dem Gebiete der Konspiration von Österreich zu lernen

Preußen hatte bis 1918 keinen politischen Nachrichtendienst, sondern nur einen militärischen. Daneben nahm sich eine Polizeieinheit der Abwehr an.

Im Königreich Preußen gab es bis zum Ersten Weltkrieg keinen eigenständigen politischen Nachrichtendienst und selbst eine auf „Spionageabwehr“ spezialisierte Polizeieinheit erst ab dem 1. Januar 1907. Die Berliner „Staatspolizei-Centralstelle“ (C.St.) unter Leitung des Polizeirates Richard Koch umfasste zwar nur zwei Kriminalkommissare und zehn Kriminalschutzmänner, war aber trotzdem bis 1914 ziemlich erfolgreich beim Ergreifen von Spionen.

Der eigentliche „deutsche Geheimdienst“, vor 1914 in Frankreich, Russland und England sehr

Militärischer Geheimdienst im Generalstab

gefürchtet, war allerdings de jure ein „preußischer“ Geheimdienst. Dieser Geheimdienst hatte ausschließlich militärische Aufgaben und war im preußischen Generalstab untergebracht. Zu Mitte des 19. Jahrhunderts wurden nämlich erst im Mobilmachungsfalle Armeestäbe eingerichtet, wo sich dann ein einzelner Offizier mit dem „Nachrichtenwesen“ beschäftigte. Im Ersten Einigungskrieg, dem Deutsch-Dänischen Krieg von 1864, leitete der Leutnant Waldemar von Roon, ältester Sohn des preußischen Kriegsministers Albrecht von Roon, den Nachrichtendienst.

Von seinem österreichischen Bundesgenossen Hauptmann Wilhelm Gründorf von Zebegeny musste sich der unerfahrene Roon erst einmal abschauen, wie man das macht. Gründorf befahl zwei schlitzohrigen österreichische Gendarmen, sich als Fleischer zu verkleiden, und verschiffte sie über Hamburg und London nach Jütland. Sie übergaben ihm am 6. März 1864 in Hadersleben alle militärischen Informationen, die sie bei ihrer Wanderschaft durch Jütland sammelten.

Im Zweiten Einigungskrieg, dem Deutschen Krieg von 1866, bekam ein preußischer Offizier polnischer Herkunft, Major Heinrich v. Brandt, jene mühevolle Aufgabe des Nachrichtendienstes übertragen. Brandt war seiner Aufgabe sehr viel besser als Roon gewachsen. Einerseits sandte er kurz vor Kriegsausbruch preußische Generalstabsoffiziere in Zivil nach Böhmen und Süddeutschland, andererseits knüpfte er Kontakte zu Personen, die aus nationalen Gründen mit dem Kaiserstaat auf Kriegsfuß standen. Der spätere preußische Kriegsminister Julius von Verdy du Vernois erinnerte sich später mit Vergnügen daran, wie er auf seiner Geheimmission kurz vor Kriegsbeginn 1866 ein Hotel in Frankfurt am Main per Sprung aus dem Fenster verlassen musste, um nicht ausgerechnet dem damaligen österreichischen Militärbevollmächtigten in die Arme zu laufen. Unter Ungarn, die wegen ihres fehlgeschlagenen Aufstandes 1848/49 nicht gut auf Österreich zu sprechen waren, fand Brandt nicht nur den damaligen Offizier August Baron Schluga von Rastenfeld, der ihm die Aufmarschgliederung der österreichischen Armee in Böhmen für gutes Geld verkaufte, sondern in schlesischen Festungen sammelte sich sogar ein ganzes Freikorps aus Exilungaren, das bei längerer Kriegsdauer zur Anzettelung eines Aufstandes in Ungarn eingefallen wäre.

Weil es mit Brandt im Zweiten Einigungskrieg so gut geklappt hatte, hatte er auch während des Dritten Einigungskriegs, dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71, die Leitung des Nachrichtendienstes inne. Wieder gelang es Brandt über seine Agenten, wertvolle Informationen bezüglich der französischen und österreichischen Armee zu bekommen. Einerseits versicherte ihm sein österreichischer Agent Oberst v. Gelich, dass die österreichische Armee nicht etwa hinterrücks auf die Preußen losgehen werde, andererseits meldete Schluga im August 1870 den für Helmuth Karl Bernhard von Moltkes Entschlussfassung wichtigen Abmarsch der Armee Patrice de Mac-Mahons in Richtung Metz.

Selbst nach dem Krieg gelangen Brandt noch Husarenstücke in Frankreich. Er ließ 1873 über Mittelsmänner den Nachlass des französischen Flottenführers von 1870/71, des Admirals Bouët-Villemarez, ersteigern. Danach präsentierte er Moltke Geheimdokumente, die belegten, dass Dänemark aus Rache für 1864 beinahe in den Krieg gegen Deutschland eingetreten wäre. Auch warb Brandt den im Dienst des französischen Geheimdienstes stehenden polnischen Grafen Louis Brzozowski an, hatte dadurch einige Jahre Einblick in französische Geheimarchive und wurde zudem vor Spionen in Deutschland gewarnt.



Wilhelm Heye (Mitte) bei einem Reichswehrmanöver in Thüringen: Der Geheimdienstchef der Vorkriegszeit brachte es in der Weimarer Zeit bis zum Chef der Heeresleitung Bild: BPK_LU

Zum Leidwesen der Preußen hatte Brandts Nachfolger Oberstleutnant von Lettow-Vorbeck nicht eine so glückliche Hand. Deshalb wurde ab 1889/1890 der militärische Nachrichtendienst im Großen Generalstab als Sektion IIIb neu begründet. Unter Leitung des Majors Waenker von Dankenschweil, später lösten ihn die Majore Mueller, Theodor Dahme, Karl Brose und Wilhelm Heye ab, beschäftigte sich nunmehr ein Generalstabsoffizier hauptamtlich bereits im Frieden mit nichts anderem als dem Nachrichtendienst. Ihm standen zwei jüngere Offiziere als Sachbearbeiter für Frankreich beziehungsweise Russland zur Seite. Die damit betrauten Offiziere Dahme und Brose sollten später selbst einmal zu Chefs der Sektion IIIb aufsteigen, während es der einstige IIIb-Chef Heye zu Zeiten der Weimarer Republik sogar zum Generaloberst und Chef der Heeresleitung der Reichswehr brachte.

Ein qualitativer wie quantitativer Sprung erfolgte ab 1912 unter Heyes Nachfolger Major Walter Nicolai, der die Sektion und spätere Abteilung IIIb auch während des gesamten Ersten Weltkriegs leiten sollte. Walter Nicolai wurde als junger Generalstabsoffizier probehalber ab 1906 dem Stab des I. Armeekorps in Königsberg zugeteilt und erzielte hier hervorragende Ergebnisse bei der Informationssammlung über Russland. Nunmehr wurden der Sektion IIIb unter Nicolai insgesamt elf jüngere Offiziere in den Stäben der Armeekorps an der West- und Ostgrenze zugestanden, die sich mit dem Nachrichtendienst befassten und die Zahl seiner Mitarbeiter in Berlin erhöhte sich gleichfalls. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs gelang es Nicolai in mühevoller Arbeit, einen gewissen Überblick über Struktur, Bewaffnung und Mobilmachungsbereitschaft der französischen und russischen Armee zu erlangen. Für England, so meinte er später bedauernd, hätten seine Kräfte und Mittel leider nicht ausgereicht.

Jürgen W. Schmidt

»Zum Widder« reaktiviert

Festakt der Freimaurer in der Potsdamer Friedenskirche

In der Potsdamer Friedenskirche zu Sanssouci fand am 1. Februar die Reaktivierung der Johannisloge „Zum Widder“ mit dem gleichzeitigen 238. Stiftungsfest statt. Damit knüpften die Logenbrüder an eine jahrhundertealte Tradition an, denn die Loge ist bereits 1776 gestiftet worden. Sie entstand unter Mitwirkung von Brüdern der Johannisloge „Zum Pegasus“, die sich 1771 der Großen Landesloge von Deutschland angeschlossen hatte. Die Widder-Loge wuchs kontinuierlich bis zum Jahr 1935. Sie wurde dann geschlossen, da in der NS-Zeit die Freimaurerei verboten war, ebenso wie später zu DDR-Zeiten.

Die humanitären sowie christlichen, freiheitlichen und demokratischen Ansätze der Freimaurerei waren in diesen Zeiten nicht erwünscht, es war, wie Freimaurer sagen, eine dunkle Zeit. Diesen Ideen verpflichtet, konnten sich Freimaurerlogen im Westen nach dem Kriegsende wieder gut entwickeln. Wie eh und je sind Männer aus verschiedenen Gesellschaftsschichten ihre Mitglieder.

Vor knapp zwei Jahren entstand der Gedanke, die 1981 für ruhend erklärte Johannisloge „Zum Widder“ zu reaktivieren und in der alten Residenzstadt Friedrich des Großen anzusiedeln, eine Idee, die nun realisiert wurde. Friedrichs der Große selbst wurde bereits als Kronprinz in der Nacht vom 14. zum 15. August 1738 durch Brüder der Loge „d'Hambourg“ in der Nähe von Braunschweig zum Freimaurer aufgenommen und blieb der königlichen Kunst bis zu seinem Lebensende verbunden.



Bild: Cyprian Kuschka

Festlich geschmückt: Das Innere der Friedenskirche

Die Festlichkeiten begannen bereits am Freitag mit einem Begrüßungsabend für aus dem In- und Ausland angereiste Brüder, Ehrengästen aus Politik und Kultur sowie einige Journalisten. Der eigentliche Festakt (die sogenannte Lichteinbringung) mit würdevoller Zeremonie fand am Folgetag in der festlich geschmückten und gut besuchten Friedenskirche unter der Leitung des Landesgroßmeisters der Großen Landesloge der Freimaurer von Deutschland (Freimaurerorden) – einer der fünf Großlogen, in denen die deutschen Freimaurer organisiert sind – als geschlossene Veranstaltung statt. Wie bereits 1776 wurden die Vorbereitungen der nunmehr vollzogenen Reaktivierung unter der Aufsicht der Berliner Johannisloge „Zum Pegasus“ ermöglicht.

Einmal mehr haben sich Männer, freie Bürger von gutem Ruf aus allen Gesellschaftsschichten, wieder zusammengefunden, um in der Loge ihre Tradition fortzuführen, um sich in den Tugenden der Toleranz und Humanität zu üben, das offene, brüderliche Gespräch zu pflegen und somit bestrebt zu sein, die freimaurerischen Ideale zu üben und zu pflegen. *PAZ*

Wissenschaftler und Literat

Felix Dahn schrieb in Königsberg »Ein Kampf um Rom«

Die Wissenschaftsgeschichte sieht in dem Rechtshistoriker Felix Dahn „den bedeutendsten Vertreter der deutschen Staats- und Rechtsgeschichte“, um es mit Hans Helfritz zu sagen. Die Literaturgeschichtsforschung nennt ihn zugleich den letzten Vertreter des „Professorenromans“ und sein in Königsberg geschriebenes Hauptwerk „Ein Kampf um Rom“ das letzte große Beispiel des geschichtlichen Romans im 19. Jahrhundert. Ein Mann von vielfältigem Ruhm also, dessen pathetische Balladen sich über die Schwelle des 20. Jahrhunderts hinaus als Lesestoff in den Schulbüchern fanden. Wertet man die Fülle seiner poetischen Veröffentlichungen, die – abgesehen von seinen rein wissenschaftlichen Schriften – als erste Gesamtausgabe im Jahre 1899 immerhin 21 Bände füllten, dann wird die Zuordnung Dahns zur Gruppe der „Erfolgsschriftsteller“ durch Arno Lubos verständlich und vertretbar zugleich.

Felix Dahn, geboten am 9. Februar 1834, entstammte einer Hamburger Schauspielerfamilie, studierte in München und Berlin, wurde 1862 Privatdozent für Rechtsgeschichte an der Universität München, wo er zugleich Mitglied der Dichtergesellschaft „Das Krokodil“ war, bekam 1863 eine Professur in Würzburg, ging 1872 nach Königsberg und erhielt 1888 einen Ruf an die Juristische Fakultät der Schlesischen Friedrich-Wilhelm-Universität in Breslau.

Obwohl damals schon „ein gefeierter Dichter“, wird ihm dennoch bezeugt, dass er „trotz überreicher schriftstellerischer Produktion in keiner Weise sein Lehramt vernachlässigt“ habe. Erst 1910 lässt er sich von seinen amtlichen Verpflichtungen entbinden – er war damals bereits 76 Jahre alt –, nachdem er längst zu einer stadtbekannten Persönlichkeit und sein gastliches Haus am Schweidnitzer Stadtgraben zu Breslau zum Mittelpunkt des geistig und künstlerisch interessierten Bürgertums geworden war.



Autor Felix Dahn Bild: Archiv

Seine umfangreichen, auf gründlichen Forschungen fußenden geschichtlichen Kenntnisse waren die Grundlagen sowohl seiner zahlreichen Romane, Novellen, Gedichte, Balladen und Dramen als auch seiner geschichtswissenschaftlichen Werke, die vielfach in fremde Sprachen übersetzt wurden. Seine gewaltigen Geschichtswerke entnahmen ihren Stoff vorwiegend der germanischen Völkerwanderung und dem Schicksal der germanischen Stämme, spannten aber zugleich den Bogen von der Frühzeit bis zum Mittelalter. Er verherrlichte die alte Geschichte aus den Anfängen der christlichen Zeit bis hinein in jenes urgeschichtliche Dunkel, das er mangels zuverlässiger Quellen in die Fantasie des Dichters hob, wobei er sich gelegentlich des Pseudonyms Ludwig Sophus bediente.

„Ein Kampf“, dessen vier Bände in Breslau 1908 bereits die 51. Auflage erreicht hatten, gehörte damals zu den meistgelesenen Büchern und hat seine mitreißende Wirkung bis heute kaum verloren. An Dahns späteren Werken war helfend und mitarbeitend seine Ehefrau Therese von Droste-Hülshoff, eine Nichte von Annette von Droste-Hülshoff, beteiligt. Sie überlebte ihren Mann, der am 3. Januar 1912 in Breslau starb, um viele Jahre und gab ihrem „Salon“ eine weithin ausstrahlende Wirkung.

Felix Dahn wurde auf dem Friedhof der Breslauer Maria-Magdalenen-Gemeinde beigesetzt. Sein Grab wurde bis zum Untergang der schlesischen Landeshauptstadt von Freunden liebevoll gepflegt. *PAZ*

Ein einziges Kommen und Gehen

In Zentralafrika gehören Regimewechsel zur Tagesordnung – Demokratische Legitimierung war bislang sekundär

Geht man der Frage nach, was der Gewinn der Souveränität den Bundesbürgern bislang gebracht hat, so lässt sich konstatieren, dass die ehemaligen Siegermächte sich vorher damit begnügt hatten, dass die Kriegsverlierer ihren Imperialismus finanziell und wirtschaftlich unterstützen, während sie nun auch Soldaten erwarten. Frankreichs Interesse zielt dabei nicht zuletzt auf den Nordwesten Afrikas im weiteren Sinne, den es als seinen Hinterhof betrachtet. Immerhin war dieser Teil des Schwarzen Kontinents bis zur Dekolonisation überwiegend französisches Kolonialgebiet. Das gilt für Mali (siehe Folge 44/2012) ebenso wie für Zentralafrika.

Frankreichs Herrschaft auf dem Territorium der heutigen Zentralafrikanischen Republik begann damit, dass die Franzosen in der heutigen Hauptstadt Bangui 1889

> Ist Bokassas aktuelle Nachfolgerin deutsche Soldaten wert?

einen Militärposten errichteten, von dem aus sie in dem nachfolgenden halben Jahrzehnt das umliegende Land unter ihre Kontrolle brachten. 1910 vereinigten die Eroberer Ubangi-Schari, wie sie das heutige Zentralafrika nach den beiden großen Flüssen Ubangi und Schari nannten, mit dem Territorium der heutigen Staaten Gabun, Republik Kongo und Tschad zur Kolonie Französisch-Äquatorialafrika.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gewährten die Franzosen den Afrikanern 1946 ein beschränktes Mitbestimmungsrecht einschließlich Repräsentanz in der französischen Nationalversammlung. Als Abgeordneter Ubangi-Scharis zog dabei Barthélemy Boganda in das Parlament des Mutterlandes ein. Als 1958 Ubangi-Schari autonome Republik wurde, wurde Boganda deren erster Premierminister. Die Erlangung der Souveränität 1960 erlebte der Ministerpräsident nicht mehr. Er kam ein Jahr vorher bei einem Flugzeugabsturz ums Leben.

So wurde sein Vetter und Nachfolger als Regierungschef David Dacko im sogenannten Afrikanischen Jahr als Folge der Erlangung der Souveränität erster Präsident der Zentralafrikanischen Republik, wie Ubangi-Schari mittlerweile hieß. 1966 wurde Dacko durch seinen Cousin Jean-Bédel Bokassa weggeputscht. Spätestens die Unterstützung dieses Mannes durch Frankreich zeigt, wie wenig die französische Politik zumindest in diesem Raum von ethisch-moralischen Motiven und westlichen Werten geprägt ist. Bokassa hatte Züge eines schwarzen Nero. Grausamkeit mit persönlicher Beteiligung an der Folterung und Liquidierung von Gegnern wird ihm ebenso nachgesagt, wie sein Handeln einen Hang zum Größenwahn vermuten lässt.

Bis 1963 hatte er es unter Dackos Herrschaft bis zum Stabschef gebracht. Sein Rang Oberst war der Regimentsstärke der zentralafrikanischen Streitkräfte angemessen. Nach seiner Machtergreifung machte er sich jedoch erst zum Brigadegeneral, 1970 zum General, 1971 zum Generaloberst und 1974 schließlich zum Generalfeldmarschall. Sein Vorbild war niemand Geringeres als Napoleon. Wie dieser ließ er sich erst 1972 zum Präsidenten auf Lebenszeit ausrufen und anschließend 1976 zum Kaiser. Die bombastische Kaiserkrönung entbehrte jeder afrikanischen Tradition und war ganz am napoleonischen Vorbild orientiert, einschließlich Selbstkrönung. Die Kosten standen in keinem Verhältnis zur Armut und Größe des Staates. Organisiert und auch maßgeblich bei der Realisierung unterstützt wurde der angeblich über 20 Millionen US-Dollar teure Staatsakt von Franzosen.

Truppen Frankreichs, darunter Fremdenlegionäre, waren es denn auch, die Bokassa nach seinem Putsch 1967 ins Land gerufen hatte, um seine Herrschaft abzusichern, um seinen Staat zu stabilisieren, wie man es wohl heute formulieren würde. Dafür überließ Bokassa dem ehemaligen Mutterland und der nunmehrigen Schutzmacht Uran für dessen Force de frappe. Als besonders eng galt Bokassas Verhältnis zu dem französischen Präsidenten ab 1974, Valéry Giscard d'Estaing. Ob der spätere Präsident des Europäischen Konvents und Karlspreisträger sich dabei von Frankreichs Größe oder den ihm vom Kaiser geschenkten Diamanten leiten ließ, sei dahingestellt.

Allerdings erfolgte noch in der Präsidentschaft d'Estaings der Bruch. Möglicherweise hatte der Imperator den Bogen überspannt, als er 1979 auch noch Kinder verfolgen ließ, die dagegen protestierten, teure Schuluniformen tragen zu müssen, deren Herstellerfirma einer seiner 17 Ehefrauen gehörte. Einen Staatsbesuch des Cäsars nutzten die Franzosen für einen Putsch. In einem Handstreich neutralisierten Agenten des französischen Auslandsgeheimdienstes SDECE und Elitetruppen der Fünften Republik die kaiserliche Garde und brachten die Hauptstadt mit der kaiserlichen Residenz unter ihre Kontrolle. Wenigstens reichte die Verbundenheit des ehemaligen Mutterlandes zum ehemaligen Günstling noch so weit, dass es ihm in einem unweit seiner Hauptstadt Paris gelegenen Schloss ein einem (Ex-)Kaiser standesgemäßes Exil gewährte.


Bild: Getty Images

Frankreichs wohl skurrilster Günstling an der Spitze Zentralafrikas: Kaiser Bokassa bei seiner Krönung

Neuer Herr Zentralafrikas von Frankreichs Gnaden wurde Bokassas Vorgänger Dacko, der sich wieder mit dem Amt eines republikanischen Präsidenten begnügte. Dackos abermalige Herrschaft wurde zwar 1981 in nicht lupenrein demokratischen Wahlen bestätigt, doch wurde er noch im selben Jahr weggeputscht, diesmal von André Kolingba. Dessen Verfassungsentwurf erhielt 1986 92,22 Prozent der Stimmen und dessen Einheitspartei RDC ein Jahr später sämtliche Sitze im Parlament. Mit dem Ende des Kalten Krieges endete jedoch die Möglichkeit (afrikanischer) Diktatoren, die Supermächte gegeneinander auszuspielen, und so sah er sich 1993 gezwungen, sich demokratischen Wahlen zu stellen. Mit 12,1 Prozent erreichte er nur den vierten Platz.

Sieger und neuer Präsident wurde Ange-Félix Patassé. Bei den Präsidentschaftswahlen 1999 konnte dieser sich erneut gegen Kolingba durchsetzen. Allerdings wurde er ähnlich wie weiland Bokassa 2003 während eines Auslandsaufenthalts weggeputscht. In seinem Falle war es während einer Konferenz in Niger. Neuer starker Mann der Zentralafrikanischen Republik wurde François Bozizé.

Bozizé hat zwar weder auf demokratischem Wege die Macht errungen noch selbige auf demokratischem Wege verteidigt. Aber dafür sprechen aus Sicht der westlichen Wertegemeinschaft seine Gegner für ihn. Einerseits hatte er Patassé unterstützt, als es darum ging, gegen antifranzösische Kräfte im eigenen Lande vorzugehen. Andererseits hatte Patassé sich libyscher Unterstützung bedient, um seine Angriffe abzuwehren. Insofern ist es verständlich, dass der Westen nichts tat, als Bozizé Patassé stürzte, aber weit weniger entspannt auf die Entmachtung Bozizés durch die muslimische Rebellengruppe Séléka im vergangenen Jahr reagierte. Der mit Hilfe der Rebellengruppe an die Macht gelangte Michel Djotodia musste auf Druck der Zentralafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (CEEAC) am 10. Januar dieses Jahres seinen Platz räumen.

Bis zu Neuwahlen, die in einem Jahr stattfinden sollen, soll nun Catherine Samba-Panza die Geschicke des Staates leiten. Für die erfolgreiche Geschäftsfrau und Firmenanwältin, spricht zwar aus französischer Sicht, dass sie Jura in Frankreich studiert hat, aber ob von den mittlerweile über einem halben Dutzend Regimen der französischen Ex-Kolonie gerade ihres derart legitim ist, dass es den Einsatz deutscher Bundeswehrsoldaten zu dessen Sicherung und Wahrung lohnt, sei dahingestellt. *Manuel Ruoff*

Deutschlands erstes echtes Großkampfschiff seit 1918

Vor 75 Jahren lief die »Bismarck« in Hamburg vom Stapel – Ein Trägerflugzeug wurde ihr sechs Jahre später zum Verhängnis

Hamburg war ein Meer aus Fahnen und die Menschen drängten sich am Hafen, um einen Blick auf den Stapellauf des ersten deutschen echten Großkampfschiffes nach dem Ersten Weltkrieg zu erhaschen. Politische und militärische Prominenz versammelte sich, um am 14. Februar 1939 bei der Taufe des Schlachtschiffs „Bismarck" dabei zu sein.

Nachdem der deutsche Flottenbau nach dem Versailler Vertrag viele Jahre nur extrem eingeschränkt möglich gewesen war, erklärten sich die Briten im deutsch-britischen Flottenvertrag von 1935 damit einverstanden, dass zwei bis zu 35 000 Tonnen große Ersatzschiffe für zwei veraltete deutsche Linienschiffe gebaut werden durften. Dadurch wurden die Voraussetzungen zum Bau von Schlachtschiff „F" bei Blohm & Voss in Hamburg sowie für das Schwesterschiff „G" in Wilhelmshaven geschaffen.

Die Benennung der Schiffe nach dem vormaligen Reichskanzler Otto von Bismarck und den Großadmiral Alfred von Tirpitz sollte Deutschlands Anspruch auf See- und Weltgeltung gegenüber England demonstrieren. Die Konstruktion der Schiffe vereinigte die Standfestigkeit aus dem Tirpitzschen Flottenbau, Adolf Hitlers Forderung nach starker Artillerie sowie Admiral Erich Raeders Wunsch nach hoher Geschwindigkeit und großen Reichweiten. Unter der Werftnummer „Neubau Nr. 509" wurde das Schiff am 1. Juli 1936 bei Blohm & Voss als Ersatz für das 1907 in Dienst gestellte Linienschiff „SMS Hannover" auf Stapel gelegt und auf einer Großhelling gebaut.

> »Bismarcks« Ende zeigt die Überlegenheit der Träger durch die Reichweite der Waffen

Der Stapellauf am 14. Februar 1939 wurde zum Staatsakt. Das Werftgelände war festlich geschmückt, es wurden Fahnenmasten aufgestellt und die Hakenkreuzflaggen flatterten im Wind. Schon am Tag zuvor ließ Hitler einen Kranz an Bismarcks Grab in Friedrichsruh vor den Toren der Stadt ablegen. Am Tag der Taufe erfolgte eine weitere Kranzniederlegung am Bismarck-Denkmal oberhalb der Landungsbrücken gegenüber von Blohm & Voss. Danach fuhren Hitler, der Hamburger Gauleiter Karl Kaufmann und Generaladmiral Raeder unter dem Donner von 21 Salutschüssen, die von den anwesenden Kriegsschiffen abgefeuert wurden, mit der Hamburger Staatsjacht „Hamburg" an das andere Ufer der Elbe.

Die gesamte politische und militärische Prominenz Deutschlands hatte sich zur Taufe versammelt: Hitler, Generalfeldmarschall Hermann Göring, Reichsminister Rudolf Heß, der Chef des neuen Oberkommandos der Wehrmacht Generaloberst Wilhelm Keitel, Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop, Propagandaminister Joseph Goebbels und viele hochrangige Persönlichkeiten mehr, es fehlte niemand von der „Spitze" des inzwischen Großdeutschen Reiches. Nach der Meldung „Schlachtschiff ‚F' klar zum Stapellauf" hielt Hitler die Taufrede und Dorothea von Loewenfeld, die Enkelin des „Eisernen Kanzlers", vollzog die Taufe mit den Worten: „Auf Befehl des Führers und Reichskanzlers taufe ich Dich auf den Namen ‚Bismarck'."

Der weitere Ausbau erfolgte unter hohem Zeitdruck, besonders nach Kriegsausbruch am 1. September 1939. Bei der Indienststellung am 24. August 1940 war die „Bismarck" noch nicht vollständig ausgerüstet und deshalb erst im Frühjahr 1941 vollständig einsatzbereit. Vollbewaffnet und komplett ausgerüstet einschließlich Treibstoff betrug die maximale Verdrängung jetzt sogar 53 500 Tonnen. Mit ihrer schweren Bewaffnung, der starken Panzerung, der großen Reichweite und der Geschwindigkeit von 30 Knoten war sie das kampfstärkste und größte Schlachtschiff der Welt. Mit der präzisen Artillerie erzielte sie auch im rauen Atlantik eine hohe Treffergenauigkeit. Durch die Existenz der „Bismarck" und ihres Schwesterschiffes „Tirpitz" sollte der britischen Marine Respekt eingeflößt und deren Kräfte gebunden werden.

> Mit ihr ging der Mythos der unbesiegbaren, gewaltigen grauen Schlachtschiffe unter

Einsatzziel war der Nordatlantik. Dort sollte die „Bismarck" zusammen mit dem Schweren Kreuzer „Prinz Eugen" und weiteren Kriegsschiffen Druck auf die feindlichen Nachschubrouten ausüben und Geleitzüge angreifen. Am 18. Mai 1941 begann das „Unternehmen Rheinübung". Der Kampfverband lief aus Gotenhafen aus und traf bereits am 23. Mai 1941 in der Dänemarkstraße zwischen Island und Grönland auf britische Seestreitkräfte.

Am Morgen des 24. Mai 1941 kam es zum Gefecht mit den englischen Großkampfschiffen „Hood" und „Prince of Wales", bei dem die „Hood" versenkt und die „Prince of Wales" beschädigt wurde. Die Versenkung der „Hood", des Stolzes der britischen Marine, war ein großer Erfolg für die deutschen Seestreitkräfte. Der britische Premierminister Winston Churchill forderte von der Admiralität, die „Bismarck" um jeden Preis zu versenken. Jedoch wurde auch die „Bismarck" im Gefecht beschädigt. Durch einen Treffer entstand eine leichte Schlagseite, das Schiff zog eine Ölspur hinter sich her und der Treibstoff wurde knapp. Die „Bismarck" entkam zunächst und setzte sich in Richtung des Atlantikhafens Saint Nazaire ab. Durch einen abgefangenen Funkspruch wurde sie geortet, und die englischen Verfolger nahmen mit allen zur Verfügung stehenden Kampfeinheiten die Jagd auf. Am 27. Mai 1941 bombardierten 15 altmodische Torpedo-Doppeldecker des englischen Flugzeugträgers „Ark Royal" die „Bismarck". Der letzte Torpedo traf die Ruderanlage, so dass das Schiff nur noch im Kreis fahren konnte und nahezu manövrierunfähig war. Ein tuchbespannter Doppeldecker, wie schon im Ersten Weltkrieg eingesetzt, hatte die Flucht des modernsten Schlachtschiffs gestoppt. Nach Dauerbeschuss durch die herannahende englische Flotte, die innerhalb von 90 Minuten 3000 Granaten abfeuerte, kenterte die „Bismarck". Die rettende französische Küste war nur noch 15 Stunden entfernt. Von 2221 Besatzungsmitgliedern überlebten nur 115. Als Ursache der vielen Opfer wurde der zu spät erteilte Befehl zur Selbstversenkung und zum Verlassen des todgeweihten Schiffs angesehen.

Britta Heitmann

Widerspruch ist unerwünscht

Zu: Bürger, wehrt euch! Schreibt Briefe und Kommentare (Nr. 4)

Der Aufruf von Klaus Rainer Röhl war längst fällig. Warum dies bisher nicht geschah, sagt er selbst: Weil die „Ritter des Mainstreams“ unserer täglichen Meinungsverkündigungen in den meisten Zeitungen und Fernsehsendungen genau dies fürchteten und zu verhindern versuchen. Und das, obwohl uns doch vom Kindergarten an bis zu den von Mainstreamern besetzten Hochschulen – und sogar Unis – einzutrichtern versucht wird, dass wir in einer demokratischen Gesellschaft mit völlig unbegrenzter Meinungsfreiheit leben. Welch selbige Freiheit sogar im Grundgesetz garantiert ist. Und welche diese selbst alltäglich darstellen möchten!

Ich folge hier gern dem endlich ertönten Aufruf von Röhl: „Wehrt euch!“ Denn das, was uns da außer von der *PAZ* und teilweise auch der Springer-Presse dargeboten wird, ist nicht Meinungsfreiheit, sondern das Gegenteil davon. Die „Ritter des Mainstreams“, die leitenden Redakteure der Zeitungen, Magazine und vor allem des Staatsrundfunks per TV und Deutschlandfunk, stellen sich mir inzwischen dar wie jene Verkündiger von Siegesmeldungen des Propaganda-Ministeriums anno 1942/45.

Wir haben zwar eine Bundesbildungsministerin, aber Denkrichtungen in den sogenannten täglichen Nachrichten des Staatsfernsehens scheinen nur im politgewollten Mainstream verhaftet zu sein. Manchmal habe ich schon gedacht, dass es so etwas in Deutschland schon vor zirka 70 Jahren gegeben hat. Wer von uns kann denn wirklich weiterhin den täglich verbreiteten Parolen unserer Politprofis unwidersprochen glauben, dass die, wie Röhl sagt, „eine Million Zigeuner und mehr in Bulgarien und Rumänien ihre Pappkartons packen“, damit sie bei uns unterschlüpfen können, „um unsere Wirtschaft zu bereichern“? Genau an dieser Stelle folge ich Röhls Aufruf: „Bürger wehrt Euch!“ **Manfred Laufer, Meppen**

Amerikas Lakaien

Zu: Wallfahrt der Heuchler (Nr. 1)

Wer sich über „spontane“ Volkserhebungen und über voreilige EU-Erweiterungspolitik nebst kaum bezahlbaren Euro-Rettungsphantasien wundert, braucht nur das 1997 erschienene Buch „Die einzige Weltmacht“ des US-Chef-Strategen Zbigniew Brzezinski zu lesen. Dort heißt es: „Die Ukraine, Aserbaidschan, Südkorea, Türkei und Iran stellen geopolitische Dreh- und Angelpunkte von entscheidender Bedeutung dar.“ Ergänzend dazu: „Ein größeres Europa und eine erweiterte Nato dienen kurz- und längerfristig der US-Politik durchaus.“ Und: „Europa dient als eurasischer Brückenkopf für amerikanische Macht.“

Wer also vermag sich noch über die Häufigkeit und Tendenz bestimmter aktueller Themen (Ukraine, Türkei, Iran) zu wundern? Der Verfasser vertraut auf die schlagkräftigen „Teile des amerikanischen Systems“ (IWF, Weltbank, WTO und ähnlicher Organisationen). Und er vertraut – unausgesprochen – auf den Spionagedienst NSA, die wohlfeilen Schlagworte von Demokratie und Menschenrechten sowie – nicht zu vergessen – auf die unreflektierte Lakaienart der Mehrheit unserer Medien und Politiker, die jedem aktuell ausgegebenen Stichwort amerikanischer Weltmachtsucht dümmlich hinterherlaufen. **Dr. Schneider-Haßloff, Berlin**

Respekt verloren

Zu: NSA profitiert von Lethargie der Deutschen (Nr. 3)

Die Bundesregierung und Kanzlerin Merkel werden von den USA so behandelt, wie sie es verdienen. Wer sich noch nie eine eigene Meinung geleistet hat (früher gegenüber der Sowjetunion und heute gegenüber den USA), den kann man im Grunde nicht anders behandeln. Nur wer ernst genommen wird, hat Anspruch auf respektvolle Behandlung.

War die Kanzlerin jemals anderer Ansicht als der jeweilige Präsident der USA? Nein! Warum sollten die USA Deutschland oder Kanzlerin Merkel dann mit Respekt behandeln? **Jürgen Kunz, Buchen**

Umkämpfte Ruine

Zu: Verraten und verkauft (Nr. 3)

Man fragt sich bei den Vorgängen in Hamburg, ob wir noch beim Beginn der staatlichen Auflösungserscheinungen stehen, oder schon in die Endphase eingetreten sind. Kulturell-gesellschaftliche Auflösung ist überall zu sehen. Sei es das Hochjubeln von Schwulen, das Unterrichten der Kinder in sogenannter „sexueller Vielfalt“ oder die Gewaltexzesse jetzt in Hamburg wegen eines „Kulturzentrums“.

Wenn man eine solch grauenhafte Ruine Kulturzentrum nennt, kann man davon ausgehen, dass wir in der Endphase staatlicher Auflösung angekommen sind. Ich warte nur noch darauf, dass der Hamburger Senat diese Ruine als beispielhaftes Objekt einer freiheitlichen Gesellschaft bezeichnet. Ein Antrag bei der Unesco zur Anerkennung als „Kulturelles Welterbe“ wird sicherlich alsbald folgen. **Peter Schumacher, Melsungen**



Schützenswertes Unesco-Welterbe? Bei so viel Wirbel, der um die linksautonome Hamburger Kulturruine „Rote Flora“ gemacht wird, macht die ironisch gemeinte Leserfrage durchaus Sinn

Simple Lösung

Zu: Planlos gegen die Wand (Nr. 4)

Die Erneuerbaren Energien könnten zum Durchbruch der Unabhängigkeit werden, wenn man es nur wollte. Vorgegaukelt wird uns, dass wir Milliarden in Stromtrassen investieren müssen, um eine Energieversorgung sicherzustellen. Dabei wäre es eine Kleinigkeit, „unbrauchbaren Grünstrom“ per Elektrolyse in Wasserstoff umzuwandeln. Ein Katalysator sorgt dafür, dass dieses Gas sich mit CO_2 zu Methan, also synthetisches Erdgas, verbindet.

Dieses „Erdgas“ kann nun ins Erdgas-Netz eingespeist werden. Mit diesem Verfahren wird dann die vorhandene Hunderttausende Kilometer lange Erdgas-Pipeline zu einem Pufferspeicher.

Eon setzt diese Technik bereits um und lässt sich das alles gut bezahlen. Wenn man es nur wollte, könnten wir wieder eine unabhängige selbstbewusste Nation werden. **Rüdiger Röthke, Berlin**

Bildungslücken

Zu: Ideologen gegen Kinder (Nr. 3)

Wie viele Nobelpreisträger hatte Deutschland in früheren Jahren? Es macht traurig, dass es nicht mehr so ist. Es dürfen sich 16 Kultusminister in Sachen Bildung austoben. Alle schwafeln über Bildung und keiner tut etwas. Unser Bildungssystem dürfte nur zentral gelenkt werden. Ein Abitur aus Bremen müsste genau so viel wert sein wie das bayerische. Die Wirtschaft klagt über miesen Wissensstand der Neulehrlinge. Dies geht bei den Politikern in das eine Ohr rein und aus dem anderen wieder raus. Was macht es so schwierig, den Kindern richtiges Schreiben beizubringen? **Fredi Volkmann, Dortmund**

Indiskutable EU

Zu: Euro-Kritiker in der Defensive (Nr. 2)

Die EU kümmert sich zu sehr um Dinge, die sie nichts angehen. Für die EWG war ich mal, aber die EU ist für mich indiskutabel. Niemand hat mich gefragt, ob ich die EU, den Euro oder die Gesetzgebung von der EU wollte. Deshalb bin ich zum Gegner der EU geworden. **Siegfried E. K. Wenk, Frankfurt/Oder**

Straßenmob diktiert Gesetz des Handelns

Zu: Verraten und verkauft (Nr. 3)

Deutsche geben sich mehrheitlich als Reaktion auf die NS-Zeit betont human, ausländerfreundlich, liberal, weltoffen und antinational. Wie bekannt, tendieren sie dazu, in Extreme zu fallen. Nach extremem Nationalismus und Überbetonung der Rasse, nun extremer Antinationalismus und Auflösung des deutschen Volkes.

Ein besonders wichtiges Anliegen ist ihnen der Kampf gegen die Minderheit der nationalgesinnten sogenannten Rechten. Sie werden ausnahmslos als Extremisten verunglimpft und unter Einsatz von Steuergeldern auch mit illegalen Mitteln bekämpft. Nationalgesinnten wird die Wahrnehmung von Grundrechten verwehrt, Linken wird beim Kampf gegen Rechts die Übertretung von Gesetzen bis hin zum Landesfriedensbruch gestattet. Ihre Förderung mit Steuermitteln erfolgt, ohne sie zur Beachtung der Ordnung zu verpflichten.

Die politisch geführte Polizei praktiziert eine Deeskalationsstrategie. Dies bedeutet null Toleranz für Rechte, extreme Toleranz, die Landesfriedensbruch einschließt, für linke Gewalttäter und Chaoten. Unterstützung erhalten gewalttätige Linke, wenn es um den Kampf gegen Rechts oder um ausländische Zuwanderer geht durch Politiker, Repräsentanten der Evangelischen Kirche und Gewerkschaften. Die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft mobilisiert für ihren politischen Kampf auch Lehrer und indoktrinierte Schüler.

Der Staat, der aus ideologischen Gründen seit Langem von seinem Machtmonopol keinen Gebrauch macht, schafft ein Machtvakuum, das – wie in Hamburg bei der Auseinandersetzung um das Kulturzentrum „Rote Flora“ – vom Straßenmob ausgefüllt wird. Nun hat er offenbar ein Machtpotenzial erreicht, dass er der Politik die Gesetze des Handelns diktiert.

Politiker sehen sich nicht mehr in der Lage, die gesetzliche Ordnung aufrecht zu erhalten. Aus Furcht vor Eskalation der Gewalt des Straßenmobs weichen sie zurück. Ihre Deeskalationsstrategie hat sie hilflos gemacht gegenüber dem Bündnis aus linken Gewalttätern und Gutmenschen (das sind die „mit der hohen, aber naiven Moral“).

Zurzeit trotzen Zuwanderer aus Afrika mit Unterstützung der Allianz von Gut und Böse unter Missachtung von Gesetz und Recht dem Staat ein Bleiberecht ab. Das unausgesprochene Ziel der Unterstützer sind offene Grenzen und Bleiberecht für alle. Zur Finanzierung der dadurch entstehenden Kosten äußern sie sich nicht. „Niemand ist illegal“, lautet ihr einfältiges Motto. Der deutsche Staat soll zu einem Niemandsland werden, in dem sich jeder niederlassen kann, der es möchte. Bei den Deutschen, die einst als das Volk der Dichter und Denker galten, hat offensichtlich die Unvernunft das Regiment übernommen. Die deutsche Gesellschaft ist auf dem Wege, sich selbst abzuschaffen. An Stelle des deutschen Irrsinns wird sich in naher Zukunft ein anderer, zum Beispiel islamischer Irrsinn breitmachen. Warum auch nicht? Öfter mal was Neues. **Dieter Bliesener, Hamburg**

Schöner Schein

Zu: Lichtgestalt versus Finsterling? (Nr. 51/52)

Eine der großen Schwächen der Demokratie ist das Hereinfallen der Wähler auf Blender, ob sie nun Kennedy oder Obama heißen. Gutes Aussehen, gepaart mit der Gabe, heiße Luft zu schönen Reden formen zu können, lässt so manches Wähler- und Journalistenherz erweichen. Selbst ein Nobelkomitee erliegt der geschickten und charmanten Redekraft und verteilt vorauseilend den begehrten Friedenspreis – an einen ansonsten leistungslosen Dampfplauderer, der die Kriegs- und Verschwendungslust seines Vorgängers um einiges übertrifft. Der schöne Schein regiert heute wie früher, die Wähler bemerken es kaum. **Maria-Anna Konietzko, Bad Homburg**

Grün eingefärbt

Zu: „Verbrecher“ unter sich (Nr. 50)

Dieser Satz, „so wie sich die Union weigert, die tiefe Verstörung ihrer Anhängerschaft zur Kenntnis zu nehmen, ...“, entspricht eher dem Wunschdenken des Autors. Mein Eindruck ist: Der durchschnittliche CDU-Wähler ist grün gehirngewaschen worden und versteht überhaupt nicht, welches Desaster die Politik von Kanzlerin Merkel für die Wirtschaft und das Sozialgefüge des Staates darstellt. **Rolf Dudeck, Lich-Langsdorf**

Geschützte Lügen

Zu: London: Beweise vernichtet (Nr. 51/52)

Diese nicht überraschende Information über die vorbereitete Rede des englischen Königs zum Kriegsausbruch 1939 veranlasst zur Frage, was mit den gesperrten Dokumenten zum Zweiten Weltkrieg in den englischen Archiven vor einer eventuellen Veröffentlichung geschieht. In diesen scheint eine Menge Kompromittierendes enthalten zu sein, sonst hätte man die Sperrung ja nicht bis Sankt-Nimmerlein verlängert. Frei nach Churchill: „Die Wahrheit ist ein so hohes Gut, dass Sie durch ein Gespinst aus Lügen geschützt werden muss.“ Aber ohne Wahrheit geht es nicht. Wahrscheinlich ist das die eigentliche Krise Europas. **Harald Gernert, Lütau**

Niederlage wurde zum »Sieg« erklärt

Zu: Russen feiern zweifelhaften Sieg (Nr. 49)

Von einem Sieg der russischen Truppen bei Gumbinnen im Jahre 1914 kann keine Rede sein. Im Gegenteil: Diese Kämpfe und ihr Ausgang waren mit eine der Ursachen für den Untergang der Narew-Armee bei Tannenberg unter General Samsonow. Der Plan der Obersten Heeresleitung sah vor, die Russen in Ostpreußen mit nur schwachen Kräften an einem raschen Vordringen zu hindern und sich gegebenenfalls langsam nach Westen bis an die Weichsellinie zurückzuziehen.

In der Zwischenzeit hoffte man, mit einem starken Truppenaufgebot im Westen Frankreich niederwerfen und dann massiv gegen die russischen Truppen im Osten vorgehen zu können. Der Führer des I. Korps der 8. ostpreußischen Armee, General Hermann von François, hielt sich aber nicht an die Vorgaben seines direkten Vorgesetzten, Generaloberst von Prittwitz, sondern griff bei Gumbinnen die langsam vorrückenden russischen Truppen der Njemen-Armee unter General Paul von Rennenkampff an, weil er deutsches Land nicht kampflos den Russen überlassen wollte.

Einen klaren Sieger gab es hierbei aber nicht. Der russische General von Rennenkampff war von der unerwarteten Attacke der deutschen Truppe nicht nur überrascht, sondern auch verunsichert und zog sich hinter die Memel (russisch Njemen) zurück und nahm eine abwartende Haltung ein. Von Prittwitz wurde dann durch die Generale von Hindenburg und Ludendorff ersetzt, die einen höchst risikoreichen Plan umsetzten, der durch den Ausgang der Schlacht bei Gumbinnen begünstigt wurde.

Während die Rennenkampff-Armee hinter der Memel verharrte, wurde der größte Teil des I. Armeekorps aus dem Gumbinner Raum abgezogen und über das gut ausgebaute Eisenbahnnetz Ostpreußens an die linke Flanke der Narew-Armee und in deren Rücken geführt. Damit war die Armee Samsonows eingekesselt und konnte vernichtend geschlagen werden.

Ohne den verbotswidrigen Angriff des 1. Korps bei Gumbinnen wäre der Erfolg bei Tannenberg nicht möglich gewesen. Von einem russischen Sieg bei Gumbinnen kann also überhaupt keine Rede sein. **Dieter Dziobaka, Hamburg**

Zahnloser Löwe

Zu: Vom Sieg narkotisiert (Nr. 51/52)

In der Tat: Der bajuwarische Löwe wirkte bei den Koalitionsverhandlungen recht zahnlos. So ist auch das Ergebnis recht mager ausgefallen. Der Ruf nach einer echten konservativen Kraft im Land wird deshalb lauter werden. Auch ein Horst Seehofer muss sich an den Ergebnissen seiner Politik messen lassen. Wirtschaft, Energie, Arbeit, Soziales, Außenpolitik, Familie, Umwelt sind dem Wahlverlierer SPD auf dem Tablett überreicht worden. Gabriel und Nahles platzt nach dem desaströsen Wahlergebnis der Kragen vor Stolz. Seehofer muss aufpassen, dass ihm nicht auch noch die Weißwurst vom Teller genommen wird. **Hans-Joachim Nehring, Neubrandenburg**

Untertanengeist

Zu: Ziemlicher Mist (Nr. 49)

Man kann das Wort „Zivilgesellschaft“ auch durch „Volksgemeinschaft“ ersetzen. Die Deutschen haben nichts gelernt und sind und bleiben Untertanen. Schopenhauer hatte recht: „... dass ich die deutsche Nation wegen ihrer überschwenglichen Dummheit verachte und mich schäme ihr anzugehören.“ **Michael Thum, Koblenz**

Das Ostpreußenblatt

Nr. 6 – 8. Februar 2014

MELDUNGEN

Vorbereitung auf den Sommer

Nikolaiken – Das malerische Städtchen Nikolaiken im Kreis Sensburg will die touristische Hauptstadt Masurens bleiben. Deshalb rüstet man sich schon für die Sommer-Saison. Wie Bürgermeister Piotr Jakubowski informierte, werden die Touristen im Sommer zwei Badestrände und einen Kinderspielplatz nutzen können. Der Spielplatz ist bereits in der Nähe des Rathauses entstanden. Dort befindet sich auch ein Gesundheits-Steg für Erwachsene. Vor dem Abschluss steht auch eine zweite wichtige touristische Investition: der Badestrand in Nikolaiken. Der bisherige am Nikolaiker See war zu klein. Der neue Strand kann bis zu 200 Personen aufnehmen. Die Nutzung des Badestrandes wird kostenlos sein. Dort wird auch die Sportverwaltung ihren Sitz haben. Geplant ist noch eine weiterer Badestrand zwischen dem Nikolaiker See und dem Talter Gewässer. Nikolaiken kämpft um den Titel „Touristische Hauptstadt Masurens“. Seit einigen Jahren übersteigt in der Stadt die Zahl der Fremdenbetten die der Einwohner. In der Stadt befinden sich einige ganzjährig geöffnete Hotels. Immer häufiger übernachten in diesen Objekten Russen. In diesem Jahr wird die Marktstraße und die Schöneberger Straße renoviert. *PAZ*

Aquapark für Mohrungen

Mohrungen – Die Stadtverwaltung möchte in Mohrungen einen Aquapark errichten. Diese Investition hängt davon ab, ob die EU einen Zuschuss bewilligt. Das Hallenbad mit Rutschen soll 20 Millionen Zloty (knapp fünf Millionen Euro) kosten. Der Bürgermeister von Mohrungen, Tadeusz Sobierajski, bemüht sich um einen Zuschuss in Höhe von 50 Prozent. Zur Zeit befindet sich diese Investition an erster Stelle auf der sogenannten Reserveliste. Das multifunktionale Objekt soll auf einer städtischen Parzelle in der „Warszawskiej“-Siedlung in Mohrungen entstehen. Neben dem Bassin werden Rutschen, ein Kraftsport-Raum, eine Sauna und ein Whirlpool geboten werden. *PAZ*

Wormditt erhält Ortsumgehung

Wormditt – Wormditt, Kreis Braunsberg hat einen staatlichen Zuschuss für eine kleine Umgehungsstraße bewilligt bekommen, mit der das Stadtzentrum entlastet werden soll. Die Stadt habe auf diese Maßnahme etliche Jahre gewartet, sagte Bürgermeister Ireniusz Popiel. Er ergänzte, dass sich die Investion an zweiter Stelle auf der Finanzierungsliste des Innenministeriums befunden habe. Aus dem Staatshaushalt erhält die Stadt 1,3 Million Zloty (gut 300 000 Euro). Je 600 000 Zloty (rund 140 000 Euro) bringen der Kreis und die Stadt selbst auf. Der Bau der Umgehungsstraße beginnt im Mai. Ende des Jahres soll sie fertig sein. *PAZ*

Werbung für das Königsberger Gebiet

Tourismus wird mit Zielprogrammen gefördert – Zweisprachige Tafeln bei allen Sehenswürdigkeiten

Im Rahmen diverser Sonderprogramme soll der Tourismus im Königsberger Gebiet gefördert werden. Das eigens eingerichtete Ministerium für Tourismus will die Region attraktiver für Besucher machen. Erstmals wird an Außenwerbung und zweisprachige Informationstafeln gedacht.



Königstor: Text in englischer Sprache informiert Besucher Bild: J.T.

Zum Jahresbeginn wurden die ersten 16 Informationstafeln bei den wichtigsten Sehenswürdigkeiten in Königsberg aufgestellt, die außer auf Russisch nun auch in englischer Sprache über Bedeutung und Geschichte des entsprechenden Gebäudes oder Denkmals informieren. Man findet sie zum Beispiel am Königstor, am Friedländer, Sackheimer und Roßgärter Tor, am Dohnaund am Wrangelturm sowie an anderen Teilen der Befestigungsanglagen der Stadt.

Das Thema Tourismusentwicklung und wie man die Attraktivität des Königsberger Gebiets erhöhen kann, wird seit Längerem diskutiert. Mit diesem Thema beschäftigen sich Spezialisten der unterschiedlichsten Institute, Organisationen und Berufe. Darüber hinaus verfügt die Königsberger Exklave über gleich zwei offizielle Organisationen, die mit der Tourismusförderung beauftragt sind. Das Ministerium für Tourismus der Gebietsregierung und die Regionale Korporation zur Entwicklung des Tourismus. Beide werden – unter anderem im Rahmen des Programms zur Sonderwirtschaftszone – aus dem Gebietshaushalt finanziert. Darunter fällt auch das staatliche Programm „Tourismus“.

Es soll die Entwicklung einer ganzen Reihe von Tourismus-„Clustern“ (Bünden) im Bereich Wasser, Wellness, Gesundheit und Erholung sowie Kultur fördern. Das Wort „Cluster“ ist so in Mode gekommen, dass es in keinem offiziellen Dokument, in keinem Entwicklungskonzept und in keiner Beratung fehlt. Wie viele derjenigen, die dieses Wort in den Mund nehmen, verstehen, was damit gemeint ist, lässt sich schwer sagen. Nach Ansicht der Leiterin des Ministeriums für Tourismus, Marina Agejewa, sollten die touristischen Cluster im Gebiet vielfältig sein. Mit ihrer Gründung und Entwicklung wurden den Experten der Föderalen Agentur für Tourismus, die als eine der besten des Staates gilt, beauftragt. Im Rahmen des staatlichen Förderprogramms „Entwicklung des Binnen- und Außentourismus in der Russischen Förderation“ (2011–2018) hat die Königsberger Exklave die Möglichkeit, Fördermittel in Höhe von umgerechnet 125 Millionen Euro zu erhalten. In diesem Jahr werden 1,8 Millionen Euro erwartet und 2015 sollen weitere 42 Millionen zur Verfügung gestellt werden. Diese beträchtlichen Geldmittel werden voraussichtlich für Kongresshallen und Hotels ausgegeben. Um die Mittel zu erhalten, müssen bereits in der Projektplanung feste Summen ausgewiesen sein. Das heißt, es muss detailliert offengelegt werden, wofür das Geld ausgegeben wird.

Darüber hinaus hob die Ministerin für Tourismus die Wichtigkeit von Werbung hervor und die Verbreitung der Information, dass Reisende mit Ziel Königsberger Gebiet Kurzvisa bekommen können, die für 72 Stunden Gültigkeit haben. Marina Agejewa plant, für das Gebiet in Europa zu werben. So soll zum Beispiel im Berliner Flughafen Bannerwerbung über Kurzzeitvisa und Grenzformalitäten informieren. Die Wahl des Ortes Berlin ist nicht zufällig, denn über 70 Prozent der Touristen aus dem Ausland kommen aus der Bundesrepublik Deutschland. Was verwundert, ist, warum man von russischer Seite nicht schon früher auf die Idee gekommen ist, für das Königsberger Gebiet zu werben, und wieso die neuen Schilder nicht auf Deutsch sind.

Für Reisegäste aus dem Westen, die auf eigene Faust das Königsberger Gebiet kennenlernen wollen, gibt es viele Hindernisse. Das größte ist die Sprache. Bis heute gibt es nur wenige Hinweisschilder in einer anderen Sprache als Russisch. Bislang gibt es nur vereinzelt Hinweisschilder bei Kirchen und Schlössern.

Englisch, nicht Deutsch

Gouverneur Nikokaj Zukanow hatte schon vor einiger Zeit versprochen, im gesamten Gebiet Orientierungshilfen für Reisende aufstellen zu lassen. Diese Maßnahmen sind im Rahmen des Programms zur „Entwicklung des Königsberger Gebiets als touristisches Zentrum 2007–2014“ festgelegt.

In letzter Zeit wird die russische Exklave als ideales Gebiet für alternativen Tourismus entdeckt. Vor allem Abenteuerreisen in die Natur und aufs Land stehen hoch im Kurs. Deshalb wurde angeregt, Zelten in den Mauern der Forts und Schlösser anzubieten. wo Menschen, die der Zivilisation überdrüssig sind, ihrem Wunsch nach einem Urlaub ohne den Ballast der Zivilisation folgen und ihre schönsten Tage des Jahres verbringen können.

Jurij Tschernyschew

Vandalen verschonten Kriegerpyramide

Zum 100. Jahrestag des Ersten Weltkriegs: Königsberger Gebietsregierung restauriert deutsche Denkmäler

Im Januar gab es im Königsberger Gebiet mehrere Fälle von Vandalismus, bei denen unter Schutz stehende Denkmäler beschädigt wurden. Auch bei dem Denkmal für die gefallenen Soldaten in der Nähe der ehemaligen Kaserne an der Labiauer Straße wurden Hinweisschilder auf das Denkmal niedergerissen und Thujas, die erst kurz zuvor gepflanzt worden waren, entwendet. Wie durch einen glücklichen Zufall blieb das Denkmal selbst verschont.

Was die Verantwortlichen freuen dürfte, denn erst Ende vergangenen Jahres war das Denkmal für umgerechnet 10 500 Euro aus dem Königsberger Haushalt von St. Petersburger Spezialisten restauriert worden.

Im Königsberger Gebiet bereitet man sich auf die Feiern anlässlich des 100. Jahrestags des Beginns des Ersten Weltkriegs vor. Aus diesem Anlass wurde die Restaurierung von deutschen Gedenkstätten und Denkmälern sowie Friedhöfen und Grabstätten für die gefallenen Soldaten beschlossen. Es gibt Dutzende von ihnen im Gebiet. Die meisten sind über die Region verstreut.

In Königsberg gibt es nur ein Denkmal. Es steht an der Straße

St. Petersburger Restauratoren für deutsche Denkmäler

Malojaroslawskaja und unterscheidet sich durch seine ungewöhnliche Form von anderen. Es handelt sich um eine vierseitige Pyramide, die deutschen Soldaten gewidmet ist, die im Ersten Weltkrieg gefallen sind, genauer gesagt Pioniersoldaten. Das Denkmal wurde 1923 aufgestellt, neben dem Gebäude einer Kaserne, in der das Pionierbataillon stationiert war. Auf der Pyramide ist ein Relief mit dem Titel „Der sterbende Krieger“ erhalten, eine Arbeit des Bildhauers Paul Borchert, und eine Gedenktafel mit der Inschrift „Unseren gefallenen Kameraden“. Auf der Rückseite der Pyramide befindet sich eine Tafel mit den Namen der Armeeabteilungen, die an Kriegshandlungen beteiligt waren.

Eine weitere Tafel wurde hinzugefügt, die darüber informiert, dass das Denkmal 1991/92 von dem eingetragenen Verein „Gedenkstätten Königsberg“ restauriert wurde.



Frisch restauriert: Denkmal an Labiauer Straße Bild: J.T.

Das Denkmal ist bei den heutigen Königsbergern sehr bekannt und sie kommen gerne mit Gästen her, um es ihnen zu zeigen.

Das Monument ist zwar inzwischen in einem guten Zustand, aber lange Zeit befand es sich in einem beklagenswerten. Moos bedeckte die schwarz gewordene Oberfläche. Darüber hinaus verloren die Figuren des Reliefs allmählich ihre Konturen. Die Soldaten hatten schon teilweise Kopf, Hände oder Beine verloren.

In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres wurde das Denkmal erneut restauriert. Mit dem von der Stadt bereitgestellten Geld ersetzten die Restauratoren fehlende Teile und obwohl ihnen nur wenige Vorkriegsaufnahmen von schlechter Qualität zur Verfügung standen, sieht das Relief nun wieder vollständig aus: Die fehlenden Körperteile unterscheiden sich nur in Details von den ursprünglichen.

Es bleibt zu hoffen, dass es unversehrt erhalten bleibt. *J.T.*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es gibt einen Begriff in der Archäologie, den ich getrost auch für unsere Ostpreußische Familie übernehmen kann. Wenn sich bei Grabungen Hinweise auf historische Funde ergeben, die der ahnungslose Betrachter kaum als solche empfindet, entwickelt sich bei den Altertumsforschern ein Gefühl, das mit „Storytelling" bezeichnet wird. Das heißt, sie wollen die Relikte aus längst vergangenen Zeiten zum Sprechen bringen, zum Mitteilen über ihre Geschichte. Gut, wir graben nicht nach Altertümern, aber manche kleine Anfrage, mancher beiläufige Satz aus einem Leserbrief, manches unscheinbare Foto entwickelt sich bei näherer Betrachtung und intensiver Nachforschung zu einer wahren Fundgrube für längst vergangen Geglaubtes. Viele der oft erstaunlichen Geschichten, die wir auf unserer Familienseite veröffentlichten, sind so entstanden und haben manchmal ungeahnte Reaktionen bewirkt.

So auch im Fall des von **Käthe Kollwitz** gemalten Porträts ihrer Cousine **Else Rautenberg**. Eigentlich war es nur eine kurze Anfrage von Herrn **Alfred Wegewitz** aus Fürstenwalde gewesen, der erkunden wollte, wer etwas über das im Rautenbergschen Besitz befindliche Bild, das bis zum Russeneinfall in dem Sommerhaus der Familie in Cranz hing, und seinen heutigen Standort aussagen konnte. Inzwischen hat Herr Wegewitz einige Informationen erhalten, vor allem eine Ablichtung des Gemäldes, die wir in Folge 3 veröffentlichten. Auf diese letzte Veröffentlichung hin bekamen wir weitere Zuschriften, darunter die von Herrn **Dietmar Wrage**, der Hinweise auf die Familie Rautenberg in der Einwohnerliste von Rauschen fand. Deren Haus befand sich in der Strandstraße neben dem der Familie von Käthe Kollwitz, einer geborenen **Schmidt**. Zum heutigen Aufenthalt des Bildes kamen noch einige Hinweise auf mögliche Mitglieder der Familie Rautenberg. Hierzu sage ich dem Ehepaar **Renn** aus Reutlingen einen besonderen Dank.

Die Geschichte, die auf dieser Suche nun zu einer besonders interessanten Episode aus dem alten Königsberg führt, liefert uns Herr Dr.-Ing. **Klaus Becker** aus Wetter. Er hat sich auf „Spurensuche" nach seinen Vorfahren begeben und seine Nachforschungen in einem Buch zusammengefasst, das diesen Titel trägt. Dabei ist er in Ostpreußen fündig geworden und fördert eine Geschichte voller Irrungen und Wirrungen zutage. Sein vermutlicher Großvater **Max Gustav Eugen Rautenberg** ist nämlich laut Taufschein der Tragheimer Kirche der am 23. Juni 1865 geborene Sohn des Restaurateurs **August** Rautenberg und seiner Frau **Elisabeth**. Und nun folgt ein Namens-Puzzle, das für einen Außenstehenden nicht so leicht zu durchschauen ist, weil es viele Namensgleichheiten gibt. Als Großmutter **Anna Becker**, eine Sängerin, den Schauspieler **Leo Zucker-Frisch**, der den Künstlernamen Leo **Grand** angenommen hatte, heiratete, hatte sie bereits als 19-Jährige ihren Sohn Max – den späteren Vater von Klaus Becker – geboren. Wer dessen leiblicher Vater war, ob Max Gustav Eugen Rautenberg oder Leo Zucker-Frisch, ist nicht eindeutig erwiesen. Max selber hat in den 30er Jahren den Erstgenannten als seinen Vater bezeichnet, was bei der Vornamengleichheit auch glaubwürdig erscheint. Als dann aber in den 30er Jahren der Arier-Nachweis erbracht werden musste, wurde als Vater von Max der Schauspieler – diesmal unter dem Namen **Leo Becker** – in die Ahnentafel von Klaus eingetragen. Posthum wurde dadurch Leo zum leiblichen Vater von Max ernannt. In seinem Buch „Spurensuche" geht Herr Dr. Becker sehr ausführlich auf den Schauspieler ein. Das Buch ist noch in einigen Exemplaren bei dem Verfasser (Haus Hove 6 in 58300 Wetter) erhältlich. Der in der Bokuwina geborene Leo Grand, der unter diesem Namen an deutschen und österreichischen Bühnen spielte, war seit dessen Einweihung 1912 Mitglied des Neuen Luisen-Theaters in Königsberg, Leo verschwand Mitte der 30er Jahre, ohne Spuren zu hinterlassen. Seine Frau Anna verstarb ein Jahr später, ohne etwas über den Verbleib ihres Mannes auszusagen. Wir haben schon einmal nach Zeitzeugen gesucht, die das Ehepaar Zucker-Frisch gekannt haben, das in der Tragheimer Kirchenstraße 46 wohnte. Anna betrieb dort eine Pension, da ihr Mann anscheinend kein Engagement mehr bekommen hatte. Leider hatte die Suche keinen Erfolg.



Das Ensemble des Neuen Luisen-Theaters 1913: Rechts unten Leo Grand Bild: Bildarchiv-Ostpreußen.de

Auch in den Königsberger Theaterprogrammen der Zeit vor und nach dem Ersten Weltkrieg taucht weder der Name Leo Zucker-Frisch noch der von Leo Grand auf. In diesem Fall hat uns Frau **Helga Krause** geboren **Kröme** aus Langenhagen die Suche erleichtert, denn sie übersandte uns – fast zeitgleich mit der Post von Herrn Dr. Klaus Becker – einen Bericht über die Winterspielzeit 25/26 des Königsberger Neuen Schauspielhauses, den sie im Maiheft 1926 der „Ostdeutschen Monatshefte" entdeckt hatte. Für mich brachte dieser Artikel eine Überraschung, denn als Autor zeichnete der Schriftsteller **Fritz Kudnig**, über den wir kürzlich schon berichteten, weil ein mir unbekanntes episches Frühwerk von ihm übergeben wurde. Er galt ja allgemein als Lyriker, seine Gedichtbände erreichten hohe Auflagen. Der Kudnig-Bericht in Folge 3/14 war für Helga Krause der Anlass, uns eine Kopie des Theater-Berichtes zu übersenden, der Fritz Kudnig als engagierten Kritiker ausweist, eine mir bisher unbekannte Seite des Dichters. Er belässt es allerdings nicht nur bei der Rezession, sondern befasst sich auch mit dem Geschehen im Zuschauerraum, das nicht immer friedlich verlief. Da gab es nämlich harsche Proteste des Publikums gegen die Aufführung von Zuckmayers „Fröhlichen Weinberg", sogar Stinkbomben wurden geworfen! Und Schillers „Jungfrau von Orleans" musste bald nach der Premiere wegen gähnender Leere im Zuschauerraum abgesetzt werden und die – später im Nachkriegsdeutschland so berühmte – Schauspielerin **Ida Ehre** brauchte nicht mehr auf dem Scheiterhaufen zu sterben, Der sehr umfangreiche Bericht beleuchtet so informativ die Königsberger Theaterszene in den 20er Jahren, dass ich auf ihn noch näher eingehen werde.

Hier und heute belassen wir es bei dieser kurzen Erwähnung, denn der Hauptinhalt des Schreibens von Frau Helga Krause bezieht sich auf einige Fundstücke, die sich in ihrem Besitz befinden. Sie schreibt dazu: „Es ist doch erstaunlich, mit welchem Enthusiasmus alles Ostpreußische zusammengetragen wird. Und so bin ich auch auf die Suche gegangen. Bei meinen Besuchen auf den Flohmärkten habe ich verschiedene Gesangbücher aus Ostpreußen und Pommern aus den jeweiligen Grabbelkisten herausgefischt. Insgesamt habe ich acht Gesangbücher gefunden, die alle in gutem bis sehr gutem Zustand sind. Diese Bücher möchte ich aber nicht behalten, sondern ich stelle sie zur Verfügung, damit die Ostpreußische Familie sie auch betrachten kann, vielleicht in Museen oder Archiven." Dieses Angebot übermittele ich gerne an unsere Leserschaft, und möchte den möglichen Interessentenkreis noch erweitern. Ich denke an Kirchen und Gemeindehäuser in den verlassenen Gebieten, in denen noch Gottesdienste in deutscher Sprache abgehalten werden, wenn auch in mehr oder weniger großen Zeitabständen. Da diese oft von ehemaligen Bewohnern, die in ihre Heimat reisen, besucht werden, wäre ein kleiner Bestand an deutschen Gesangbüchern sicher zu begrüßen. Und dann gibt es noch einige Fundsachen, die keinen großen Interessentenkreis ansprechen, sondern bestimmte Sammlungen und Archive bereichern könnten. Dazu gehört ein Programmbuch, das anlässlich des im Jahre 1908 in Königsberg veranstalteten Deutschen Musikfestes herausgegeben wurde. Für Philatelisten wie für sudetendeutsche Leser dürfte das Postwertzeichen-Buch des Sudetenlandes von 1941 interessant sein, das ebenfalls von Frau Krause angeboten wird. Das bereits ausführlich behandelte „Ostdeutsche Monatsheft" von 1926" mit dem Theaterbericht sollte dem Kulturzentrum Ellingen überlassen werden, da sich dort der gesamte Nachlass von Fritz und **Margarete Kudnig** befindet. Wir bedanken uns jedenfalls sehr bei Frau Helga Krause für ihre erfolgreiche Suche nach heimatlichen Relikten für unsere Ostpreußische Familie. (Helga Krause, In den Kolkwiesen 70 in 30851 Langenhagen, Telefon 0511/732458.)

Für mich sind die Kudnig-Funde besonders interessant, weil sie meinen Vortrag bereichern werden, den ich Mitte April auf dem Kulturseminar der LO im Ostheim in Bad Pyrmont halten werde. Er betrifft den letzten „Königsberger Dichterkreis", der sich zwar nie so genannt hat, aber aus heutiger Sicht ruhig so bezeichnet werden darf. Denn zu den Mitgliedern unserer Berufsvereinigung, die aus dem Deutschen Schriftstellerverband hervorging, gehörten die bekanntesten Kulturschaffenden Ostpreußens, von denen ich hier nur **Agnes Miegel**, **Ottfried Graf Finkenstein**, **Paul Brock**, **Gertrud Papendick**, **Hansgeorg Buchholz** und eben auch Fritz Kudnig nennen möchte. Damals, Mitte der 30er Jahre, war ich die Jüngste in dieser Runde, die sich regelmäßig im „Blutgericht" im Königsberger Schloss traf – heute bin ich wohl die Letzte, aber die Erinnerungen an diese für mein weiteres Leben so entscheidenden Begegnungen sind noch abrufbar. Leider habe ich **Ernst Wiechert**, dessen Leben und Werk die Thematik dieses Seminars bestimmt, nie persönlich kennengelernt – begegnet bin ich ihm nur einmal als Schulmädchen, aber da war ich noch weit entfernt von meinen ersten literarischen Gehversuchen. Als ich diese später unternahm, waren es Märchen, die ich zu Papier brachte, von Großmutter und Mutter bewahrte Märchen aus unserem Land, die ich noch heute weiter geben kann.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

So an Frau Dr. **Claudia Mohr** in Wien, die auf der Suche nach ostpreußischen Märchen und – nach mir ist, denn ich hatte einmal vor langer Zeit in unserer Kolumne das Buch „Märchen aus Ostpreußen" von **Karl Friedrich Baltus** erwähnt. Das hatte die Wienerin gelesen, als sie bei ihren Großeltern zu Besuch war, denn die hielten das *Ostpreußenblatt*, das Frau Dr. Mohr „aus Kindertagen sehr vertraut war", wie sie schreibt. Ergo: Ihre Großeltern stammten aus Ostpreußen und die von ihnen bewahrte Liebe zu diesem Land hat sich auch auf ihre Wiener Enkelin übertragen, die als Erzählerin gerne ostpreußische Märchen in ihr Vortragsprogramm aufnehmen möchte. Anscheinend hat sie nicht vermutet, dass ich heute noch schreibe und das regelmäßig Woche für Woche für die *PAZ*. Na ja, die Findung war also leicht, und ich werde Frau Dr. Mohr einige meiner „Märchen aus dem Bernsteinland" übermitteln, aber das Baltus-Buch habe ich leider schon vor einiger Zeit weggegeben und muss deshalb unsere Ostpreußische Familie befragen. Besitzt jemand diese „Märchen aus Ostpreußen", vielleicht auch nur als Kopie, und ist bereit, diese Frau Dr. Mohr zu überlassen? Sie ist auch an weiteren Märchenbüchern aus Ostpreußen interessiert, doch da dürfte es Schwierigkeiten geben, weil die meisten in plattdeutscher Sprache gehalten sind. Aber die sind gerade echte Volksmärchen, denn diese sucht die österreichische Erzählerin. (Dr. Claudia Mohr, Petraschgasse 4-6/6, in 1200 Wien, Österreich, Telefon 0043/69915300110, E-Mail: csmohr@gmx.net)

Für viele Leserinnen und Leser ist unsere Ostpreußische Familie zu einem unersetzbaren Forum geworden. So für den emsigen Ahnenforscher **Knut Walter Perkuhn**, der uns diesmal mitteilt, dass eine interessierte Leserin über zwei von ihm erwähnte Güter im Kirchspiel Stockheim stolperte. „Frau **Fuhrmann** war diese Leserin, die schon länger über ihre Großeltern und Urgroßeltern Informationen suchte. Ihr Urgroßvater lebte auf unserem Gut Lisettenfeld und dem Nachbargut Puschkeiten. Nun hoffte sie, dass ich ihr mit einigen Auskünften weiter helfen konnte. Und ob ich das konnte! Denn ich habe das Buch vom Kirchspiel Stockheim, in dem ihr Großvater und Urgroßvater eingetragen sind. Nachdem Frau Fuhrmann mich angerufen hatte, konnten wir uns lange austauschen und ich ihr anschließend den entsprechenden Kirchenbuchauszug sowie Fotos der Güter zusenden. Sehr zu ihrer Freude. Schön, wenn man Menschen auf diesem Wege durch eine mehrfache Erwähnung helfen kann." Und schön für uns, wenn wir davon erfahren.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

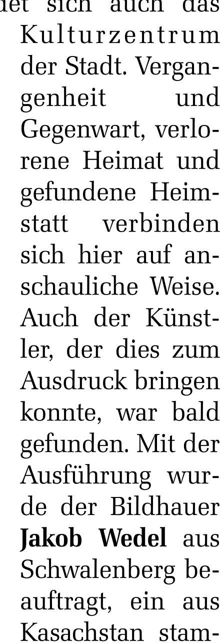
Eine fliehende Mutter symbolisiert die Flucht

Ehepaar Harte stiftete das Denkmal in Horn-Bad Meinberg

Eigentlich war es nur ein kleiner Anlass, der zu dem Thema führte, das heute unseren Sonderbeitrag bestimmt. Frau **Renate Wentz** aus Lemgo hatte nach Form und Rezept für „Thorner Katharinchen" gefragt, und weil sie beides von uns bekommen hatte, sandte sie uns ein Dankesschreiben zu. Und fügte ein Foto bei, das mich schon auf den ersten Blick berührte, denn es zeigt eine fliehende Frau mit einem Bündel auf dem Arm, das einen in Decken gehüllten Säugling vermuten lässt, ein größeres Kind schmiegt sich eng an die gebückt gehende Mutter. Unschwer zu erkennen, dass diese Figurengruppe die Flucht versinnbildlichen soll, und deshalb legte ich es beiseite, bis sich die Tage der Vertreibung aus der Heimat wieder jährten. Es bildet nun einen weiteren Beitrag zu dem Thema, das diese Wintermonate bestimmt, aber nicht nur als Abbild, denn es gibt auch dazu eine Geschichte.

Renate Wentz hat sie selber dokumentiert in einem Beitrag, den sie im Jahr 2004 für eine Zeitung schrieb. Damals Anfang Mai wurde das Denkmal im westfälischen Horn-Bad Meinberg eingeweiht. Eine Gedenkstätte für die 15 Millionen Vertriebenen sollte es sein, aber kein großes Monument, sondern ein schlichtes Mahnmal. Denn – und das unterscheidet dieses Denkmal von anderen seiner Art – es wurde allein von einem Ehepaar mit eigenen Mitteln finanziert ohne Zuschüsse von irgendeiner Institution oder Gruppe.

Wohl schon länger hatten sich **Ernst** und **Elfi Harte** aus Horn mit dem Gedanken getragen, eine sichtbare Dokumentation von Flucht und Vertreibung zu schaffen, denn diese Ereignisse betreffen auch die eigene Familie. Elfi Harte geborene **Ewert** stammt aus dem westpreußischen Kulm, ihr Vater betrieb bis zur Vertreibung die Mühle in Grenz. Sie hat also schon als Kind erlebt, was Heimatlosigkeit bedeutet. Ihr Mann, der in Horn geboren wurde und in seinem Heimatort bleiben konnte, zeigte vollstes Verständnis für seine Frau. Aber über das am eigenen Leib Erlebte und nie Vergessene hinaus sollte das Mahnmal an alle Vertreibungsopfer erinnern, auch an die in unserer Zeit, und zum Frieden ermahnen.


Bild: U. Wentz
Das Mutter-Kind-Denkmal auf dem Burghof in Horn

Der geeignete Platz war bald gefunden: der Burghof in Horn. Hier, wo einst die erste befestigte Anlage der Edelherren zu Lippe gestanden hatte, nachdem diese aus ihrer Heimat in Lippstadt vertrieben worden waren, befindet sich auch das Kulturzentrum der Stadt. Vergangenheit und Gegenwart, verlorene Heimat und gefundene Heimstatt verbinden sich hier auf anschauliche Weise. Auch der Künstler, der dies zum Ausdruck bringen konnte, war bald gefunden. Mit der Ausführung wurde der Bildhauer **Jakob Wedel** aus Schwalenberg beauftragt, ein aus Kasachstan stammender Russlanddeutscher. So konnte er auch eigene Empfindungen mit einbringen, so dass ein Mahnmal entstand, das auch nicht den Ansatz einer Verfremdung erkennen lässt. Jeder Betrachter kann mit der jungen, in einen Mantel gehüllten Frau mitfühlen, die ihr höchstes Gut, das es zu retten gibt, ihre Kinder, mit sich schleppt. Auch die Inschrift auf der Tafel an der Vorderseite des Sockels soll das besagen: „Die Opfer jeder Vertreibung sind die Menschen. Wir hoffen, dass es in einem geeinten Europa keine Vertreibung gibt."

Ursprünglich sollte die Inschrift lauten: „Land im Osten, deutsch deine Vergangenheit, europäisch deine Zukunft". Aber hier stieß das Stifterehepaar an seine Grenzen, denn die Formulierung der Inschrift führte zu Auseinandersetzungen mit dem rot-grünen Stadtrat, wobei der das buchstäblich letzte Wort hatte! Die Wappen der verlorenen Gebiete Pommern, Ostbrandenburg, Danzig, Ostpreußen, Niederschlesien, Westpreußen, Sudentenland und Oberschlesien sind auf den anderen Seiten des Sockels angebracht. Das von Herrn U. Wentz aufgenommene Foto zeigt das Denkmal zwar in einer sommergrünen Landschaft, aber es hebt die Figur der flüchtenden Mutter besonders eindrucksvoll heraus. Wir danken jedenfalls Frau Renate Wentz sehr für die Übermittelung.

Von einem anderen Gedenkstein berichtet uns Frau **Lilli Janßen** aus Iserlohn. Sie fand ihn auf ihrer letzten Ostpreußenreise unterhalb des Frauenburger Doms – mit Blick auf das Frische Haff. Die Inschrift in Deutsch und Polnisch lautet:

„450.000 ostpreußische Flüchtlinge flohen über Haff und Nehrung, gejagt vom unerbittlichem Krieg. Viele ertranken, andere starben in Eis und Schnee. Ihr Opfer mahnt zur Verständigung und Frieden, Jan.–Febr.1945." *R.G.*



ZUM 98. GEBURTSTAG

Geede, Ruth, geb. **Geede**, aus Königsberg, am 13. Februar
Tillert, Franz, aus Blumental, Kreis Lyck, am 8. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Freyer, Siegfried, aus Lyck, Bismarckstraße, am 11. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Mallek, Hans, aus Freidorf, Kreis Neidenburg, am 8. Februar
Waschk, Horst, aus Neidenburg, am 9. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Hoffmann, Martha, geb. **Frank**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 8. Februar
Löwe, Käthe, geb. **Lenkeit**, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 11. Februar
Schwarznecker, Erna, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 8. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Harnack, Martha, geb. **Dehn**, aus Goythenen, Kreis Samland, am 13. Februar
Peters, Martha, geb. **Kukulies**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 8. Februar
Theierl, Hildegard, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 10. Februar
Voss, Esther, geb. **Schellwat**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 12. Januar
Wiemer, Elfriede, geb. **König**, aus Lehmann, Kreis Ebenrode, am 14. Februar
Zapalowski, Ruth, geb. **Bienk**, aus Ortelsburg, am 14. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Babel, Gertrud, geb. **Plaga**, aus Lötzen, am 12. Februar
Dill, Elli, geb. **Zobel**, aus Pilgramsaue, Kreis Neidenburg, am 8. Februar
Ewert, Hedwig, aus Lyck, am 10. Februar
Golinski, Lieselotte, geb. **Mrowka**, aus Ringen, Kreis Treuburg, am 12. Februar
Hensel, Annemarie, geb. **Rosowski**, aus Grünflur, Kreis Ortelsburg, am 11. Februar
Kallweit, Paul, aus Eidkuhnen Memel, Kreis Neidenburg, am 12. Februar
Naglatzki, Herta, aus Willenberg, Kreis Neidenburg, und Kreis Ortelsburg, am 13. Februar
Pries, Paul, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 9. Februar
Reuter, Ingeborg, geb. **Schmökel**, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, am 7. Februar
Samorey, Marie, geb. **Krajewski**, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, am 12. Februar
Sturies, Ellida, geb. **Schenk**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 14. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Danielzik, Heinrich, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 10. Februar
Fech, Agnes, geb. **Hoffmann**, aus Jägerkrug, Kreis Elchniederung, am 13. Februar
Fuchs, Hilde, geb. **Bajohr**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 13. Februar
Haustein, Helene, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 10. Februar
Klick, Erna, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 8. Februar
Jendrysik, Elsa, geb. **Unruh**, aus Germau, Kreis Samland, am 14. Februar
Kühl, Hildegard, geb. **Dzieran**, aus Lötzen, am 14. Februar
Kupczyk, Gertrud, geb. **Framke**, aus Bludau, Kreis Samland, am 8. Februar
Lelewell, Herta, aus Lyck, Morgenstraße, am 13. Februar
Matthees, Hildegard, aus Lyck, Yorkstraße, am 8. Februar
Mende, Elli, geb. **Treppke**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 13. Februar
Pfeiffer, Irmgard, geb. **Puchert**, aus Ruckenhagen, Kreis Elchniederung, am 11. Februar
Richert, Alfred, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 11. Februar
Schaffstein, Rosemarie, geb. **Geil**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 11. Februar
Sender, Walter, aus Willenberg–Abbau, Kreis Ortelsburg, am 14. Februar
Treinies, Willi, aus Kripfelde, Kreis Elchniederung, am 9. Februar
Wiencke, Herta, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 11. Februar
Wolter, Albert, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 11. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bernitt, Maria, geb. **Nowak**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 12. Februar
Büttner, Grete, geb. **Gerull**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 9. Februar
Brehl, Frieda, geb. **Rippke**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 11. Februar
Buksa, Paul, aus Lissau, Kreis Lyck, am 11. Februar
Grondowski, Helmut, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 11. Februar
Miesczinski, Hildegard, aus Pobethen, Kreis Samland, am 12. Februar
Ravn, Elfi, geb. **Kuczinski**, aus Herzogsmühle, Kreis Treuburg, und aus Anglitten, Kreis Lyck, am 11. Februar
Spogahn, Emmi, geb. **Schieweck**, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 12. Februar
Teiwes, Martha, geb. **Schliffski**, aus Ortelsburg, am 12. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Boltz, Paul, aus Ortelsburg, am 12. Februar
Brandstäter, Dora, geb. **Boss**, aus Wildnisrode, am 12. Februar
Buldt, Irmgard, aus Angertal, Ostpreußen, am 7. Februar
Czossek, Otti, geb. **Samulowitz**, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 12. Februar
Hennig, Marianne, geb. **Hennig**, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 13. Februar
Kück, Elli, geb. **Lenk**, aus Grünwiese/Pannwitz, Kreis Heiligenbeil, am 10. Februar
Nickel, Frieda, geb. **Skrzeba**, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, am 9. Februar
Rostek, Helmuth, aus Lyck, Morgenstraße, am 8. Februar
Thiel, Else, geb. **Domnick**, aus Alexwangen, Kreis Samland, am 14. Februar
Thomkowitz, Kurt, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 13. Februar
Urmann, Gerda, geb. **Naujoks**, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 8. Februar
Wähnert, Hedwig, geb. **Reiter**, aus Blumenthal, Kreis Schlossberg, am 9. Februar
Weiß, Franz, aus Krippen Sudetenland, Kreis Neidenburg, am 13. Februar
Zickermann, Elisabeth, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 12. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Brzoska, Herbert, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 12. Februar
Burgschweiger, Edith, aus Krebsfließ, Kreis Ebenrode, am 13. Februar
Dannowitz, Inge, aus Sentken, Kreis Lyck, am 13. Februar
Dombrowski, Irmgard, geb. **Blaurock**, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 8. Februar
Dommer, Ruth, geb. **Pogorzelski**, aus Treuburg, am 13. Februar
Fornfeist, Ruth, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 8. Februar
Friedriszik, Lieselotte, geb. **Paulat**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 8. Februar
Gawehn, Gerhard Reinhold, aus Kastaunen, Kreis Insterburg, Tilsit, am 12. Februar
Gerdenitsch, Charlotte, geb. **Hoffmann**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 11. Februar
Heibutski, Arno, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 29. Januar
Hörnig, Elli, geb. **Freudmann**, aus Brandenburg, Kreis Elchniederung, am 9. Februar
Jedamcik, Christel, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 12. Februar
Karkowski, Heinrich, aus Neidenburg, am 11. Februar
Litfinski, Reinhard, aus Kyschienen, Kreis Neidenburg, am 13. Februar
Passiep, Hildegard, geb. **Kollek**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 10. Februar
Präkel, Klara, geb. **Wenzlawski**, aus Skudayen, Kreis Neidenburg, am 11. Februar
Preilipper, Herta, geb. **Nowak**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 14. Februar
Rölke, Hildegard, geb. **Wollweber**, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 9. Februar
Terner, Gerhard, aus Ebenrode, am 12. Februar
Tölke, Ursula, geb. **Kupzik**, aus Quellbruch, Kreis Ebenrode, am 14. Februar
Vollrath, Hildegard, geb. **Brandner**, aus Germingen, Kreis Ebenrode, am 26. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bartlitz, Brigitte, geb. **Berger**, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. Februar
Cessarek, Günter, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 9. Februar
Donder, Brunhild, aus Lyck, am 9. Februar
Gantz, Walter, aus Goldenau, Kresi Lyck, am 10. Februar
Graap, Lore, geb. **Kriesch**, aus Klein Medenau, Kreis Samland, am 12. Februar
Hildebrandt, Hans, aus Schwengels, OT-Dothen, Kreis Heiligenbeil, am 17. Januar
Holland, Ellen, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 9. Februar
Jung, Lydia, geb. **Lehnst**, aus Rauhdorf, Kreis Ebenrode, am 11. Februar
Kaprolat, Gertraud, geb. **Kiy**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 10. Februar
Köhn, Ruth, geb. **Hoffmann**, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 12. Februar
Kolvenbach, Inge, geb. **Laskowski**, aus Allendorf, Kreis Neidenburg, am 10. Februar
Langen, Gertrud, geb. **Schulz**, aus Neuhoff, Kreis Lötzen, am 12. Februar
Metschukat, Edith, geb. **Ballnus**, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 11. Februar
Mrotzek, Ruth, geb. **Blaurock**, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 12. Februar
Näther, Ulrich, aus Lötzen, am 8. Februar
Neugebauer, Esther, geb. **Met**, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 8. Februar
Opitz, Brigitte, geb. **Gaedtke**, aus Rosenwalde, Kreis Elchniederung, am 14. Februar
Otto, Alfred, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 8. Februar
Packhäuser, Heinz, aus Groß Budlacken, Kreis Wehlau, am 10. Februar
Reck, Siegfried, aus Arlen, Kreis Lötzen, am 8. Februar
Rosebrock, Helga, geb. **Kastell**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 8. Februar
Schmidt, Arno, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 11. Februar
Schwiening, Margot, geb. **Walter**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 8. Februar
Skiendziel, Heimke, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 14. Februar
Skrotzki, Erich, aus Haasenberg, Kreis Ortelsburg, am 8. Februar
Stürzbecher, Erika, geb. **Kannenberg**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 10. Februar
Sobotka, Marlene, geb. **Struppek**, aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg, am 11. Februar
Walendzik, Günter, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, am 14. Februar
Weiße, Ilse, geb. **Gronau**, aus Pillau, Kreis Samland, am 12. Februar
Witte, Inge, geb. **Nowak**, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 12. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bahro, Ruth-Marlena, geb. **Tuttas**, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 10. Februar
Bruweleit, Manfred, aus Dachsrode, Kreis Wehlau, am 8. Februar
Chemnitz, Waltraud, geb. **Lullies**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 14. Februar
Claus, Hannelore, geb. **Claus**, aus Maintal, am 14. Februar
Engelke, Reintraut, aus Aschenberg, Kreis Elchniederung, am 12. Februar
Fischer, Inge, geb. **Falk**, aus Sakrau, Kreis Neidenburg, am 14. Februar
Fränz, Waltraut, geb. **Dombrowski**, aus Woinassen, Kreis Treuburg, am 12. Februar
Kipper, Inge, geb. **Mlodoson**, aus Friedberg, Kreis Treuburg, am 12. Februar
Kratz, Elke, geb. **Kagelmacher**, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 12. Februar
Kreft-Bootz, Bärbel, geb. **Angermann**, aus Lötzen, am 8. Februar
Langhammer, Sieglinde, geb. **Rieleit**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 11. Februar
Massmann, Hildegard, geb. **Rosowski**, aus Glauch, Kreis Ortelsburg, am 14. Februar
Möde, Heinz, aus Barnen, Kreis Treuburg, am 14. Februar
Pestinger, Helga, geb. **Koslowski**, aus Lindengrund, Kreis Ortelsburg, am 10. Februar
Poretzka, Johannes, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 12. Februar

Sacher, Elli, geb. **Moos**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 11. Februar
Sadlack, Hans-J. aus Ortelsburg, am 10. Februar
Schwartzkopff, Hermann, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 11. Februar
Senff, Gisela, geb. **Eichstädt**, aus Oschekau, Kreis Neidenburg, am 10. Februar
Spittka, Herbert, aus Reuschwerder, Kreis Neidenburg, am 8. Februar
Warich, Heinrich, aus Lilienfelde, Kreis Ortelsburg, am 10. Februar
Wittke, Ulrich, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 14. Februar

Ermländertreffen

Das Treffen findet dieses Jahr am ersten Fastensonntag, am 9. März, statt. Es beginnt um 14 Uhr mit der Eucharistiefeier in der St. Hedwigskirche, Ludwigshafen-Gartenstadt, Brandenburger Straße 1–3. Anschließend gemütliches Beisammensein im Pfarrheim.

TERMINE DER LO

Jahr 2014

8./9. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
5./6. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
11. bis 13. April: Kulturseminar, Bad Pyrmont.
17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen, Messe Kassel.
6. bis 9. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
19. bis 21. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
13. bis 19. Oktober: Werkwoche, Bad Pyrmont.
18. Oktober: 7. Deutsch-Russisches Forum im Königsberger Gebiet (geschlossener Teilnehmerkreis).
24. bis 26. Oktober: Schriftleiterseminar, Bad Pyrmont.
3. bis 7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 8. Februar, 12.45 Uhr, WDR: Geheimnis Kanzlerbungalow.
SONNABEND, 8. Februar, 14.30 Uhr, 3sat: Auf Winnetous Spuren durch Kroatien.
SONNABEND, 8. Februar, 20.15 Uhr, Arte: Friedrich. Ein deutscher König. TV-Dokudrama, D 2012.
SONNABEND, 8. Februar, 22.30 Uhr, Phoenix: Come together. Dresden und der 13. Februar, Doku, D 2012.
SONNTAG, 9. Februar, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
SONNTAG, 9. Februar, 8.05 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Aus den Archiven. Erich Kästner besucht eine Berliner Schulklasse/RIAS 1954.
SONNTAG, 9. Februar, 17.30 Uhr, ARD: Christen in China. Reportage.
MONTAG, 10. Februar, 18 Uhr, Phoenix: Das Geschäft mit den Fördermillionen. Doku.
MONTAG, 10. Februar, 19.30 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Das politische Feature. Irre. Was ist krank? Und wer gehört weggesperrt. Vom Umgang mit psychisch kranken Straftätern.
MONTAG, 10. Februar, 20.05 Uhr, N-TV: Als der Krieg nach Deutschland kam. Vier 'Folgen.
MONTAG, 10. Februar, 23.40 Uhr, ARD: Geheimnisvolle Orte (2/4): Hitlers U-Boot-Bunker.
DIENSTAG, 11. Februar, 13.07 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Länderreport. Die Spur führt nach Dresden. Eine hartnäckige Anwältin und der Gurlitt-Fund.
DIENSTAG, 11. Februar, 20.15 Uhr, Arte: Schrott im Körper. Gefährliche Implantate und Patientenleid. Doku.
DIENSTAG, 11. Februar, 22 Uhr, Arte: Der geplünderte Staat. Die Doku prangert „Geheime Geschäfte von Politik und Wirtschaft“ bei öffentlichen Bauten in Deutschland und Frankreich an.
DIENSTAG, 11. Februar, ZDF: 100 ist doch kein Alter. Porträt über die Zahl der 100-Jährigen in Deutschland.
MITTWOCH, 12. Februar, 21 Uhr, Phoenix: Gysi und die Stasi. D 2013.
DONNERSTAG, 13. Februar, 13.20 Uhr, 3sat: Die Fugger.
DONNERSTAG, 13. Februar, 15.25 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze. 1975: Der Fall Saigons.
DONNERSTAG, 13. Februar, 20.15 Uhr, Phoenix: Der Feuersturm (1 + 2/2). Bombenkrieg. Der Weg nach Dresden. Doku.
FREITAG, 14. Februar, 12 Uhr, 3sat: Wenn Mutter nicht mehr entscheiden kann.
FREITAG, 14. Februar, 12.30 Uhr, 3sat: Pflege für Anfänger. Doku, D 2012.
FREITAG, 14. Februar, 20.15 Uhr, 3sat: Wem gehört das Wasser? Doku.
FREITAG, 14. Februar, 21.15 Uhr, NDR: Auf der Flucht vor Armut. Roma in Hamburg.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Dienstag, 11. Februar, 15 Uhr: Fröhliches Hüttenbeisammensein in Krumbach/Baden. Auskunft unter Telefon (06281) 8137.

Ludwigsburg – Dienstag, 25. Februar, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: **Jahreshauptversammlung** mit Grützwurstessen. Tagesordnung: 1. Begrüßung, 2. Totenehrung, 3. Rechenschaftsbericht des 1. Vorsitzenden, 4. Kassenbericht des Kassenwarts, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Entlastung des Vorstands, 7. Anträge, 8. Wahlen der nicht besetzten Ämter, 9. Verschiedenes.

Reutlingen – Die Gruppe fährt zum Großen Heimattreffen aller Ostpreußen aus nah und fern nach Kassel. Das Treffen findet vom 17. bis 18. Mai in der Messe Kassel statt. Die Fahrt geht ab Reutlingen vom 16. bis 19. Mai, also vier Tage mit drei Übernachtungen mit Frühstück in das Viersterne Waldhotel Schäferberg Espenau bei Kassel. Leistungen: Busfahrt, 3 Übernachtungen, dreimal Frühstücksbüffet. Der Transfer zur Messe zum Heimattreffen ist inklusive. Am Tag der Anreise ist noch eine Stadtrundfahrt in Kassel und die Besichtigung der Wilhelmshöhe geplant. Auch für Sonntag, 18. Mai, nach dem Treffen wird es noch eine Überraschung geben. Am Montag, 19. Mai, wird die Gruppe nach dem Frühstück auf der Heimfahrt den Edersee besuchen. Nach Absprache ist eine Schifffahrt möglich. Die Kosten für Fahrt, Übernachtung und Frühstück betragen 300 Euro pro Person. Alle Landsleute und Freunde der unvergessenen, verlorenen Heimat sind herzlich eingeladen mitzufahren, denn: Ostpreußen lebt! Weitere Auskunft bei Ilse Hunger, Telefon (07121) 52541. Es sind noch Plätze frei. Es werden wieder interessante und unvergessliche Tage werden.

Stuttgart – Mittwoch, 12. Februar, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Schloßstraße 92: „Stint ahoi“. Eingeladen sind die Mitglieder der Kreis- und der Frauengruppe zur traditionellen Faschingsveranstaltung. Beiträge der Mitglieder sind erwünscht. Gäste sind herzlich willkommen. – Sonnabend, 22. Februar, Haus der Heimat, Großer Saal, Schloßstraße 92: Kulturnachmittag der Landsmannschaft Westpreußen mit Ehepaar Liessau, Freiburg. Ein selbst aufgenommener und konzipierter Videofilm von Sigrid Liessau wird in Bild und Ton gezeigt: „Von Thorn nach Danzig, die Weichsel abwärts“. Ein wirklich sehenswerter Film in Profi-Qualität, der alle Ost- und Westpreußen begeistern wird. Gäste sind herzlich willkommen.

Ulm/Neu-Ulm – Donnerstag, 13. Februar, 13 Uhr, Ulmer Stuben: Die Frauengruppe trifft sich zum traditionellen Fischessen. Anmeldungen bei Frau Mater. – Sonnabend, 15. Februar, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Monatliches Treffen der Gruppe.

Weinheim/Bergstraße – Mittwoch, 12. Februar, 14.30 Uhr, Café Wolf: Treffen der Frauengruppe. Vorträge aus dem Buch „Die schönsten Sagen aus Ost- und Westpreußen“. Unter anderem: „Die Riesen vom Frischen Haff, Die Männlein zu Allenstein, Wie Thorn gegründet wurde“ und andere. Die Sage als Spiegelbild eines Landes, eines Volkes und dessen Geschichte hat getreulich über die Jahrhunderte hinweg das Werden dieser östlichsten Provinz bewahrt. Unter den deutschen Landschaften nehmen Ost- und Westpreußen eine allein schon historische Stellung ein.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bamberg – Mittwoch, 19. Februar, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Vortrag über Marion Gräfin Dönhoff.

Hof – Sonnabend, 8. Februar, 14 Uhr, Altdeutsche Bierstube Hof, 95030 Hof: Grützwurstessen.

Kitzingen – Freitag, 14. Februar, 15 Uhr, Hotel Würzburger Hof: Valentinstag und fröhlicher Faschingsnachmittag mit Beiträgen der einzelnen Mitglieder und musikalischer Umrahmung durch Lm. Günter Schmidt.

Landshut – Dienstag, 18. Februar, 14 Uhr, Gasthaus Zur Insel: **Jahreshauptversammlung** und Kassenprüfung.

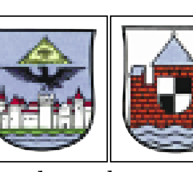
München – Freitag, 14. Februar, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkunft der Frauengruppe. – Sonnabend, 22. Februar, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Jahresversammlung mit Neuwahl. Vorführung der DVD „Von Memel nach Trakehnen 1942“. Zu Beginn gemeinsame Kaffeetafel. – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

Würzburg – Mit den Worten „Heimat im Herzen“ eröffnete der 1. Vorsitzende Klaus Philipowski die gutbesuchte **Generalversammlung** der Landsmannschaft Ost/Westpreußen. Er ließ Revue passieren. Sicher war im zurückliegenden Jahr nicht alles Gold, was glänzt. Es gab Rückschläge, die man verkraften musste. Die Zeit ist nicht stehengeblieben. Die einst starke Gruppe ist zusammengeschrumpft. Der kleine Kreis hält jedoch zusammen. Dies bindet die Gemeinschaft. Im Gegenteil zu anderen Vereinen die landsmannschaftliche Arbeit mehr oder weniger auf die verlorene Heimat abgestimmt. Dies ist verständlich, denn die Mitglieder der Ortsgruppe gehören bis auf wenige Ausnahmen zur Erlebnisgeneration. Die Schreckenszeit der Flucht und Vertreibung bleibt unvergessen. Gerade in den Wintermonaten steht das Schicksalsjahr 1945 wieder im Bewusstsein. Eine detaillierte Tagesordnung lag vor. Die Organisatoren konnten den Mitgliedern zu den Monatsversammlungen ein heimatbezogenes Programm anbieten. Die Kassenverhältnisse sind geordnet. Aufrechte Anerkennung erhielt Gertrud Philipowski für die geordnete Buchführung. Rosemarie Zerrath hat die Kassenunterlagen vorher geprüft. Es gab keine Beanstandungen. In seinem Rechenschaftsbericht schilderte der Vorsitzende unmissverständlich die Vereinssituation. Es gab keine Neuwahlen, da niemand an die Spitze wollte. Ohne Vorsitzenden steht ein Verein auf wackligen Füßen. Ein Dauerzustand ist dies nicht. Eine außerordentliche Versammlung im Laufe des Jahres kann vielleicht eine Klärung über den Fortbestand der Landsmannschaft bringen. Von Außenstehenden wird die Gruppe gerne als Erinnerungsverein hingestellt. Das ist sie nicht. Trotzdem lebt die Heimat in ihr weiter. Ein Highlight im Jahresprogramm ist die vorweihnachtliche Feier. Es ist rührend, wie gerade die älteren und behinderten Landsleute von ihren Angehörigen begleitet werden. Der familiäre Zusammenhalt steht bei uns hoch im Kurs. Dies schweißt zusammen und bindet. Die Gruppe ist bestrebt, niemanden zu vergessen. Einige der bewährten Mitglieder sind in Altersoder Seniorenheimen untergebracht. Der Vorsitzende gibt während des Jahres mehrere Rundschreiben/Heimatbriefe heraus. Dadurch bleibt der Kontakt zu allen Landsleuten bestehen. Die landmannschaftliche Gruppe wurde vor 66 Jahren in Würzburg gegründet und sie ist die älteste landsmannschaftliche Vereinigung in dieser Stadt. Sie wurde als Geschädigten- und Sozialverband ins Leben gerufen. Tüchtige, heimatbewusste Vorsitzende vergangener Jahrzehnte haben das sinkende Schiff immer wieder ins offene Fahrwasser gebracht, denn Rückschläge blieben nicht aus. Die Erlebnisgeneration gibt es kaum noch. Sie ist ungewollt zurückgetreten. Sicher leidet die Gruppe unter Nachwuchsproblemen. Deshalb versucht der Vorstand, die kleine übriggebliebene Gruppe zusammenzuhalten. Als Dank für die Treue zur Landsmannschaft konnten nachstehend aufgeführte Mitglieder mit dem Verdienstabzeichen sowie den dazugehörigen Urkunden im Namen des Landesvorsitzenden Friedrich Wilhelm Böld ausgezeichnet werden: Dora Bosien, Rosemarie Zerrath, Brunhilde Szeles, Peter Ney. Das „Silberne Ehrenzeichen“ mit Urkunde erhielt Hans-Heinrich Hagen für besondere Verdienste. „Wir leben aus den Wurzeln der Heimat. Werden unsere Kinder, Enkel und Urenkel die Erinnerung an die unvergessene Heimat wachhalten. Eine Antwort können die heute noch lebenden Zeitzeugen nicht geben. Wir können nur hoffen, allein die Hoffnung ist schon viel, sehr viel wert.“ Mit dem gemeinsam gesungenen Ost- und Westpreußenlied endete die eindrucksvolle Generalversammlung.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



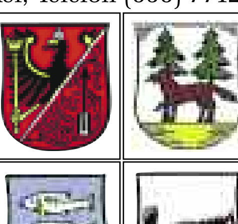
Tilsit-Ragnit/ Tilsit-Stadt – Sonnabend, 8. Februar, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.



Rastenburg – Sonntag, 9. Februar, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



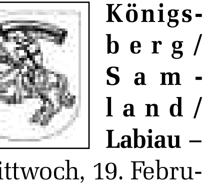
Frauengruppe – Mittwoch, 12. Februar, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 115, 10963 Berlin: Ostpreußische Küche. Anfragen bei Marianne Bekker, Telefon (030) 7712354.

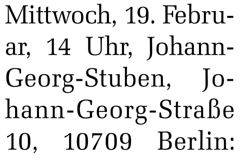




Gumbinnen/ Johannisburg/ Lötzen/ Sensburg – Dienstag, 18. Februar, 13 Uhr, Restaurant Dalmata, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Jahresbeginn. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Kirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.







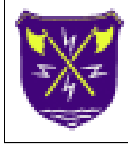
Königsberg/ Samland/ Labiau – Mittwoch, 19. Februar, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppen. Informationen bei Prof. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



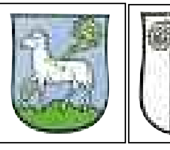


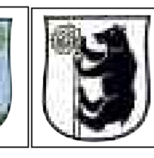


Angerburg/ Darkehmen/ Goldap – Donnerstag, 20. Februar, 14 Uhr, Restaurant Oase Amera, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Winter in Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Sonnabend, 22. Februar, 13 Uhr, Restaurant Heidelbeere, Heidelberger Platz 1: Eisbeinessen. Anfragen bei Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.





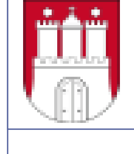
Heilsberg/Rößel – Sonnabend, 22. Februar, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte Maria-Rimkus-Haus, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Fasching. Anfragen für Heilsberg bei Benno Boese, Telefon (030) 7215570, für Rößel bei Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremerhaven – Freitag, 28. Februar, 14.30 Uhr, Barlach-Haus: Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

LANDESGRUPPE

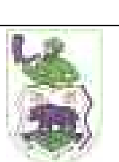
Sonnabend, 8. Februar, 11 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Neujahrsempfang des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg.

Kulturreferat – Herzlich willkommen zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 17. bis 18. Mai 2014 in den Messehallen von Kassel. Für die Fahrt des Kulturreferats zum Ostpreußentreffen sind noch ein paar Plätze frei. Zurzeit stehen leider nur noch Doppelzimmer zur Verfügung. Die Fahrt findet von Freitag, 16., bis Sonntag, 18. Mai, statt. Der Preis für diese dreitägige Fahrt beträgt nur 156 Euro pro Person im Doppelzimmer. Im Preis enthalten: Fahrt in einem 3-Sterne-Reisebus, 2 Übernachtungen mit Frühstücksbuffet im 4-Sterne-Hotel Best Western Grand City Kassel, am Freitag, 16. Mai, Kuchen und Kaffee/Tee im Hotel, anschließend eine dreistündige Stadtrundfahrt und Besichtigung mit einem Gästeführer der Stadt Kassel, am Freitagabend, 16. Mai Abendbuffet in einem für die Gruppe reservierten Raum, Busfahrten zwischen Hotel und Messehallen. Abfahrten: Freitag, 16. Mai, 7.30 Uhr Kirchenallee – gegenüber Hamburg-Hauptbahnhof, 8 Uhr Bahnhof Harburg, 8.15 Uhr Meckelfeld, Höpenstraße 88 – Gaststätte Waldquelle. Rükkfahrt: Sonntag, 18. Mai, 16 Uhr, von den Messehallen nach Meckelfeld, Harburg und Kirchenallee. Auskunft und Anmeldung bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520.

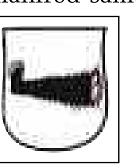
KREISGRUPPE



Elchniederung – Mittwoch, 26. Februar, 14 Uhr, Haus Lakkemann, Hamburg-Wandsbek: Treffen der Gruppe. Zu Beginn wird satzungsgemäß die Jahreshauptversammlung durchgeführt, wie den Mitgliedern mit Tagesordnung bekannt gegeben. Für den anschließenden Teil ist es gelungen, Professor Günter Hertel, einen besonderen Ostpreußenfreund, für einen Vortrag zum Thema „Elchniederung heute“ zu gewinnen. Gäste sind herzlich willkommen.



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



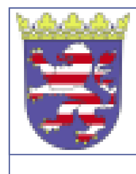
Sensburg – Sonnabend, 15. Februar, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, Hamburg-Ohlsdorf: Gemütliches Beisammensein der Gruppe. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Wilhelmsburg – Montag, 24. Februar, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Die Gruppe feiert Fasching.

WESTPREUSSEN

Mittwoch, 26. Februar, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Hans-Jürgen Kämpfert aus Lübeck hält einen Vortrag zum Thema „Das ereignisreiche Leben der Johanna Schopenhauer“. Die Schriftstellerin war die Mutter des bekannten Philosophen Arthur Schopenhauer aus Danzig.



HESSEN

Kommissarischer Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Darmstadt – Sonnabend, 15. Februar, 15 Uhr, Bürgerhaus am See, Kranichstein, Grundstraße 10: **„Preußischer Fasteloawend“.** Beginn wie üblich mit der Kaffeetafel. Mit humoristischen Beiträgen. Die Gruppe freut sich über jeden, der etwas hierzu beträgt. Mit Musik und Gesang wird das weitere Programm gestaltet. – **Fahrt zum Deutschlandtreffen** – Die angekündigte Busfahrt vom 16. bis 18. Mai zum Deutschlandtreffen nach Kassel wird durchgeführt, da die Mindestteilnehmerzahl erreicht ist. Es sind noch Plätze frei. Weitere Anmeldungen nehmen Gerhard Schröder, Telefon (06151) 148788, oder Gisela und Christian Keller, Telefon (06074) 98327, entgegen.

Wetzlar – Montag, 10. Februar, 19 Uhr, Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: Joachim Albrecht spricht über den Humor der Ostpreußen. Gäste sind willkommen.

Wiesbaden – Dienstag, 11. Februar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Treffen der Frauengruppe. Allerlei zur Fassenacht. Ein närrischer Nachmittag mit Spaß an der Freud'. – Sonnabend, 15. Februar, 15.11 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: Monatstreffen. Närrischer Nachmittag mit Kreppelkaffee. Unter dem Motto „Spaß an der Freud'“ möchte die Gruppe eine fröhliche Zeit verbringen mit lustigen Beiträgen und viel Gesang. Mit von der Partie ist das Stimmungs-Duo Mathias Budau und Dr. Markus Hübenthal und einige mehr. Wer zu dem Programm beitragen möchte, melde sich bitte gleich bei Dieter Schetat, Telefon (06122) 15358. Gäste und Freunde sind herzlich willkommen. – Donnerstag, 20. Februar, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serviert wird „Schmandhering“. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt wer-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17



Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

den. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 14. Februar bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938. – **Bericht** – Im Mittelpunkt des Monatstreffen stand ein Film über Ostpreußens Kurische Nehrung, eine der wohl sonderbarsten Schöpfungen der Natur. Die Besucher erlebten die einzigartige Landschaft im Wandel der Jahreszeiten, untermalt mit stimmiger Musik von Antonio Vivaldi. Zudem veranschaulichte ein eindrucksvolles Holzmodell im „Nehrungsmuseum" unweit von Sarkau die Abfolge von Strand, Vordüne, Palwe, Küstengelände und Haffufer und zeigte auch vieles zur Pflanzen- und Tierwelt des rund 7000 Jahre alten geschwungenen Landstreifens. Beiderseits der einzigen Straße (früher Sandweg und Poststraße), auf der das preußische Königspaar Luise und Friedrich Wilhelm III. 1807 auf der Flucht vor Napoleon gereist war, hatte die Kamera herrliche Ausblicke auf Ostsee und Haff eingefangen. So auch die Netzanlagen der bekannten Vogelwarte bei Rossitten, die einst Johannes Thienemann ins Leben gerufen hatte. Jährlich werden hier bis zu 10000 Tiere beringt, die so den Ornithologen Rückmeldung über ihren Weg in den Süden geben. Am Ende der filmischen Wanderung, die am Strand von Cranz begonnen hatte, ein weiter Blick auf Haff, Ostsee und die schneebedeckten Sandberge von der 60 Meter hohen Epha-Düne, benannt nach dem Düneninspektor Franz Epha, der die Wanderdünen vor 135 Jahren bepflanzte und so stabilisierte. Eingangs hatte der Vorsitzende Dieter Schetat den Mitgliedern und Gästen das sogenannte Sepa-Zahlungsverfahren anhand von Bildern erläutert, das in diesem Jahr anzuwenden ist.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Hannover – Freitag, 14. Februar, 12 Uhr, Jutta Pauls Kaffeestübchen (Ihmeblick), Roesebeckstraße 1: Die Gruppe trifft sich zum Königsberger-Klops-Essen. Anschließend hält Luise Wolfram einen Lichtbilder-Vortrag. Um Anmeldung bei Roswitha Kulikowski, Telefon (05101) 2530, oder Lore Roeß, Telefon (0511) 332724 wird gebeten. – Am 17./18. Mai fährt die Gruppe nach Kassel zum Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Ostpreußen. Interessierte Mitglieder und Gäste werden um Voranmeldungen gebeten, da der Bus rechtzeitig bestellt werden muss.

Helmstedt – Donnerstag, 13. Februar, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Treffen der Gruppe. Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Hildesheim – Donnerstag, 13. Februar, 15 Uhr, Bürgermeisterkapelle, Rathausstraße 8: Jahreshauptversammlung.

Holzminden – Sonntag, 16. Februar, 12 Uhr, Felsenkeller: Die Gruppe trifft sich zum Königsberger-Klops-Essen.

Osnabrück – Dienstag, 11. Februar, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Freitag, 21. Februar, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Donnerstag, 27. Februar, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 13. Februar, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42: Monatstreffen der Gruppe. Joachim Berg zeigt – teilweise in Farbe – Ausschnitte aus der „Ostpreußenreise 1937". Mit der Schmalfilmkamera gedrehte Amateuraufnahmen sind durch historisches Material ergänzt worden. – Informationen zu den weiteren geplanten Veranstaltungen und zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386 oder rebuschat@web.de



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Für die Fahrt zum Ostpreußentreffen am 17./18. Mai in Kassel sind noch einige wenige Plätze frei, ebenso Zimmer im gebuchten Hotel. Bei Interesse bitte melden bei Manfred Ruhnau, Kreisgruppe Bonn, Telefon (02241) 311395.

Bielefeld – Donnerstag, 13. Februar, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Ostpreußisches Platt. – Donnerstag, 20. Februar, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Literaturkreis.

Bonn – Jeden 1. Mittwoch, Stadthalle Bad Godesberg: Treffen der Frauengruppe. – Jeden 3. Mittwoch, 17.30 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg, Erkerzimmer: Stammtisch. – Sonntag, 9. Februar, Stadthalle Bad Godesberg, Kleiner Saal: **Mitgliederversammlung**. Beginn um 15 Uhr mit dem gemeinsamen Kaffeetrinken. Ausnahmsweise beginnt die Versammlung bereits um 15.30 Uhr, damit die Teilnehmer sich ab 16.11 Uhr in das karnevalistische Getümmel stürzen können. Das bekannte Motto lautet: „Karneval und Fastnacht – vom Rhein bis an die Memel". Tagesordnung des offiziellen Teils: 1. Begrüßung durch die 1. Vorsitzende, 2. Wahl des Protokollführers, 3. Totenehrung, 4. Verlesung und Genehmigung der Niederschrift der letzten Jahreshauptversammlung, 5. Tätigkeitsbericht über die Arbeit des Vorstands, 6. Tätigkeitsbericht über die Arbeit der Frauengruppe, 7. Kassenbericht, 8. Bericht der Kassenprüfer, 9. Entlastung des gesamten Vorstands, 10. Anträge, 11. Verschiedenes. – Sonnabend, 15. Februar, 19.30 Uhr, Stadthalle Bonn-Bad Godesberg, kleiner Saal: Traditioneller Winterball der Landsmannschaft Ostpreußen, Schlesien und der Sudeten. Buntes kulturelles Programm: Zirkusschule Don Meloni, Volkstänze, Gesangverein „Frisch Auf" Meindorf und andere. Große Tombola. Eintritt: 15 Euro im Vorverkauf und an der Abendkasse, Schüler, Studenten und BJO 10 Euro. Alle Landsleute und Ostpreußen-Gruppen sind herzlich dazu eingeladen. Weitere Auskünfte bei Manfred Ruhnau Telefon (02241) 311395.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal, 1. Etage: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen – Westpreußen – Sudetenland. – Donnerstag, 13. Februar, 19.30 Uhr, GHH/Raum 412: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Freitag, 14. Februar, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62, 40210 Düsseldorf: Stammtisch. – Sonnabend, 15. Februar, 15 Uhr (Einlass 14 Uhr), GHH/Eichendorff-saal: Karnevalistischer Nachmittag „Lustige Ostseewellen" für alle Landsmannschaften. Eintritt 7 Euro.

Gütersloh – Montags, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13: In unregelmäßigen Abständen findet der Ostpreußische Singkreis statt. Informationen bei Renate Thamm, Telefon (05241) 40422. – **Busfahrt zum Deutschlandtreffen in Kassel vom 16. bis 18. Mai** – Bitte schon jetzt einen Platz für die Busfahrt reservieren bei Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211. Näheres bezüglich Ablauf, Programm und Preis wird in einem Faltblatt nach erfolgter Anmeldung mitgeteilt. – Donnerstag, 13. Februar, 15.30 Uhr, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9: Ostpreußische Frauengruppe.

Köln – Dienstag, 18. Februar, 14.30 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41–43: Die Gruppe trifft sich zur monatlichen Versammlung. Im Schnitt kommen zu den Versammlungen nur etwa 20 Mitglieder und ganz wenige Tagesgäste. Die Organisatoren sind überzeugt, dass in der Kölner Region noch viel mehr ostpreußische, westpreußische, pommersche und andere Landsleute wohnen. Es wäre doch schön, wenn diese jetzt Angesprochenen wenigstens versuchshalber bei der Gruppe hereinschauen würden. Es gibt Autorenlesungen, Lesungen aus ernster, aber auch lustiger Literatur, Rezitationen von Gedichten und es werden alte Volkslieder aufgefrischt. Wer Mitglied werden möchte: Der Jahresbeitrag beträgt 22 Euro. Im Moment plant die Gruppe eine Busfahrt zum Ostpreußentreffen 2014 in Kassel. Man erreicht das Lokal mit den Linien 1 und 7 der KVB, Haltestelle Deutzer Freiheit, sowie mit den Linien 3 und 4, Haltestelle Suevenstraße.

Neuss – Sonntag, 16. Februar, 15 Uhr (Einlass 14 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: Jahreshauptversammlung mit Ergänzungswahl. Mit Grützwurstessen.

Wesel – Sonntag, 16. Februar, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: **Jahreshauptversammlung**. Der 1. Vorsitzende Paul Sobotta bittet um rege Teilnahme der Landsleute und Heimatfreund an einer schön eingedeckten Kaffeetafel mit anschließendem gemütlichem Beisammensein. Auf dem Tagesprogramm stehen die Vorbereitungen zur 60-Jahrfeier der Gruppe am 8. März, die mit einem Festakt begangen wird. Auskunft erteilt Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657.

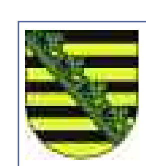
Witten – Montag, 17. Februar, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: „Weltreise", 2. Teil, von Norbert Buchmann.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

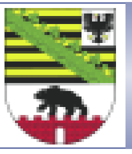
Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Die Landsleute sind voller Vorfreude auf das bevorstehende Deutschlandtreffen der Ostpreußen. Am 17. und 18. Mai 2014 gibt es ein frohes Wiedersehen in den Messehallen der Stadt Kassel. Die Teilnehmer werden viele interessante Erlebnisse erwarten, und sie sind alle sehr gespannt, was sie erwartet. Ihre verlorene Heimat verbindet sie und sie wollen alles tun, zu ihrer Heimat zu stehen und sich zu ihr zu bekennen. Kurt Weihe arbeitet schon seit längerer Zeit an der Vorbereitung zu diesem lange ersehnten Treffen der Ostpreußen. Ein großer, vollbesetzter Bus ist längst bestellt, sowie ein gutes Hotel gebucht. Die Fahrt beginnt am Freitag, 16. Mai. Ein erster gemeinsamer Abend erwartet die Gruppe. Am Sonnabend gibt es sicher viel zu plachandern. Am Sonntag freuen sich die Teilnehmer auf die Großkundgebung. Den Montag verbringen die Teilnehmer noch gemeinsam in Kassel und werden die Sehenswürdigkeiten der Stadt gemeinsam erleben. Dann beginnt die Rückreise mit vielen guten Gedanken und Erinnerungen an die Heimat. Die besten Eindrücke werden die Teilnehmer lange im Gedächtnis behalten. Die Gruppe bedankt sich im Voraus beim Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen, der mit viel Liebe und Mühe dieses Treffen für die Landsleute vorbereitet.



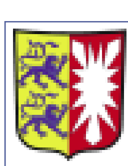
SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 21. Februar, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität Gardelegen: Faschingsveranstaltung mit Programm.

Magdeburg – Sonntag, 9. Februar, 14 Uhr, Sportgaststätte Spielhagenstraße: Heiteres und Besinnliches. – Dienstag, 18. Februar, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 21. Februar, 15 Uhr, TUS, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Preußentag

Zum Preußentag am 19 Januar konnte der Landesvorsitzende Edmund Ferner über 70 Teilnehmer im Haus der Heimat in Kiel begrüßen. In seinem Vortrag „Die Bedeutung des Preußentages" stellte er die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Auflösung Preußens durch die Alliierten dar. Durch das Kontrollratsgesetz von 1947 der Besatzungsmächte hatte der Staat Preußen aufgehört zu bestehen. Dieses beschäftigte insbesondere die Bevölkerung Berlins und der sowjetischen Besatzungszone aber viel weniger als die Tatsache, dass die Grenze zu Polen jetzt an der Oder und der Neiße lag. Bereits vor der Beendigung des Krieges gab es Pläne der Siegermächte, das deutsche Volk umzuerziehen. Das besiegte Deutschland sollte nicht nur militärisch und wirtschaftlich zerschlagen, sondern auch die Seele des besiegten Volkes zerstört werden, unter anderem durch die Zerschlagung der gesamten Tradition der deutschen Nation, die Verbreitung des Feminismus, Maßnahmen zur Reduzierung der deutschen Bevölkerung, Abschaffung des dreistufigen Schulsystems, Verwandlung des gesamten Rheinlandes-Ruhrgebietes in ein Ackergebiet.

Die Deutsche Nation war auf traditionellen Grundpfeilern errichtet. Das war eben Preußen, das aufzuhören hatte zu bestehen. Ohne Preußen hätte es auch 1871 kein Deutsches Reich gegeben. Die Beseitigung des preußischen Geistes ist aber nicht gelungen. Die Bezeichnung „Preuße" oder „preußisch" ist heute von großer Bedeutung, eine Folge der historischen Leistung des Landes und seiner Menschen. Die Beiworte „Preuße" oder „preußisch" haben heute eher eine positive Bedeutung, nachdem das Jahrzehnte nach dem Krieg gegenteilig war. Preußische Tugenden wie Bescheidenheit, Opferbereitschaft, Zuverlässigkeit, Disziplin, Pünktlichkeit, Bereitschaft zum Dienen, Nüchternheit und Sparsamkeit werden heute als positiv beschworen. Preußische Tugenden sind für eine funktionierende Gesellschaft unersetzbar.



Kiel: Gedenkstein für die Opfer der Seekatastrophe von 1939 Bild: Fernau

In seinem weiteren Vortrag schilderte Edmund Ferner die chaotische Lage in Ostpreußen im Januar 1945. Erst Mitte Januar – viel zu spät – wurde der Bevölkerung die Flucht in den Westen erlaubt. 2,4 Millionen Menschen flüchteten unter unsäglichen Verhältnissen vor der „Roten Armee". Letztlich blieb nur der Weg über das Frische Haff und über die Ostsee. 672 Handels- und 409 Kriegsschiffe retteten 2,4 Millionen deutsche Zivilisten und Soldaten. 245 Schiffe wurden von den Russen und Engländern versenkt und nahmen über 33000 Menschen mit in den Tod. Unter anderem sanken der Dampfer „Wilhelm Gustloff" nach drei Torpedotreffern eines russischen U-Bootes, von demselben U-Boot versenkt wurde auch die „General von Steuben". Die „Goya" sank

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

nach zwei Torpedotreffern, 6666 Menschen fanden den Tod. Völlig unsinnig starben am 3. Mai 1945 unzählige Menschen in der Neustädter Bucht, nachdem ihre Schiffe, die „Cap Arkona“ und die „Thielbeck“, durch Bomben und Beschuss der britischen Flugzeuge in Brand geraten waren. Als die vielen Überlebenden in die Ostsee sprangen, um schwimmend das Ufer zu erreichen, wurden sie durch britische Tiefflieger mit Bordwaffen regelrecht niedergemäht.

Einen eindrucksvollen Vortrag hielt Hans-Werner Erdt über seine Besuche entlegener Soldatenfriedhöfe beider Weltkriege zwischen dem Nordkap und Kreta. Ausführlich schilderte er die Lage dieser Friedhöfe und ging dabei auf ihre Geschichte während der Kriege und der Nachkriegszeit unter Nennung der jeweils bestatteten deutschen und ausländischen Toten ein. Seinen Vortrag untermalte Erdt mit eindrucksvollen Landkarten, Geländeskizzen und Aufnahmen der Friedhöfe.

Der aus Ostpreußen stammende Schauspieler Herbert Tennigkeit entführte die Teilnehmer des Preußentages in das Land der dunklen Wälder und kristallenen Seen. Er stellte fest, dass nach der Auflösung Ostpreußens 1945 und der Abwanderung der Bevölkerung Ostpreußen immer wieder auflebt. Ostpreußen wird nicht untergehen. Er trug besinnliche Erinnerungen vor, wie er heute noch seine Heimat sieht und bekennende Gedichte zur Heimat deutscher Dichter. Was ist Ostpeußen? „Wer das nicht jesehen, hat jar nuscht jesehen“: Bauer Bummeleit und Baltschun. Schlittenfahrten über ostpreußische Seen. Hochzeitsfeier: Pokorni und Quast. Der kleine und der große Lorbas. Muttchen fährt mit der Eisenbahn. Die Hochzeitsfeier und die Bixen. Puschkats Telefongespräch betreff Toni und Karl Baldruschat. Fritzchen und die Sprichwörter. Zwei Gnabelches. Das war mein Zuhaus. Und anderes mehr. Der Preußentag wurde mit dem Singen des Ostpreußenliedes abgeschlossen. So endete der interessante und gelungene Preußentag 2014.

Bad Malente – Freitag, 7. Februar, 15.30 Uhr, Uwe-Seeler-Park (Fußballschule), Am Stadion 4, Bad Malente-Gremsmühlen: **Jahreshauptversammlung.** Die Jahreshauptversammlung beginnt mit folgender Tagesordnung: 1. Eröffnung und Begrüßung, 2. Totenehrung, 3. Jahresbericht des Vorsitzenden, 4. Kassenbericht, 5. Bericht des Kassenprüfers, 6. Entlastung des Vorstandes, 7. Wahlen a) Vorsitzender, b) Stellvertretender Vorsitzender, c) Schriftführer, d) Kassenführer, e) Stellvertretender Kassenführer, f) Beisitzer, g) Zwei Kassenprüfer, 9. Anfragen und Verschiedenes. Gäste sowie Freunde der Landsmannschaften sind herzlich willkommen. Anmeldung zur Jahreshauptversammlung bis zum 4. Februar im Blumenhaus Franck, (Inh. R. Dluzak) in der Bahnhofstraße oder unter Telefon Malente 2659.

Bad Oldesloe – Mittwoch, 12. Februar, 13.30 Uhr, Wiggers Gasthof, Bahnhofstraße 33: **Jahreshauptversammlung** mit Fleck oder Königsberger-Klops-Essen.

Bad Schwartau – Sonnabend, 8. Februar, 20 Uhr, Waldhotel Riesebusch, Sonnenweg 1: **Winterfest der Ostpreußen.** Die Gruppe eröffnet die Ballsaison wie in den Vorjahren mit ihrem traditionellen Winterfest. Flotte Musik zum Tanzen und ein bunter Abend erwarten die Teilnehmer. Eintritt 10 Euro im Vorverkauf, 11 Euro an der Abendkasse. Vorverkauf im Fashion Corner, Markttwiete 6 (neben Hoffmann's Bistro) und in der Lotto- und Toto-Annahmestelle Cleverhofer Weg 120. Telefonische Anmeldungen nehmen auch Gisela Rowedder, Telefon (04504) 3435 und Regina Gronau, Telefon (0451) 26706 entgegen.

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 11. Februar, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Der Extremsportler Wolfgang Kulow aus Lensahn hält einen Vortrag zum Thema: „Mit dem Fahrrad über den zugefrorenen Baikalsee“. Gäste sind herzlich willkommen.

Pinneberg – Sonntag, 16. Februar, 15 Uhr, Fröhlicher Nachmittag. Auskunft unter Telefon (04101) 62667 oder (04101) 73473.



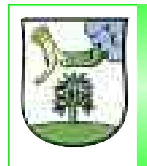
THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Jena – Freitag, 28. Februar, 14 Uhr, Panorama Gaststätte Schlegelsberg, Oskar-Zachau-Straße 6, 07749 Jena: Gruppentreffen mit Vortrag von Frau Böttcher über „Walter Scheffler“. Alle Landsleute sind herzlich willkomme.n

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

»Sommer in Ostpreußen« – Busreise

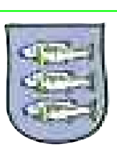
Bitte um Anmeldung bis spätestens Mitte März – 2014 findet unter dem Motto „Sommer in Ostpreußen“ eine zehntägige Reise vom 12. bis 21. Juli nach Ostpreußen statt. Dieses Mal im Juli, zur Hauptreisezeit, weil im Mai das Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel stattfindet. Wir werden den Heimatkreis Labiau und andere interessante Plätze im nördlichen Ostpreußen besuchen. Für die gesamte Reise haben wir wieder sehr schöne Hotels ausgesucht. Das Hotel Usadba, ein ehemaliger Gutshof in Nesselbeck, befindet sich nördlich von Königberg. Einen Kontrast bietet dann das Hotel Rauschen in Rauschen an der Samlandküste. Baden, bummeln und den schönen Ort genießen, der noch viele historische Bauwerke aus deutscher Zeit aufweist. Bei dieser Reise haben wir insgesamt Halbpension gewählt. Wir versorgen uns am Tage gegebenenfalls aus dem Bus, beziehungsweise haben ohnehin die Möglichkeit, etwas einzukaufen.

Reiseverlauf (Änderungen vorbehalten): **1. Tag,** Sonnabend, 12. Juli: Die Nordroute gen Osten. Anreise von Sarzbüttel/Schleswig-Holstein über Hamburg, Bernau bei Berlin nach Groß Möllen [Mielno] zur Zwischenübernachtung im Hotel Unitral. Das Hotel liegt auf der Nehrung, die den Jamund-See von der Ostsee trennt. Das Hotel ist eins der modernen Viersterne-Kur-Hotels mit Badelandschaft undsoweiter, so dass schon der erste Abend zu einem besonderen Erlebnis werden wird. **2. Tag,** Sonntag, 13. Juli: Von Pommern nach Ostpreußen. Weiterfahrt von Groß Möllen nach Nesselbeck [Orlowka]. Wir (er)fahren dabei die ganze Weite Pommerns, an Danzig vorbei, durch das Danziger Werder, überqueren die Wechsel und die Nogat, vorbei an Elbing und Braunsberg, überqueren die Grenze in den russischen Teil Ostpreußens bei Heiligenbeil [Mamonowo]. Abends werden wir dann unseren Zielort erreichen. Übernachtung im Hotel Usadba. **3. Tag**, Montag, 14. Juli: Heimatstadt und Kreis. Rundfahrt nach Labiau, Stadt und Kreis, mit Besichtigung des Museums im Schloss Labiau und des neuen Schulmuseums Kelladden, Sie dürfen wirklich gespannt sein. Aber auch eine Fahrt zum Kurischen Haff und zu anderen Plätzen, die mit dem Reisebus erreicht werden können, sind im Programm. Übernachtung im Hotel Usadba. **4. Tag,** Dienstag, 15. Juli: Heimat. Taxitag, Sie besuchen Ihren Heimatort oder andere Punkte Ihres Interesses. Den Mitreisenden, die nicht aus Ostpreußen kommen, werden interessante Vorschläge beziehungsweise Mitfahrangebote unterbreitet, damit auch für sie dieser Tag unvergesslich wird. Den Taxipreis bezahlen Sie vor Ort. Übernachtung im Hotel Usadba. **5. Tag,** Mittwoch, 16. Juli: Wir erobern Königsberg. Stadtrundfahrt, Bernsteinmuseum, Bummel am Hansaplatz und Steindamm. Dom und Möglichkeit zur Teilnahme am Orgelkonzert (10 Euro pro Person). Am Nachmittag Fahrt nach Rauschen/Hotel Rauschen – das ist der Ort im nördlichen Ostpreußen, der sich sein ursprüngliches Flair erhalten hat. Das wunderschöne Warmbad in reinem Jugendstil erbaut, begeistert genauso wie die Plastiken von Hermann Brachert, die wunderbare Steilküste des Samlandes und die Ostsee. Nette Lokale laden zum Verweilen ein. Bernstein wird hier in allen Variationen angeboten. Da wir vier Übernachtungen im Hotel Rauschen in Rauschen haben, ist reichlich Gelegenheit für Erkundigungen im Ort gegeben. **6. Tag,** Donnerstag, 17. Juli: Die Kurische Nehrung. Die einzigartige Landschaft der Nehrung verzaubert immer wieder den Besucher. Wir besuchen die Vogelwarte, die einst 1901 von Johannes Thienemann gegründet wurde. Uns wird dort gezeigt, wie die Vögel beringt und registriert werden. An der Epha-Düne machen wir einen längeren Stopp. Baden, wandern und die Aussichtsplattformen besuchen, von denen man einen herrlichen Blick auf das Haff, die Ostsee und die Dünen hat. Stopp in Cranz, dem einstmals mondänen Badeort und auch damals das Ziel vieler Besucher aus dem Kreis Labiau. **7. Tag,** Freitag, 18. Juli: Samlandrundfahrt. Wir besuchen unter anderem Palmnicken und Pillau. **8. Tag,** Sonnabend, 19. Juli: Labiauer Tag. Der Termin steht leider noch nicht fest. Fahrt in den Nachbarkreis Elchniederung und nach Tilsit. Auf jeden Fall wird dieser Tag aber auch erlebnisreich verlaufen. **9. Tag,** Sonntag, 20. Juli: Abreise. Wir planen einen Stopp in Danzig ein und fahren dann in unser Hotel Dolina Charlotty bei Stolp. Die reizvolle Umgebung des Hotels und das Freizeitangebot im Hotel versprechen einen schönen Abschluss unserer Reise. Das ist dann unser letzter Abend in Pommern. **10. Tag,** Montag, 21. Juli: Die Realität hat uns bald wieder. **Heimreise**. Wir werden um zirka 13 Uhr in Bernau bei Berlin sein und gegen 18 Uhr in Hamburg. (ohne Gewähr). Sollte Ihr Partner ausfallen, erfolgt unter Umständen Einzelzimmerberechnung. Empfehlenswert auf jeden Fall eine Reiserücktrittversicherung. Bitte kontrollieren Sie, ob Sie eine Auslandskrankenversicherung haben, da diese in Russland vorgeschrieben ist. Gegebenenfalls gleich mitbuchen.

1 Übernachtung/HP Hotel Unitral, (4-Sterne), Groß Möllen [Mielno], Pommern, www.unitral.pl/3 Übernachtungen/HP, Hotel Usadba, in Nesselbeck [Orlowka] (3-Stene) zahlreich im Internet zu finden/4 Übernachtungen/HP Hotel Rauschen (3-Sterne) in Rauschen [Svetlogorsk], zahlreich im Internet zu finden/1 Übernachtung/HP Hotel Dolina Charlotty (4-Sterne) bei Stolp, www.dolina-charlotty.pl.

In Nordostpreußen russische Reiseleitung, Passanmeldung Russland. Eingeschlossene weitere Leistungen: Gebühren Kurische Nehrung, Vogelwarte und Bernsteinmuseum. Bei Teilnahme von 35 Personen 920 Euro pro Person im DZ, 230 Euro EZZ.

Bei Teilname von 25 Personen 1020 Euro pro Person im DZ, 230 Euro EZZ, Visum 85 Euro (Stand November 2013, Änderungen möglich). Ein Reisepass und Auslandskrankenversicherung sind erforderlich. Weitere Information bei der Kreisvertreterin bitte anfordern.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Eine gute Adresse

Seit einem Jahr sind wir, die Kreisgemeinschaft Lötzen, Mieter in der Sudetenlandstraße 18 h. Ende Mai 2013, zwölf Wochen nach dem Umzug, öffneten wir zum ersten Mal die Tür für unsere treuen Stammbesucher, für neu Interessierte, doch vor allem für unsere Nachbarn. Unsere neue Nachbarschaft hat uns vom ersten Tag an Wohlwollen, Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft entgegengebracht und Interesse an dem gezeigt, wer wir sind, was wir tun, was wir anbieten.

Ende Juni 2013 fand im Beisein von Oberbürgermeister Dr. Tauras und vieler Vertreter der Ratsversammlung mit Baumkuchen und Bärenfang die offizielle Eröffnung des neuen Museumsstandortes statt. Seitdem haben wir Monat für Monat ein besonderes Veranstaltungsangebot beworben, und wir waren fast jederzeit – nach Absprache – für Menschen da, die das Archiv besuchen oder die Ausstellung zur Geschichte und Kultur des ostpreußischen Kreises Lötzen [Gizycko] in Masuren besichtigen wollten, da. Besucher kamen aus ganz Deutschland. In der Rückschau ziehen wir eine positive Bilanz. Besonders erfolgreiche Veranstaltungen wie der Buchmarkt oder der Märchennachmittag finden 2014 eine Fortsetzung.

Neu ist, dass wir am 11. März 2014 zuerst eine Ausstellung im Foyer des Neuen Rathauses in Neumünster, unserer Patenstadt, eröffnen. Die Tafelausstellung „Ostpreußen fasziniert“, eine Leihgabe des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen/Bayern, wird dort bis zum 11. April zu sehen sein.

In unserem unverwechselbaren Ausstellungsraum zeigen wir ab dem 15. März 2014 für drei Monate „Ostpreußen, wie es war – Kindheitserinnerungen in der

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

Malerei der Helene Dauter“. Die schönen Bilder (jedes erzählt eine Geschichte) der 1996 in Schleswig-Holstein verstorbenen Künstlerin sind ebenfalls eine Leihgabe aus Ellingen. Eine Besonderheit wird die dann folgende Ausstellung sein: Die aus Königsberg [Kaliningrad] stammende Künstlerin Elena Steinke, die seit fast 15 Jahren in Nordfriesland lebt, blickt auf drei Jahrzehnte ihres künstlerisches Schaffen zurück. Jahrzehnte, in denen sie sich – von der Textilkunst kommend – zu großer künstlerischer Spannbreite entwickelt hat. Wir dürfen einen Querschnitt ihrer Arbeiten zeigen, vom 28. Juni bis zum 15. November 2014.

Am 26. April werden wir einen besonderen Film mit Bezug zu Ostpreußen vorführen. Am 24. Mai stellt eine junge Neumünsteranerin, die in Brüssel arbeitet, ihren interessanten beruflichen Werdegang vor. „Bücher aus 100 Jahren“ werden am 19. Juli angeboten. Den 80. Geburtstag des Schriftstellers Arno Surminski nehmen wir zum Anlass, ihm am 16. August mit einer Veranstaltung zu gratulieren. An den Beginn des Ersten Weltkrieges, unter der Fragestellung: „Was war da los in Ostpreußen?“, erinnert der Historiker Dr. Ruoff am 20. September. Anlässlich des 50. Todestages von Agnes Miegel gibt es am 18. Oktober – ebenfalls als Vortrag - eine Annäherung an Leben und Werk. Zum Abschluss der Museumssaison 2014 wird Angelika Rischer am 15. November wieder ostpreußische Märchen erzählen.

Der Großteil der Arbeit, die die Betreuer von Archiv und Heimatsammlung leisten, vollzieht sich „hinter den Kulissen“. Die Anfragen, die von Familienforschern, Heimatkundlern, Historikern, jungen Wissenschaftlern aus dem Inund Ausland an das Lötzener Archiv gerichtet werden, reißen nicht ab. Anfragen aller Art, Nachforschungswünsche erreichen uns in steigender Zahl; die Schreibtischarbeit (überwiegend am PC) ist ohne Ende. In der ersten Hälfte des Januars 2014 hatte das Archiv Besucher aus Bayern, Schottland und Padenstedt!

Auch Sie sind willkommen! Haben Sie Fragestellungen, gezielt Wünsche, die sich mit Hilfe unseres Archivs oder des Fachbuchbestandes zu Ostpreußen mit unserem Wissen und unseren Reiseerfahrungen beantworten lassen, so ist eine Terminvereinbarung empfehlenswert unter (040) 6083003. Sehen Sie im Vorbeigehen die Lichtschutzlamellen aufgezogen, vielleicht Licht brennen – so klingeln Sie bitte und probieren die Möglichkeit eines Spontanbesuchs. Zu den Veranstaltungen (Eintritt frei) ist jeder Besucher gern gesehen.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Wahlaufruf

Gemäß § 9 Ziffer 15 unserer Satzung dauert die Amtszeit des Kreistages der Kreisgemeinschaft Neidenburg e.V. vier Jahre. Da die letzte Wahl 2010 stattfand, muss in diesem Jahr neu gewählt werden. Der Wahlausschuss ruft daher alle Mitglieder der Kreisgemeinschaft Neidenburg auf, sich an der Wahl zu beteiligen. Aktiv und passiv wahlberechtigt ist jedes volljährige Mitglied. Nur wer in der Heimatkreiskartei eingetragen ist, ist Mitglied. Für die zu wählenden 15 Kreistagsmitglieder wird um die Benennung von geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten gebeten. Wahlerklärungen mit der schriftlichen Zustimmung der vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten müssen bis zur Ausschlussfrist am 12. April 2014 an den Vorsitzenden des Wahlausschusses, Herrn Benno Kaden, Stollensfeld 14, 45479 Mülheim/Ruhr, erfolgt sein. Die Wahlerklärungen müssen unter anderem Vornamen, Namen (auch Geburtsname), Geburtsdatum, jetzige Anschrift und Telefonnummer enthalten. Dem bisherigen Kreistag gehören an: Ruth Bahr, Günther Ernst, Marion Haedge, Ulrich Hoffmann, Frank Jork, Reinhard Kayss, Lutz Knief, Jürgen Kowalek, Ingrid Laufer, Heinz Laurien, Dr. Uwe Laurien, Ulrich Lewandrowski, Dietrich Olinski, Hans-Ulrich Pokraka und Jürgen Szepanek. Der Wahlausschuss: Benno Kaden, Vorsitzender.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@ tilsit-stadt.de.

Realgymnasium/ Oberschule für Jungen

Das 71. Schultreffen findet vom 10. bis 13. Mai in Potsdam statt. Austragungsort ist das Altstadt-Hotel mitten in der Stadt. Wie gewohnt beginnt das Treffen am Sonnabend um 15.30 Uhr mit dem gemeinsamen Kaffeetrinken und endet am Dienstag nach dem Frühstück.

Die Ablaufplanung sieht zurzeit so aus: Sonnabend, 10. Mai: Ankunft in Potsdam. Um 15.30 Uhr gemeinsames Kaffeetrinken und Abendessen. Sonntag, 11. Mai: Stadtrundfahrt und Besichtigung der Potsdamer Gärten und des Schlosses. Abends gemeinsames Abendessen. Montag, 12. Mai: Dampferfahrt, abends gemeinsames Abendessen. Dienstag, 13. Mai: allgemeine Heimreise (Änderungen vorbehalten). Anmeldungen können ab sofort mit dem Stichwort „SRT-Schultreffen 2014“ beim Hotel vorgenommen werden. Ein Kontingent der Zimmer ist bis zum 30. März für uns reserviert. Danach stehen die übrigen Zimmer dem Hotel wieder zur freien Verfügung.

Die Adresse des Hotels lautet: Altstadt Hotel, Dortustraße 9–10, 14467 Potsdam, Telefon (0331) 284990, Fax (0331) 2849930. E-Mail: altstadthotel@tnp-online.de Das Doppelzimmer kostet einschließlich Frühstück pro Tag 88 Euro und das Einzelzimmer 68 Euro. Ein Parkplatz (drei Plätze am Haus) – soweit verfügbar – kostet 6 Euro pro Tag, im Parkhaus 200 Meter weiter 12 Euro. Gebuchte Zimmer können bei Krankheit bis 48 Stunden vorher kostenlos storniert werden und bei wichtigen Anlässen bis zu 7 Tage vorher. Um rechtzeitige Zimmerbuchung wird gebeten, da Potsdam ein stark frequentiertes Touristenziel ist.

Ostpreußen-Rundreise

Bereits seit mehr als 40 Jahren organisieren wir, die KG Schloßberg, Busreisen nach Ostpreußen – zunächst nur in den südlichen Teil und seit 1990 auch zusätzlich in das nördliche Ostpreußen und damit auch in den Heimatkreis Schloßberg – und das von Anfang an bis heute immer mit dem gleichen Busunternehmen. Ein moderner Fernreisebus mit erstaunlich großem Küchenabteil und ein eingespieltes Team sind Garant für schöne und erlebnisreiche Urlaubstage!

Viele Mitreisende, darunter ein großer Teil, die nach Ostpreußen keine Wurzeln haben, waren begeistert von der Schönheit Ostpreußens, von den Burgen, der Ostsee und den unzähligen großen und kleinen Seen. „Eine gut durchorganisierte und mit vielen Höhepunkten gespickte Reise“ oder „bei der diszipliniert auftretenden Reisegruppe wird im Bus jeder zum Freund“, oder „diese Reise war ein Highlight in meinem Leben“ oder „ein großes Lob der Bordküche“, sind zum Abschluss oft gehörte Beurteilungen der begeisterten Reiseteilnehmer.

Auch in diesem Jahr ist eine Reise von 5. bis 17. September 2014 geplant. Abfahrt ist in Rotenburg/Wümme, wo wir uns am Tag vorher in der Jugendherberge treffen. Erstes Ziel ist Danzig. Weiter geht es zur Marienburg und Frauenburg, zum Frischen Haff und Nehrung, Nikolaiken und Spirdingsee mit Schifffahrt, Heiligelinde, Tharau, Königsberg, Gumbinnen, Insterburg, Tilsit, Ragnit, Schloßberg, Haselberg und Breitenstein. Nun geht die Reise weiter wieder gen Westen an Königsberg vorbei zur Samlandküste, Rauschen, Cranz, Kurische Nehrung, Vogelwarte Rossitten mit Ziel Nidden.

Ab Nidden beginnt dann die Rückreise über Schwarzort auf der Nehrung nach Memel mit Stadtrundfahrt, eventuell Bernsteinmuseum Polangen, Einschiffung auf die Fähre und Rückkreise von Memel über die Ostsee nach Kiel. Es sind noch einige Plätze frei. Interessenten wenden sich an:

Reiseleiter Jörg Heidenreich, Bockwischer Weg 22, 25569 Kremperheide, Telefon (04821) 8881580 und Fax (04821) 8881581, E-Mail: joergheidenreich@gmail.com.

Preußische Gesellschaft Berlin

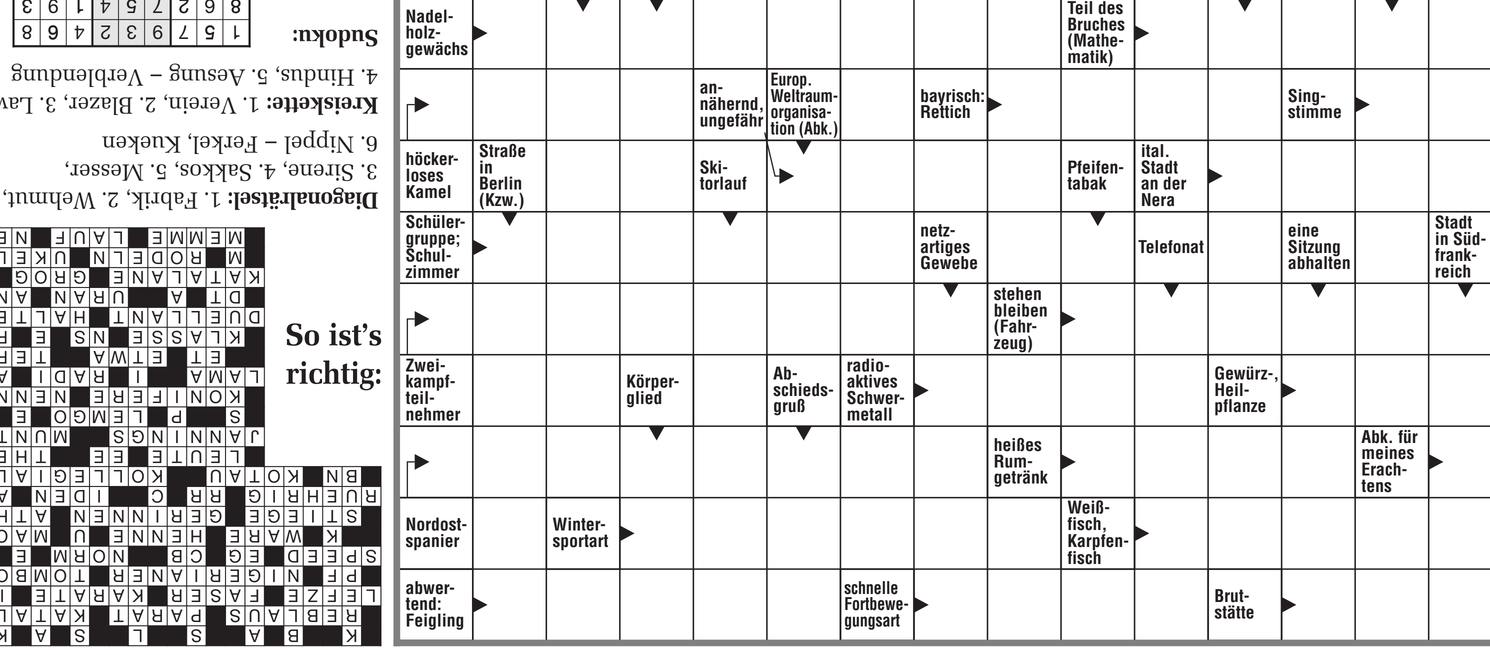
Veranstaltungen: 6. Februar, 19 Uhr: Winfried Hansch, Humboldt Gesellschaft: „Das Erbe von Alexander-von-Humboldt, heute in Lateinamerika“.

11. Februar, 8 Uhr: S.E. General Peter Schelzig, stellvertretender General-Inspekteur, Bundesministerium der Verteidigung: „Die Reservisten der Bundeswehr und die Wirtschaft“. (Achtung: gesonderte Einladung; anmeldepflichtig.)

19 Februar, 19 Uhr: S.E. S. Carlsson, Botschafter von Schweden spricht zum Thema „Schweden – Preußen“.

6 März, 19 Uhr: Gerd-Ulrich Herrmann referiert über das Thema „Die Schlacht um die Seelower Höhen“.

Veranstaltungsort: Hotel Hilton am Gendarmenmarkt. Preußische Gesellschaft, Telefon (030) 202302941, www.preussen.org.





Sudoku

	5						6	
8		2		5		1		3
		4	8		1	7		
7			2		9			5
	4						2	
5			4		6			1
		8	6		3	5		
4		6		2		8		9
	3						7	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Jungtiere.

1 Werk
2 sanfte Trauer
3 Alarmgerät
4 Herrenjackett (Mz.)
5 Teil des Essbestecks
6 Verbindungsstück

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Unfähigkeit zur Einsicht.

1 Interessensgemeinschaft, 2 Klubjacke, 3 stürzende Schneemasse, 4 Anhänger einer Weltreligion (Mz.), 5 Nahrung des Wildes



Die »Urzeln« sind los

Siebenbürger Sachsen retteten ihren Fastnachtsbrauch vor dem Vergessen

Wenn die Urzeln laufen, dann knallt es und duftet es nach Krapfen. Die Siebenbürger Sachsen haben ihre „zotteligen“ Brauchtumsfiguren in die Bundesrepublik integriert.



Vertreiben böse Geister: Maskierte Zunftvertreter Bild: D.G.

Die Fasnet 2014 startete bei der Urzelnzunft Sachsenheim traditionell am Dreikönigstag im Januar mit dem „Abstauben“ und endet mit dem „Urzelntag“ am 1. März. Dazwischen gibt es zahlreiche weitere Veranstaltungen an verschiedenen Orten. Auch im siebenbürgischen Agnetheln [Agnita] – der Heimat des Brauches – liefen die Urzeln in diesem Jahr am 2. Februar. Das ist nicht selbstverständlich, da nach der großen Ausreisewelle der Sachsen nach Deutschland im Jahre 1990 die Tradition des jährlichen Urzelnfestes eingestellt wurde. Erst 2006/2007 wurde der Brauch im Harbachtal wiederbelebt und erfreut sich inzwischen guter Teilnehmer- und Besucher-Resonanz.

Als der Agnethler Deutschlehrer Bogdan Patru und eine Grundschulklasse das Projekt „Urzeltradition“ mit einem Probelauf der Parade mit maskierten Zottelwesen 2006 startete, war deren Zukunft noch ungewiss. Die Vision, den Urzeltag neu zu beleben, wurde im Jahre 2007 wahr, als zu Ehren der Kulturhauptstadt Hermannstadt [Sibiu] 40 Urzeln aus Deutschland zu einer gemeinsamen Parade mit den meist rumänischen Urzeln nach Siebenbürgen fuhren.

Die Agnethler Urzelnzunft „Breasla lolelor“ wurde gegründet, sie widmet sich satzungsgemäß der Pflege des sächsischen Urzelbrauches. Erwähnenswert ist, dass diese Initiative – einen historisch gewachsenen, sächsischen Brauch wiederaufzunehmen – von rumänischer Seite ausging.

Die Urzeln (Zottelwesen) hatten ursprünglich die Aufgabe, den Winter und die bösen Geister zu vertreiben. 1689 wurde in Agnetheln zum ersten Mal der „Mummenschanz der Zünfte“ erwähnt. Die traditionelle Veranstaltung erlebte im Laufe der Zeit mehrere Höhepunkte, aber auch Änderungen und Verbote. Im 17. Jahrhundert traten die Gestalten im siebenbürgischen Agnetheln als Beschützer der Bruderschaftsladen auf, die von den Gesellen fortgetragen wurden. Nachdem die Gesellenbruderschaften 1910 verboten wurden, entschied man sich ein Jahr später, eine von Urzeln begleitete gemeinsame Parade der größten Handwerkerzünfte zu organisieren. Zwischen 1911 und dem kriegsbedingten Verbot nach 1941 wurde die Urzelparade als Festveranstaltung der siebenbürgischen Marktgemeinde Agnetheln zelebriert.

Tradition erlebte mehrere Höhepunkte

2011 wurde in mehreren siebenbürgischen Städten und Gemeinden das 100-jährige Urzel-Jubiläum gefeiert.

Das Urzellaufen ist ein Fasnachtsbrauch, der in unmittelbarem Zusammenhang mit den handwerklichen Zünften steht. Bekannte Traditionsfiguren der Urzelnzunft führen den Umzug an. Die Zottelgestalten wiederum schwirren am Urzelntag, in Parten (Gruppen) durch die Straßen. Sie gelten als Beschützer und Begleiter beim „Laden forttragen“ vom alten zum neugewählten Gesellenvater und gleichzeitig als Vertreiber der bösen Geister.

Die furchterregenden, einheitlich und damit unkenntlich kostümierten und maskierten Gesellen der Zünfte marschieren mit lautem Schellengeläut und Peitschenknallen durch die Straßen und treiben mit den Zuschauern so manchen Spaß. Neben der schwarzen Zottelkleidung tragen die Gestalten Masken aus einem Drahtgeflecht, auf das meist eine unheimliche Fratze aufgebracht ist.

Jede Zunft hat ihre althergebrachten Symbole sowie Figuren, die auch heute noch ihre Rolle während des Umzuges spielen. So etwa stellen die Schuster den Paradehauptmann, die Schneider ein kostümiertes Tänzerpaar, Schneiderrössel und Mummerl, die Fassbinder beziehungsweise Böttcher einen Reifenschwinger und die Kürschner einen Bären und dessen Treiber. Nach dem Umzug folgt das Narrentreiben der Urzeln, die gruppenweise von Haus zu Haus laufen.

Der gebürtige Agnethler Horst Fabritius hat im Auftrag der Heimatortsgemeinschaft (HOG) Agnetheln ein „Bilder- und Lesebuch“ unter dem Titel „Wer bist du?“ herausgebracht. Die umfassende Urzel-Anthologie erläutert den Brauch anhand von Texten, Fotos und Grafiken. Hier sind unter anderem auch ausführliche Informationen rund um die Urzelbekleidung nachzulesen.

Vom Urzelkostüm könnte auch der Name hergeleitet sein. Zum einen werden in der sächsischen Mundart Stoffreste „Urzen“ genannt, zum anderen könnte das zottelige Gewand an einen Bären erinnern, rumänisch „ursul“. Ein weiterer Erklärungsversuch bringt die Gestalt der Ursula ein – eine mutige Frau, die der Legende nach während der Belagerung Agnethelns die Kirchenburg verließ und in ihrer schauerlichen Verkleidung die Angreifer in die Flucht schlug.

Außerhalb Siebenbürgens wurde die Tradition von ausgewanderten Sachsen zum ersten Mal im Jahre 1965 in Sachsenheim wiederbelebt. Die Urzelnzunft ist um die Erhaltung und Pflege des aus Agnetheln eingeführten Brauches des Urzelnlaufens bemüht. 1987 ist die Urzelnzunft als Mitglied in der Vereinigung Schwäbisch-Alemannischer Narrenzünfte (VSAN) aufgenommen worden. 2004 wurde dann die Gründung des Vereins „Urzelnzunft Sachsenheim e.V.“ beschlossen. Der Brauch aus dem siebenbürgischen Agnetheln/Agnita wurde von den Vertretern der Urzelnzunft der neuen Heimat angepasst und mit allen Traditionsgestalten, Paraden und Vorführungen wie in der alten Heimat fortgeführt. Sachsenheim gilt als das „Urzelnzentrum“ für den Großraum Stuttgart-Heilbronn, Nürnberg als jenes für das Städtedreieck Nürnberg-Fürth-Erlangen sowie Geretsried und Traunreut für Südbayern.

Dieter Göllner

Ostpreußisches Landesmuseum



Weltberühmt: Silhouette des Moskauer Kremls Bild: OL

Auf der Suche nach deutschen Spuren in Geschichte und Gegenwart Moskaus – Studienreise in die russische Hauptstadt vom 6. bis 11. August 2014.

Das Kulturreferat am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg und das Reisebüro Russland Reisen Romanova laden zu einer einzigartigen Studienreise nach Moskau ein.

Wir begeben uns auf die Suche nach Spuren vom Leben und Wirken der Deutschen in Moskau. Die Deutschen, eingereist im Dienste des Zaren, ließen sich bereits seit Ende des 15. Jahrhunderts in Moskau nieder. Ihnen wurde in der Nähe vom Kreml die sogenannte Nemezkaja Sloboda („Deutsche Vorstadt“) als Siedlung zugewiesen, die sich später zu einer blühenden Kolonie entwickelte: Es entstanden protestantische und katholische Kirchen, Bildungs- und Kultureinrichtungen, karitative Institutionen und Vereine, Läden und Kaufhäuser, Kneipen und Gasthöfe, kleine Manufakturen und große Fabriken.

Was ist heute noch davon zu sehen? Die Antwort auf diese Frage werden wir auf unserer Stadtrundfahrt gemeinsam suchen. Auch bei der Besichtigung der obligatorischen Sehenswürdigkeiten wie Kreml, Roter Platz, Christus-Erlöser-Kathedrale, Bolschoi Theater werden wir auf das Wirken der Deutschen im Stadtleben eingehen.

Die weniger bekannten Kapitel der deutsch-russischen Beziehungen werden wir an Beispielen wie dem Pogrom gegen die Moskauer Deutschen im Mai 1915, dem Marsch von deutschen Kriegsgefangenen durch Moskau im Juli 1944, der Trophäenkunstsammlung im Puschkin-Museum (darunter Heinrich Schliemanns Fundstücke aus Troja) thematisieren.

Die Zeitgeschichte Moskaus weist ebenso Spuren des deutschen Einflusses auf: Heinrich Böll besuchte Moskau mehrmals und traf sich dort mit russischen Dissidenten, unter anderem mit Lew Kopelew. Diesem Thema ist eine Veranstaltung im Solschenizyn-Haus des Auslandsrussentums gewidmet.

Heute zieht Moskau vor allem deutsche Kaufleute magisch an. Was fasziniert sie an dieser Stadt? Dem werden wir im Deutsch-Russischen Haus auf den Grund gehen. Dabei unterstützen uns die Mitarbeiter der Moskauer Deutschen Zeitung, die dort seit 1870 ihren Sitz hat.

Begleiten Sie uns auf der Suche nach Spuren der Deutschen in Moskau. Erleben Sie spannende Besichtigungen, fesselnde Vorträge, anregende Diskussionen und einmalige kulturelle Veranstaltungen!

Anmeldung und weitere Informationen zur Reise: Russland Reisen Romanova, Natalia Romanova, Telefon (040) 22697074, E-Mail: info@romanova-reisen.de. Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (0431) 75995-0.

Die Winterschläfer von Potsdam

Besuch im Orangerieschloss, wo Palmen und andere exotische Gewächse den Winter verbringen, ehe sie nach draußen dürfen

Sanssouci fasziniert zu jeder Jahreszeit. Im Winter lohnt ein Bummel durch die Pflanzenhallen in der Neuen Orangerie.

Soll man es bedauern, dass die Via Triumphalis niemals fertig wurde? Sie war der Jugendtraum König Friedrich Wilhelm IV. (1795–1861), dem eifrigsten Bauherren auf Preußens Thron. Im Park von Sanssouci sollte sie entstehen, nach antikem römischem Vorbild. Schon als Kronprinz zeichnete er Pläne. Seine Italienreisen beeindruckten ihn nachhaltig. Roms Forum Romanum, die kaiserlichen Foren, die sieben Hügel der ewigen Stadt lieferten die Vorlagen. In einer Triumphstraße sollten Prachtbauten für den Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. und seinen Sohn Friedrich II. entstehen, die diese göttergleich verherrlichten.

Paradiesapfel-„Ernte“ beginnt im April

Schon 1830 begann Karl Friedrich Schinkel auftragsmäßig zu planen, nach ihm sein Schüler Ludwig Persius. Als Tor zur Straße entstand im bescheidenen Potsdam 1850/51 ein monumentaler Bogen, dem als Vorbild der Argentarierbogen in Rom diente. Die Prunkstraße sollte sich oberhalb des Berges entlang hangeln, sich per Viadukt zur Terrasse von Sanssouci erheben, durch die Kolonnaden des Schlosshofes winden und – an der monumentalen Orangerie vorbei – am Belvedere auf dem Klausberg enden.

Es wurden eifrig Baugruben ausgehoben, verwirklicht wurde jedoch wenig. Vielleicht wegen der immensen Kosten, vielleicht auch wegen der unruhigen Zeiten. Immerhin lag des Königs Regentschaft genau in der Zeit der 1848er Revolution. Die Deutschen riefen nach Einigung, einer Verfassung, Wahlrecht und besseren Lebensbedingungen. Zuviel für einen Herrscher, der die mittelalterliche Ständeordnung favorisierte. Möglich, dass er sich mithilfe seiner zeichnerischen Begabung in Traumwelten flüchtete. In eine Zeit, als die Untertanen noch nicht aufmuckten, als die von Gott gegebene Ordnung, an die er glaubte, unerschütterlich war. „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“, soll er gesagt haben und ließ weiterbauen.

Ein Monument der Höhenstraße wurde fertiggestellt. Und wer davor steht, wähnt sich allein wegen der Ausmaße im alten Rom. Die vorgelagerten Terrassen haben die Größe von Fußballfeldern. Atemlos bestaunt der Besucher ein Schloss, das den nördlichen Hügel des Parks bekrönt. Nach Vorbildern der Villen Medici und Pamphili in Rom errichtet, mit einer Gartenfront von über 300 Metern: die Neue Orangerie. Der König selbst hatte skizziert, Ludwig Persius, Friedrich August Stüler ebenfalls. Ludwig Ferdinand Hesse führte dann aus.

So entstanden 1851 bis 1864 eine vierflügelige Doppelgeschossanlage, Schaufronten mit ausladenden Orangerien, Eckpavillons, Triumphbögen, Loggien und eine durch Kolonnaden verbundene Doppelturmanlage, die als Belvedere diente. Klar, so etwas durfte ja auch bei keiner römischen Villa fehlen. Wer sich über alte Treppen zur Aussichtsplattform hangelt, wird mit einem famosen Blick in die Weiten Brandenburgs belohnt.

Die mit südlichen Pflanzen geschmückte Terrassenanlage lädt zum Verweilen. Den Winter über lagern Hunderte exotischer Kübelpflanzen aus den Parks von Sanssouci und Babelsberg in den über 100 Meter langen Pflanzenhallen. Bis zu drei Tonnen wiegen die edlen Gewächse. Vor dem Krieg fanden Orangenbäumchen, die zur Olympiade 1936 angeschafft wurden, hier ebenfalls ein Heim. 1945 wurden die Räume unter Bewachung der Roten Armee leer geräumt, die Pflanzen gen Osten transportiert. Wenn sie überlebt haben, könnte die eine oder andere vielleicht heute in Sotschi stehen und südliches Flair in den Winter Russlands tragen.

Die bodentiefen, nach Süden ausgerichteten Fenster der Pflanzenhallen garantieren optimale Beleuchtung. Die ideale Temperatur von sechs bis sieben Grad wird durch eine Gasheizung erzeugt. Sollte die Technik ausfallen, ist noch immer die alte Fußbodenheizung funktionstüchtig. Im Heizkeller liegen Holzscheite bereit. Das Ausfahren der Pflanzen im Mai ist seit über 200 Jahren ein großes Ereignis. Man steht und staunt, und dieses Gefühl des Bleiben-Wollens ereilt einen des Öfteren.

Wer das Schloss im Stil italienischer Renaissance besichtigt, wandelt auf den Spuren der Kaiserin Alexandra Fjodorowna, Schwester Friedrich Wilhelms IV. Geboren als Charlotte von Preußen, heiratete sie 1817 Nikolaus I. von Russland. Als Zaren-Witwe wohnte sie später auch mal im Orangerie-Schloss.

Wahrhaft kaiserlich erscheinen auch die mit kostbaren Seidenbespannungen ausgeschmückten Räume und vermitteln höfische Wohnkultur des 19. Jahrhunderts. Hier eröffnet sich dem Gast schließlich das Kernstück des Schlosses: der Raffael-Saal. Weil der Vater Friedrich Wilhelm III. ein begeisterter Sammler vieler Kopien von Raffael-Gemälden war, ließ sein Sohn einen zweigeschossigen Oberlichtsaal als Museumsraum errichten. In vergoldeten Rahmen kann man sich dem Studium 50 berühmter Raffael-Reproduktionen, wie zum Beispiel der „Sixtinischen Madonna“ oder der „Verklärung Christi“ widmen. Atemberaubend ist die Pracht des Saales, wenn das kunstvolle Licht auf die Meisterwerke fällt.



Neue Orangerie: In den Gebäudeflügeln halten die Pflanzen derzeit ihren „Winterschlaf“ Bild: Friedrich

Nicht ins Schloss, aber in die Pflanzenhallen lud die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) zur Jahrespressekonferenz. Man verwies damit auf das bevorstehende Gartenjahr 2014. Mit der von April bis Oktober laufenden Freilicht-Ausstellung „Paradiesapfel“ werde man die Gäste paradiesisch in 19 Stationen verführen, erklärte Generaldirektor Hartmut Dorgerloh. Der Park liefere das Inventar, wie Pflanzen, Skulpturen, Gehölze und Architekturen. Über das landschaftlich gestaltete Kunstwerk sowie die Früchte praktischer Gartenarbeit sollen die vielen Facetten der Grünanlagen erfahrbar werden.

Ein Grund für die Ausstellung sei der nach der Friederisiko-Ausstellung 2012 erfolgte Besucherrückgang im vergangenen Jahr. Aus Anlass des 60. Geburtstages der Musikfestspiele von Sanssouci können Gäste erstmals am 22. Juni in der „Nacht der Antike“ Konzerte besuchen, die Gemäldegalerie nachts besichtigen und dort auf Matten ruhen, um den Sonnenaufgang zu erwarten. Auch an den Beginn des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren wird erinnert. Die Stiftung zeigt ab Juli im Neuen Palais die Original-Feder, mit der Wilhelm II. den Befehl zur Mobilmachung unterzeichnet hat.

Weitaus freudiger ist die Wiedereröffnung der Kolonnade am Neuen Palais, die vom 11. bis 14. September mit der barocken Pferdeoper „Le Carrousel de Sanssouci“ gefeiert wird. Die Pflanzenhallen kann man im Sommer für festliche Anlässe mieten. Prinz Georg Friedrich von Preußen feierte hier vor drei Jahren seine Hochzeit. Seinen Urahnen hätte es gefreut. Schade, dass die Via Triumphalis nie ganz fertig wurde. *Silvia Friedrich*

Menschen, Tiere, Sensationen

Seit über 100 Jahren ist Sarrasani der Inbegriff für Zirkus in Deutschland. Im Winter begeistert man mit Dinnershows

Der Zirkus Sarrasani ist eine internationale Legende und zugleich ein wesentlicher Teil mitteldeutscher Kulturgeschichte mit Ausstrahlung bis hin nach Übersee. Das beweist auch das winterliche „Trocadero“-Programm.

Nicht nur in persönlichen Erinnerungen und Anekdoten, zuletzt auch in Publikationen, blieb Sarrasani in Dresden lebendig, von wo er gegründet wurde und seit 1912 einen festen Zirkusbau innehatte. Dieser gewaltige Rundbau versank im Februar 1945 mit der Stadt in den Trümmern. Seit 2004 ist Sarrasani nun wieder jeden Winter mit einer neuen Schau in Dresden präsent.

André Mey-Sarrasani sperrt eine der Ballett-Damen in einen Käfig und verhüllt ihn. Als der Blick wieder frei wird, steigt eine ganz andere Person heraus. Die befreite Gefangene dagegen feuert unerwartet aus der hintersten Reihe einen Pistolenschuss ab.

Diese Art der Zauberei hat der 41-jährige Prinzipal des Zirkus Sarrasani während seiner Lehrjahre in Las Vegas vervollkommnet. Bei der geschwinden Zauberpantomime ist die ganze Aufmerksamkeit gefordert, damit einem nicht zuletzt noch die Pointe selbst entgeht. Denn zu sehr ähneln sich die grazilen Tänzerinnen. Zum Schluss sitzt dann als Höhepunkt und Schlussakzent der Schau die Tigerin im Rollkäfig. Der Dompteur legt ihr das Halsband um und öffnet das Türchen. Vor den Tischen der ersten Reihe wird die riesige Raubkatze vorbeigeführt. Das amüsierwillige Publikum erstarrt vor der Anmut der wilden Kreatur in Reglosigkeit. Die Stille wird nur von den zügelnden Rufen des Dompteurs durchbrochen. Mey-Sarrasani trägt dabei einen Anzug, der halb schwarz halb weiß getigert ist.

Mindestens zweimal die Woche wird Tigerin Kaya trainiert. Die Übungen währen höchstens nur eine Viertelstunde. Denn die gute Laune der wilden Dame soll nicht strapaziert werden, kommt es doch vor allen auf den Abend der jeweiligen Vorstellung an. Kaya bekommt dafür zur Belohnung für die Übungen etwas Putenfleisch gereicht.

Mit derart rohen Brocken müssen sich die Gäste nicht begnügen. Das „Trocadero“ in Dresden knüpft an das gleichnamige Verzehr-Varieté an, mit dem Sarrasani in Dresden auf eine Krise des Gewerbes reagierte. Speiste man seinerzeit à la carte zu Dauervorführungen, wird jetzt ein erlesenes Vier-Gänge-Menü zwischen den blockweisen Darbietungen durch ein ganzes Heer von Kellnern serviert. In einem Kaufhallenflachbau aus DDR-Zeiten, der sich hinter dem Zelt erstreckt, befinden sich neben der Küche, in welcher der Sterne-Koch Mirko Reeh waltet, auch Büro und Lager des Zirkus.



Perfekte Symmetrie: das Duo Ballance übt sich im spiegelverkehrten Seitenverhältnis Bild: Sarrasani

Die Geschichte des Zirkus Sarrasani begann damit, dass der Jüngling Hans Stosch sein schlesisches Elternhaus verließ, um als Dressurclown sein Glück zu machen. Nach harter Arbeit gingen die Hoffnungen auf: 1902 begann der zirzensische Siegeszug mit dem eigenen Unternehmen „Sarrasani“ im sächsischen Meißen. Sarrasani gilt seitdem als Synonym für moderne Zirkuskunst schlechthin.

Mey-Sarrasani ist mit seinem Programm „Zirkussterne“ über das Jahr in deutschen Großstädten unterwegs. Da ein Gestell das Zelt von außen hält, wird innen die Sicht auf das Geschehen nicht von Masten verstellt, und es müssen keine tiefen Anker in den Boden getrieben werden. Das ermöglicht die Errichtung in bester Innenstadtlage. Durch die Adventszeit bis zu dem für die Stadt Dresden schicksalhaften Faschingsdienstag ist das weiße Chapiteau in Dresden nahe des Großen Gartens gegenüber einer gläsernen Automobilfabrik aufgerichtet.

Haute cuisine für das Publikum

Statt einem Manegenrund gibt es eine Bühne, die ohne Bande dicht von Tischen umstanden ist. Es läuft bereits die zehnte Spielzeit am Straßburger Platz. Das Programm heißt diesmal „Animagus“ und verbindet wieder eine Reihe hervorragender Artisten aus allen Weltteilen zu einem bunten Bilderbogen. Halsbrecherische Motorradartisten, geschmeidige Handstand-Akrobaten und irrsinnige Breakdance-Nummern der „Ubuntu B-Boy Crew“ aus Kapstadt wechseln sich ab.

Der Ablauf ist minutiös durchgeplant, sowohl für die Darsteller als auch für das Heer an Kellnern, die ohne Zwischenfälle zu ihrem Ziel gelenkt werden. Künstler aus acht Nationen sind zu einem Zirkusvolk verwachsen, das täglich zusammen trainiert und auch gemeinsam die Schönheiten der Elbestadt erkundet.

Professionalität kann allerdings auch steril wirken. Dafür aber, dass das Ereignis Sarrasani seine unwillkürliche Eleganz und Anmut nicht verliert, bürgt das familiäre Verhältnis des Chefs zu seinem südafrikanischen Freund Lloyd Kandelin, der sich als quecksilbriger Clown Yello wie ein gelber Faden durch das Programm schlängelt. Die beiden haben gemeinsam ein Bühnenbild entworfen, das sich bis in den Zuschauerraum erstreckt.

Lebensgefährtin Edith Slavova-Sarrasani ist die Regisseurin von „Animagus“ und hat die Kostüme gestaltet. Die inszenierte Gefährlichkeit der Zirkusnummern ist nicht nur eine berührende Metapher auf die Brüche des Lebens im Allgemeinen. Zirkus ist ein archaisches Gemeinschaftserlebnis und damit eine Absage gegen die zerstörerische Vereinzelung in der modernen Gesellschaft. Bei Sarrasani ist das nicht nur behaupteter Anspruch, sondern auch eine sinnlich erfahrbare Wirklichkeit. *Sebastian Hennig*

Aufführungen von „Animagus“ finden bis zum 16. Februar am Straßburger Platz in Dresden statt. Karten unter (0531) 6465056.



Zu viel des Optimismus

Zukunftsforscher Horx orakelt

Der Titel „Zukunft wagen“ würde einer staatlichen Broschüre für Einsteiger in die berufliche Selbstständigkeit gut anstehen. Man hat es aber mit dem neuen Buch des Trendforschers Matthias Horx zu tun, des „einflussreichsten im deutschsprachigen Raum“, wie der Umschlagtext verrät. Horx, der diverse Wirtschaftsunternehmen berät, hat in Fernseh-Talkshows schon mehrfach den Verteidiger bestehender Verhältnisse in Politik und Gesellschaft abgegeben. Nun möchte er die hierzulande ziemlich stark ausgeprägten Ängste vor zukünftigen Entwicklungen eindämmen.

Die Annahme, dass Veränderungen, selbst in prekärer Lage, meist zu einer Verschlechterung führen, hält er für falsch und sogar für gefährlich. Was die verschiedenen Gefahrenlagen betrifft, so gibt er weitherum Entwarnung, wird dabei aber nicht konkret – außer wenn sich neue Forschungsergebnisse mit seinem pragmatischen Optimismus in Einklang bringen lassen. Horx geht eine Sache kurz und schnittig von oben an, lieber theoretisiert er ausgiebig über Mentalitäten und Mythen, die uns im Griff hätten. So rührt er nach und nach zusammen, was seiner Meinung nach zusammengehört. Es entsteht ein bunter Eintopf von Geschichten in dem zugeschnittenen Rahmen, wozu sich die Kapitelüberschrift „Wie sich die Welt immer wieder neu erfindet“ als Motto eignen würde.

„Über den klugen Umgang mit dem Unvorhersehbaren“ lautet der Untertitel des Buches. Zunächst einmal sollen wir begreifen, wie unsere Neigung zu negativen Erwartungen entsteht. Sorgen beruhen demnach vor allem auf Erfahrungen, Irrtümern und magischem Denken; vor diesem Hintergrund bewerten alle Menschen Störungen. Horx selbst hält aufgrund eigener Lebenserfahrung einen „vernunftbasierten Optimismus“ für angemessen, der sich bei ihm selbst auch aus der Tatsache speist, dass sich bisher keine der Weltuntergangs-, Krisen- oder Rohstoff-Knappheitsprognosen bewahrheitet habe. Tatsächlich beobachte man in allen Bereichen Auf- und Abwärtstrends, also einen unablässigen Wandel; selbst der Regenwald sei ein Produkt von Instabilität. Hier stellt sich doch die Frage: Sollen wir von nun an unsere Hoffnung darauf setzen, dass nach dessen Verschwinden durch Abholzung neue Formen der Instabilität entstehen, die ebenfalls globalen Nutzen einbringen? Auf solche kniffligen Details geht der Autor aber nicht ein, verweist stattdessen auf eine „Feedback-Schleife zwischen Technologien, Innovationen und Marktdurchbrüchen“, die alles offen lasse.

Toxisch für uns Menschen wirkten vielmehr Stresshormone: „Kortisolderivate vergiften unseren Körper“, wenn Angst nicht abgebaut wird zum Beispiel durch Flüchten oder Kämpfen. Wenn Horx zu kluger Gelassenheit rät, wirkt er manchmal überheblich. Skeptiker oder, je nach Sichtweise, Realisten, sind für ihn mal „apokalyptische Spießer“, mal „Stammtisch-Hysteriker“.

Autor vereinfacht zu viel

Aussagen wie „Neoliberalismus verursacht Armut“ wischt er weg. Horx’ Bewertung der Euro-Krise lautet: „holperige Adaption“. Europas Komplexität sei ein Beispiel dafür, wie „Selbstorganisation“ entstehe, durch Krisen vorangetrieben werde und nach und nach immer mehr Widerstandsfähigkeit ausbilde. Beinahe unberücksichtigt bleibt die komplexe Umweltproblematik. Mit Verwunderung nimmt man Horx’ Auffassung zur Kenntnis, dass eine „Entkriegung“ der Welt im Gange sei. Der Autor dieses erstaunlich schlicht gestrickten Buches spielt mit Vereinfachungen bis hin zur Banalisierung. Hier wurde die Chance vertan, Ansätze zur Lösung von drängenden globalen Problemen seriös zu präsentieren.

Dagmar Jestrzemski

***Matthias Horx: „Zukunft wagen. Über den klugen Umgang mit dem Unvorhersehbaren“**, DVA, München 2013, geb., 312 Seiten, 22,99 Euro*



Es war einmal ...

Britischer Historiker über »Verschwundene Reiche«

Dass die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, eine tapfere Frau sei, liest man nicht aller Tage. Das gleiche gilt für Reflexionen über den Endkampf 1945 in Ostpreußen beziehungsweise Königsberg, in denen Sätze vorkommen wie: „Was ... geschah mit den deutschen Zivilisten, die bei Kriegsende noch am Leben waren? Von 2,2 Millionen Ostpreußen wurden während der Kämpfe schätzungsweise 300 000 getötet; 193 000 waren vor dem letzten Angriff noch in der Stadt eingeschlossen, aber nur 50 000 wurden 1946 nach Deutschland zurückgeschickt, nachdem sie als Zwangsarbeiter eingesetzt worden waren. Die Zahlen passen nicht zusammen, es fehlen offenbar mindestens 100 000 Menschen.“

Verfasser dieser und anderer „politischer Unkorrektheiten“ ist natürlich kein Mitglied der angepassten Gilde deutscher Historiker, sondern ein britischer beziehungsweise walisischer Geschichtsprofessor namens Norman Davies. Dieser hat es sich zur Aufgabe gemacht, all jene Reiche und Staaten vorzustellen, welche Europa seit dem Ende des Römischen Reiches mitgeprägt haben, aber mittlerweile komplett untergegangen und deshalb mehr oder weniger vergessen sind. Und eines dieser politischen Gebilde mit abgelaufenem Verfallsdatum war eben das Reich der Prußen, dessen Kerngebiet zwischen dem 9. und 13. Jahrhundert im Gebiet des späteren Ostpreußen lag. Dass Davies dabei auch auf den Einmarsch der Roten Armee zum Ende des Zweiten Weltkrieges, also 700 Jahre später, zu sprechen kommt, hängt mit der Eigenart seiner Darstellung zusammen, die Geschichte der verschwundenen Reiche nicht mit dem Zusammenbruch derselben enden zu lassen, sondern auch zu schildern, wie es hernach in der Region weiterging.

Weitere nicht mehr existente Reiche, die ausführlich vorgestellt werden, sind unter anderem das Tolosanische Reich der Westgoten (418–507), das nach dem Zusammenbruch des Imperium Romanum in Frankreich und Spanien entstand, Alt Clud in Schottland (5.–12. Jahrhundert), in dem die Vorfahren von William Wallace lebten, der Filmfreunden als „Braveheart“ bekannt ist, das historische Litauen, welches im 16. Jahrhundert eine erstrangige europäische Großmacht war, das Byzantinische Reich, eines der wenigen Reiche der Weltgeschichte mit 1000-jährigem Bestand (von 330–1353), sowie Burgund, das größte politische Chamäleon auf unserem Kontinent: immerhin existierten zwischen 410 und 1795 14 verschiedene Staatsgebilde unter diesem Namen.

Republik Ruthenien existierte nur einen Tag

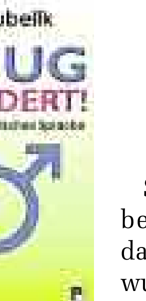
Der letztgenannte Umstand hat Historiker immer wieder ins Schleudern gebracht, wenn es darum ging, Laien die Geschichte dieses „umherwandernden“ Reiches nahezubringen. Nicht so aber Davies. Der verfügt über ein einzigartiges Talent, auch hochkomplizierte Sachverhalte einfach und für jedermann verständlich darzulegen. Neben dieser didaktischen Virtuosität, welche die Berufungen des Walisers an diverse Eliteuniversitäten der USA erklärt, fällt auch die stupende Gelehrsamkeit in Detailfragen auf, durch die „Verschwundene Reiche“ zu einer wirklich einzigartigen Fundgrube lesenswerter historischer Anekdoten und Fußnoten wird.

Ganz genauso zu Hause wie im Mittelalter ist Davies indes auch in der Neuzeit. Davon zeugen unter anderem seine Ausführungen über das Königreich von Galizien und Lodomerien (1773–1918), welches zwischen Ungarn und Polen lag, das Königreich Etrurien (1801–1814), Napoleon Bonapartes erstes monarchistisches Experiment in der Toskana, sowie die Republik Ruthenien in der Karpatenukraine, die nur einen einzigen Tag existierte, nämlich am 15. März 1939, und anlässlich von Hitlers Einmarsch in die „Resttschechei“ ausgerufen, aber sofort wieder vom expansionslüsternen Nachbarn Ungarn liquidiert wurde.

Die Inspiration zu seinem Werk bezog Davies dabei nach eigenen Worten aus dem Untergang der Sowjetunion, die die Liste der verschwundenen Reiche dann auch folgerichtig abschließt.

Wolfgang Kaufmann

***Norman Davies: „Verschwundene Reiche. Die Geschichte des vergessenen Europa“**, Theiss, Darmstadt 2013, geb., 926 Seiten, 39,95 Euro*



Losgelöst von Argumenten

Germanist rechnet mit dem Genderwahn in der deutschen Sprache ab

Sprache bestimmt das Bewusstsein. Dies weiß der studierte Germanist Tomas Kubelik nur allzu gut. Der 1976 geborene Slowake lehrt nun bereits seit bald zehn Jahren als Gymnasiallehrer neben Mathematik das Fach Deutsch. Hört er Sätze wie „liebe Schülerinnen und Schüler“, ärgert ihn dies bereits. Schließlich bezeichne das „Wort Schüler nur im allgemeinen Sinne eine Person, die einen Unterricht besucht; ein eindeutiger Rückschluss auf das biologische Geschlecht ist nicht möglich“. Für ihn kommt das Gendern der deutschen Sprache einer Verhunzung derselben gleich. Außerdem sieht er in der Anpassung derartiger Sprachcodizes den Versuch der politischen Korrektheit, Macht auszuüben und zwar bewusst losgelöst von Argumenten.

In „Genug gegendert. Eine Kritik der feministischen Sprache“ rechnet der Autor mit der inzwischen weit verbreiteten, als Minderheitenschutz dargestellten Strategie ab. Auffällig sei, dass Frauen, Moslems, Zuwanderer und Homosexuelle zu schutzbedürftigen Minderheiten gemacht, andere Gruppen wie Unternehmer, Jäger, Aristokraten, Raucher oder Geistliche hingegen von den Verfechtern der gegenderten Sprache attackiert würden.

Kubelik stört an der Bereinigung der deutschen Sprache, dass diese verhindere, auf die Gesinnung des Sprechers zu schließen. Damit verlöre Sprache ihren Wert. Auch sei es bezeichnend, dass normalerweise nur Diktaturen und Unrechtsregime auf die Manipulation der Sprache bestünden. Als Beispiel nennt er die DDR, die konfisziertes Vermögen „Volkseigentum“ nannte, Spione galten als „Kundschafter des Friedens“. Und der Umstand, dass Menschen, die gewaltsam gegen eine Staatsmacht kämpfen, je nach eigener Position als „Befreiungskämpfer“ oder „Terroristen“ bezeichnet werden können, verdeutliche die manipulative Macht, die Sprache böte.

Dass immer mehr Menschen sich genötigt sähen, sich der gegenderten Sprache zu unterwerfen, ist für den Autor ein Zeichen von Unfreiheit. Und dann führt er zahlreiche Beispiele für eine gegenderte Sprache an. So wird aus dem verständlichen Satz „Der Arzt schuldet seinen Patienten völlige Loyalität“ das schwer verständliche Satzungetüm „Der Arzt oder die Ärztin schuldet seinen oder ihren Patienten und Patientinnen völlige Loyalität“.

Für den Autor ist Gendern nur eine Ideologie. Als Beleg hierfür sieht er auch die Tatsache an, dass er noch nie eine Frau getroffen habe, die aufgrund „fehlender Frauen-Konstruktionen Probleme mit ihrer selbstbewussten Eigendefinition“ gehabt hätte. Zudem führe Gendern erst zur wahren Ausgrenzung. Man stelle sich vor, jemand würde eine Rede mit den Worten „Sehr geehrte Einheimische und Ausländer“ beginnen?

Dass der Deutschlehrer seine Thesen mit zahlreichen Fallbeispielen aus der Grammatik unterfüttert, mag Nicht-Germanisten manchmal ein wenig zäh vorkommen, gleichzeitig wird so aber auch erst der Unsinn des Genderns deutlich. *Rebecca Bellano*

***Tomas Kubelik: „Genug gegendert. Eine Kritik der feministischen Sprache“**, Projekte Verlag, Halle 2013, geb., 174 Seiten, 15,50 Euro*

Den Menschen, nicht den Kaiser im Blick

Spannende Biografie über Karl den Großen, die versucht, die Person des Herrschers näherzubringen

Wer erinnert sich nicht an öde Geschichtsstunden? Geschichte wird dann interessant, wenn man keine erhöhten Figuren auf Marmorpodesten präsentiert bekommt, sondern Menschen. Wenn man erfährt, wie sie lebten und was sie zu ihren Entscheidungen drängte. So ein Vorhaben ist natürlich schwierig, wenn die Gestalt, um die es geht, schon 1200 Jahre tot ist und wenn man nur wenige Quellen hat, die detailliert berichten.

Der Historikerin Karin Schneider-Ferber ist dieses Unterfangen gelungen. Schon im Prolog der Biografie „Karl der Große. Der mächtigste Herrscher des Mittelalters“ nimmt die Autorin den Leser mit in die winterliche Eifel. Lässt ihn teilhaben an der letzten Jagd des großen Karls. Fast ist es, als ob der gealterte, kränkliche Kaiser mit seinem Gefolge an einem vorbeireitet.

Von Beginn an steht in der Publikation der Mensch Karl im Vordergrund, ohne dass die wissenswerten Fakten vernachlässigt werden. Kaiser Karl liebt Fleisch. In seinem letzten Lebensmonat beginnt er jedoch sogar das Fasten. Es geht ihm schlecht, er hat Fieber und muss das Bett hüten. Der große Feldherr, Vater Europas, wie man ihn gerne betitelt, wird sich nie wieder daraus erheben. Am 28. Januar 814 stirbt er. Der König der Franken und Langobarden, in Rom gekrönter Kaiser, ist tot.

Quellenlage ist durchwachsen

Warum er in gewisser Weise unsterblich ist, zeigt die Autorin in jedem weiteren der sechs Kapitel. Spannend wie in einem Roman folgt man den Ausführungen der Historikerin im gleich folgenden Abschnitt „Das Erbe der Väter“. Welche Rätsel ranken sich um seine Kindheit? Aus welcher Familie stammte er und in welche Herrschaftsstrukturen wurde Karl hineingeboren? Illustrationen veranschaulichen die Textabschnitte und vertiefen das Verständnis für eine Zeit, die scheinbar so unendlich weit entfernt liegt. 50 Seiten widmet die Autorin dem Passus „Karl als Kriegsherr“, so sei er doch in der Kriegskunst ein Meister seines Faches gewesen, so Schneider-Ferber. Hier liest man vom grausamen Krieg gegen die Sachsen, von den gefürchteten Reiterkriegern aus dem Osten, den Awaren, und erfährt etwas über die Beziehungen Karls zum rauflustigen Stamm der Germanen, die als „Langbärte“ in die Geschichte eingingen: die Langobarden. Der Lohn der Mühen sei die Kaiserkrone gewesen, sagt die Autorin und bezeichnet so den Teil des Buches, der sich mit einem Ereignis befasst, das im Mittelalter – und nicht nur dort, wahrlich weltbewegend war.

300 Jahre nach dem Fall des Römischen Reiches gab es wieder einen Kaiser in der Nachfolge der römischen Imperatoren. Am Weihnachtstag des Jahres 800 krönte Papst Leo III. in der Petersbasilika zu Rom den Frankenkönig Karl zum Kaiser des Römischen Reiches. Nichts habe den Fortgang der Geschichte bis in die Neuzeit so nachhaltig beeinflusst wie diese erste Kaiserkrönung, behauptet die Verfasserin. Ein Blick auf den Ablauf der historischen Ereignisse des folgenden Jahrtausends genüge dafür.

Begeistert von Macht, Frauen und Fleisch

Ein weiterer Abschnitt widmet sich dem Patriarchen, dem Familienvater und Landesherren Karl. Mutig beginnt das Kapitel mit der Betitelung: der Frauenschwarm. Man will es glauben. Wie sie dem großen Förderer von Kultur, Bildung und Wissenschaft diese privaten Seiten abringt, liest sich sehr amüsant.

Der letzte Abschnitt befasst sich mit Karls Todesringen. Ein langer Abschied, das Ende einer Ära und die Frage um die Erbfolge führen den Leser zum Ausklang des spannenden Lebens einer großen Persönlichkeit. Dichter verklärten die Gestalt Karls des Großen zur Heiligenfigur. Ob dem zu folgen ist, kann der Leser nach der Lektüre für sich selber entscheiden.

Silvia Friedrich

***Karin Schneider-Ferber: „Karl der Große. Der mächtigste Herrscher des Mittelalters“**, Theiss, Darmstadt 2013, geb., 192 Seiten, 29,95 Euro*



Günter Emanuel Baltuttis
Auf verlorenem Posten
Ostpreußen 1944/1945
Ein bewegender Erlebnisbericht über die letzten Tagen in Ostpreußen: Ein junger Soldat, gerade einmal 18 Jahre alt, erlebt die letzten drei Monate an der Front in Ostpreußen. Schon die erste Nacht führt zu einer maßlosen Ernüchterung und lässt ihn das ganze Grauen des Krieges spüren. Die Erfahrungen sind niederschmetternd - Kälte, Nässe, Schlafmangel, mangelhafte Ausrüstung und Ausbildung lassen die Zweifel an der politischen und militärischen Führung schnell wachsen. Der Autor Günter Emanuel Baltuttis wurde 1926 geboren und erlebte als Freiwilliger die letzten Kriegsmonate in Ostpreußen. Aufgabe der Soldaten war es, dort die Frontlinie zu verteidigen und das Vordringen der sowjetischen Armee zu verhindern. Ein aussichtsloses Unterfangen – das wurde dem jungen Soldaten schnell deutlich. Als Verwundeter erlebt der Autor das unbeschreibliche Flüchtlingselend beim Treck über die Kurische Nehrung. 222 Seiten.
Nr. P 533117 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €



Schlüsselanhänger Elchschaufel
45 mm in der Diagonale
Nr. P A0257 (1 Expl.) 4,95 €
Nr. P A0258 (3 Expl.) 13,95 €



Dr. F.-W. Lochmann/R. Fr. von Rosen/Alfred Rubbel
Erinnerungen an die Tigerabteilung 503
Die schwere Panzerabteilung 503 an den Brennpunkten der Front in Ost und West
Dies ist die Geschichte der Tigerabteilung 503. Am 4. Mai 1942 als erste von zehn selbstständigen Tigerabteilungen aufgestellt, hatte sie am 30. Dezember 1942 ostwärts und westlich des unteren Don und am Manytsch ihre Feuertaufe zu bestehen. Im Februar 1943 auf volle Stärke aufgerüstet – 3 Kompanien mit insgesamt 45 Tiger-Panzern – nahm sie an der Abwehrschlacht im Donezgebiet teil. Verlegt in den Raum von Charkow, kämpfte die Abteilung an forderster Front beim Unternehmen „Zitadelle", an der Invasionsfront in Frankreich, in Ungarn, in den Karpathen und nördlich von Wien. Bild- und Textband im Großformat. 948 Abb. 692 Seiten
Nr. P 575779 Gebunden mit Schutzumschlag 49,95 €



Karl Knoblauch
Zwischen Metz und Moskau
Als Soldat der 95. Infanteriedivision in Frankreich u. als Fernaufklärer mit der 4.(F)/14 in Russland
317 S/W-Abb. 419 Seiten
Nr. P 575719 Geb. 14,95 €

Als Karl Knoblauch, 17 Jahre alt, am 18. November 1938 seinen Militärdienst als Freiwilliger bei der Heeres-Unteroffizierschule Frankenstein in Schlesien antritt, ahnt er noch nicht, welch ungewöhnliche Soldatenlaufbahn ihn erwartet. Als Unteroffizier in der Radfahrschwadron 195 nimmt er am Frankreichfeldzug teil. Danach meldet er sich zum fliegenden Personal der Luftwaffe und wird zum Beobachter ausgebildet. Mit seiner Fernaufklärerstaffel im Mittelabschnitt der Ostfront erlebt er als Aufklärungsflieger, Zerstörer und Bomber die schweren und verlustreichen Einsätze bei den Schlachten um Smolensk, vor Moskau und Rshew.





Karl Knoblauch
Dem Ende entgegen
Mit dem Fallschirm-Panzerfüsilierbataillon 2 „Hermann Göring" in Ostpreußen 1944/1945
121 S/W-Abb. 221 Seiten
Nr. P 575720 Geb. 14,95 €

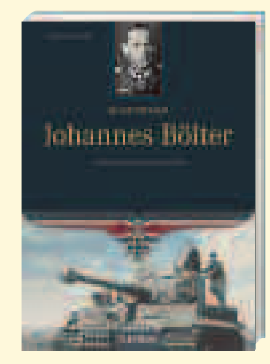
Leutnant Karl Knoblauch, nach Stationen bei der Radfahrschwadron 195 der 95. Infanteriedivision und als Beobachter in der 4.(F)/14 Fernaufklärerstaffel der Luftwaffe bei einem Einsatz schwer verwundet, meldet sich nach seiner Genesung im Lazarett zum Fallschirm-Panzerkorps „Hermann Göring". Als Zugführer eingesetzt erlebt der Autor die schweren Abwehrschlachten um Ostpreußen 1944/45. Die Schilderungen dieser grauenvollen Abwehrkämpfe gegen einen übermächtigen Gegner, das schreckliche Schicksal der Zivilbevölkerung während der Kämpfe und auf der Flucht zeigen das ganze Grauen des Krieges.



Helmut Suter/Burghard Ciesla
Jagd und Macht
Die Geschichte des Jagdreviers Schorfheide
Seit jeher dient die Jagd dem Zeitvertreib und der Selbstdarstellung der Mächtigen. In Deutschland war ihr Revier die Schorfheide. Hier jagte Kaiser Wilhelm II. bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs, hier schossen die Großen der Weimarer Republik, hierher lud der NS-»Reichsjägermeister« Hermann Göring Gäste aus aller Welt zur »Jagddiplomatie« in den Waldhof Carinhall. Und auch Erich Honecker jagte hier unter anderem mit Leonid Breschnew und Franz Josef Strauß. Dieser Band erzählt die faszinierende Geschichte der hohen Jagd in der Schorfheide von den Anfängen bis in die jüngste Vergangenheit. Grundlage des Buches ist die Ausstellung »Jagd und Macht« im Jagdschloss Groß Schönebeck. An diesem authentischen Ort werden machtpolitische Entwicklungen, Zusammenhänge und Folgen aufgezeigt. Erzählt werden die Geschichte der Landschaft und die historische Entwicklung des Jagd- und Forstwesen im Zusammenhang mit dem jeweiligen Nutzungsregime.
Bild- und Textband. 208 Seiten
Nr. P A0496 Gebunden 24,95 €

Gerd H. Meyden
Schnee von Gestern
Kindheit in Königsberg
20 S/W-Abbildungen.
192 Seiten
Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 533162 16,95 €

Lebendig, herzlich und mit viel Augenzwinkern schildert der Autor seine behütete Kindheit in Ostpreußen, die Flucht aus der Sowjetzone und den schwierigen Neuanfang der Familie in Bayern. Eine wohlbehütete, sonnige Kindheit in einem wohlsituierten Elternhaus geht zu Ende. Der näher kommende Krieg erscheint dem Kind zunächst als ein tolles Abenteuer. Erst als Königsberg im August 1944 in zwei Bombennächten in Flammen, Schutt und Asche versinkt, zeigt sich ihm erstmalig der Ernst des Lebens. Der Zusammenbruch und der Kampf der Familie um eine neue Existenz wird aus der Sicht eines Heranwachsenden geschildert.



Hans-Joachim Röll
Hauptmann Johannes Bölter
Als Panzer-Ass in Ost und West
96 S/W-Abbildungen.
160 Seiten
Gebunden mit farb. Überzug
Nr. P 540045 9,95 €

Dies ist die Geschichte von Hauptmann Johannes Bölter, mit 139 Abschüssen von Panzern und gepanzerten Fahrzeugen einer der erfolgreichsten Panzerkommandanten des 2. Weltkrieges. Geboren am 19. Februar 1915 in Mülheim an der Ruhr, verpflichtete er sich im Alter von 18 Jahren als Freiwilliger bei der Reichswehr. Als Zugführer in der 8. Kompanie des Panzerregiments 1 der 1. Panzerdivision nahm er am Polen- und Westfeldzug teil. Der Feldzug gegen die Sowjetunion im Juni 1941 führte ihn bis vor die Tore Leningrads. Mit der schweren Panzerabteilung 502 nahm er an den Ladogaseeschlachten teil und kämpfte beim Endkampf um das Reich im Harz.



Hans-Joachim Röll
Major Joachim Müncheberg
Vom König der Malta-Jäger zum legendären Jägerass von Tunis
115 S/W-Abb. 160 Seiten
Gebunden mit farb. Überzug
Nr. P 540014 9,95 €

Dies ist die Geschichte von Major Joachim Müncheberg. Am 31. Dezember 1918 in Pommern geboren, zeigte der ausgezeichnete Sportler schon früh eine Begeisterung fürs Fliegen. Daher ließ er sich ab 1936 bei der Luftwaffe zum Jagdflieger ausbilden. Als Jagdflieger eingesetzt an allen Fronten, zeichnete er sich bei der Luftschlacht um England, beim Einsatz über Malta, beim Jagdgeschwader „Mölders" an der Ostfront und als Kommodore des Jagdgeschwader 77 in Nordafrika aus. Am 23. März 1943 startete der Schwerterträger Joachim Müncheberg zum letzten Mal – er fiel nördlich von Maknassy. Auf 500 Feindflügen hatte er 135 Luftsiege errungen.



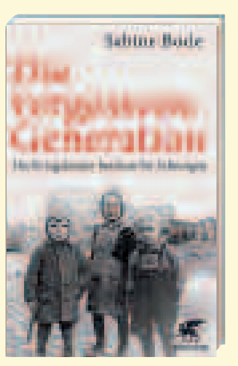
Franz Kurowski
Oberleutnant Erich Lepkowski
Als Fallschirmspringer an allen Fronten
90 S/W-Abb. 160 Seiten
Gebunden mit farb. Überzug
Nr. P 575784 9,95 €

Dies ist die Geschichte von Oberleutnant Erich Lepkowski. Am 17. September 1919 in Giesen/Ostpreußen geboren, trat er am 1. Januar 1938 in das Infanterieregiment 1 in Königsberg ein. Ab August 1940 zum Fallschirmspringer ausgebildet, führten ihn seine ersten Sprungeinsätze an den Kanal von Korinth und nach Kreta. Nach Einsätzen in Russland, kurzem Zwischenspiel in Italien und dann nach erneutem Russlandeinsatz nach Frankreich verlegt, kämpfte er unter General Ramcke in der Festung Brest, wo es ihn und seiner 5. Kompanie gelang, weit hinter den feindlichen Linien 113 Fallschirmjäger aus der Hand des Gegners zu befreien.



Ingeborg Jacobs
Freiwild
Das Schicksal deutscher Frauen 1945
240 Seiten
Taschenbuch
Nr. P A0154 8,95 €

Das Schicksal deutscher Frauen wurde zu einem der großen Tabus der deutschen Nachkriegsgesellschaft – in Ost und West. Erst der 2003 erschienene Bestseller „Eine Frau in Berlin", der ergreifende Erlebnisbericht einer Berliner Journalistin aus dem Jahre 1945, brachte es an die Öffentlichkeit. Anlässlich der Verfilmung dieses Buches bereitete die TV-Journalistin Ingeborg Jacobs für das ZDF eine Dokumentation zum Thema vor. Das begleitende Buch stellt die Ergebnisse ihrer umfangreichen Recherchen vor. Es stützt sich maßgeblich auf die zahlreichen Interviews, die die Autorin mit betroffenen Frauen geführt hat.



Sabine Bode
Die vergessene Generation
Die Kriegskinder brechen ihr Schweigen
303 Seiten
Taschenbuch
Nr. P A0578 9,95 €

Noch nie hat es in Deutschland eine Generation gegeben, der es so gut ging, wie den heute 60- bis 75-jährigen. Doch man weiß wenig über sie, man redet nicht über sie – eine unauffällige Generation. Jetzt beginnen sie zu reden, nach langen Jahren des Schweigens. Die Kriegskindergeneration ist im Ruhestand, die eigenen Kinder sind längst aus dem Haus. Bei vielen kommen jetzt die Erinnerungen allmählich hervor und mit ihnen auch Ängste, manchmal sogar die unverarbeiteten Kriegserlebnisse. Sie wollen nun über sich selbst nachdenken und sprechen. Mit den Holocaust-Opfern habe man sich eingehend beschäftigt, mit der Kriegskindergeneration nie.



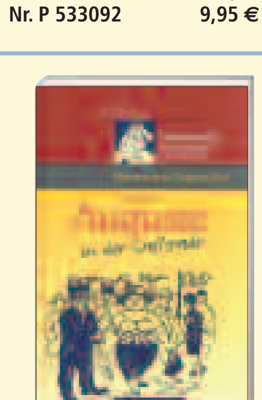
Rosa Labenski
Ich will doch nur zu meinen Kindern
Gefangen in Ostpreußen 1945 bis 1948
Januar 1945: Auf der Flucht vor der heranrückenden russischen Front zieht Rosa Labenski mit ihren vier jüngsten Kindern durch Ostpreußen. So beginnt der Leidensweg der 54-Jährigen. Ort für Ort werden die Zivilisten weitergetrieben. Die Angst vor Übergriffen durch russische Soldaten ist immer mit dabei. Ein kurzes Aufatmen und Hoffnung gibt es noch, als die Familie nach einigen Irrwegen wieder im eigenen Haus ankommt. Dann wird Rosa Labenski gefangen genommen und von ihren vier Kindern getrennt. Die Zeit ihrer Internierung wird von der Sehnsucht nach ihren Kindern beherrscht. Dieses Sehnen gibt ihr die Kraft, Schikanen, Hunger und die Strapazen von Gefangenschaft und Arbeitslagern zu ertragen. Ein Wiedersehen mit ihren Kindern aber gibt es erst nach drei Jahren im hessischen Marburg. Die Schilderungen lassen die Ereignisse der letzten Kriegsmonate in Ostpreußen und die Zeit der russischen Besatzung lebendig werden. 224 Seiten.
Nr. P 533130 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €

Klaus Klootboom
Der Carol (Band 1)
Ein halbes Schock schockierender Schwänke
128 Seiten
Gebunden mit farb. Überzug
Nr. P 533092 9,95 €

Zwei halbe Schock – jeweils fast dreißig schockierender Schwänke je Band – aus dem Leben des ostpreußischen Grafen Carol Sassenburg wurden gesammelt aus dem Munde der Kinderfrauen, Großmütter, Bauern, Kutscher, Förster, Garnführer, Kellner und Wirtinnen. Die heiteren Erzählungen von der amüsanten Figur des Carol sind lebendige Volksüberlieferung aus dem deutschen Osten, die heute noch die Herzen erfreut. Die vergnüglichen Begebenheiten aus der Kindheit bis zum hohen Alter des Grafen versetzen zurück in die gute alte Zeit des ostpreußischen Humors. Damit die liebenswerten Geschichten nicht verloren gehen, ist dieses Buch erschienen.

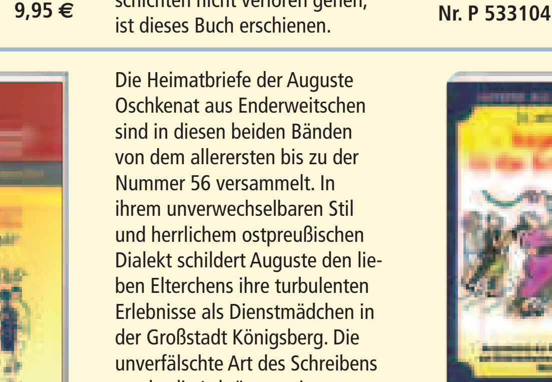
Klaus Klootboom
Der neue Carol (Band 2)
Ein Halbschock neuer schockierender Schwänke
100 Seiten
Gebunden mit farb. Überzug
Nr. P 533104 9,95 €

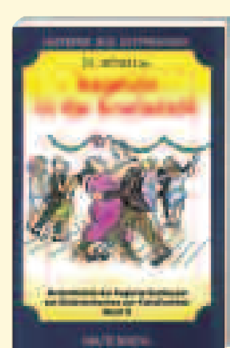
Dr. Alfred Lau
Plachandern und Quiddern auf Deiwel komm raus
Heiteres aus Ostpreußen
224 Seiten
Gebunden mit farb. Überzug
Nr. P 533077 9,95 €



Dr. Alfred Lau
Auguste in der Großstadt
Heimatbriefe der Auguste Oschkenat – Band 1
120 Seiten
Gebunden mit farb. Überzug
Nr. P 1301 9,95 €

Die Heimatbriefe der Auguste Oschkenat aus Enderweitschen sind in diesen beiden Bänden von dem allerersten bis zu der Nummer 56 versammelt. In ihrem unverwechselbaren Stil und herrlichem ostpreußischen Dialekt schildert Auguste den lieben Elterchens ihre turbulenten Erlebnisse als Dienstmädchen in der Großstadt Königsberg. Die unverfälschte Art des Schreibens macht die Lektüre zu einem unvergesslichen Vergnügen. Der bereits von dem Bändchen „Plachandern und Quiddern auf Deiwel komm raus" bekannte Dr. Alfred Lau hat mit den Heimatbriefen der Auguste zwei Büchlein zusammengestellt, die an die alte Heimat erinnern.





Dr. Alfred Lau
Auguste in der Großstadt
Heimatbriefe der Auguste Oschkenat – Band 2
160 Seiten
Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 1300 9,95 €

Hans B. Meyer
Spaßige Geschichten aus Danzig
Bowkes und Pomuchelsköpp
144 Seiten
Gebunden mit farb. Überzug
Nr. P 2010 9,95 €



Königsberger Marzipan Teekonfekt
225 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5664 Marzipan 11,00 €



Königsberger Marzipan „Königsberger Schloß"
225 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5666 Marzipan 11,00 €

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

MELDUNGEN

Zeuge fühlt sich bedroht

Verden – Der Prozess zum Mord an Daniel S. gerät immer mehr zur Groteske. Der 20-Jährige war in der Nacht des 10. März 2013 in Kirchweyhe nahe Bremen totgetreten worden. Der Hauptverdächtige Cihan A. (20) verweigert die Aussage, ebenso bei der Tat anwesende Freunde des mutmaßlichen Täters. Ein Zeuge sagte unter Tränen, er fühle sich von Freunden des Cihan A. bedroht. *H.H.*

Zu wenig Holocaust

Paris – Zwar würde der Holocaust nirgendwo geleugnet, doch aus Sicht der Forscher unzureichend behandelt. Dies ergab eine Studie über die Bedeutung der Judenvernichtung in der schulischen Bildung in 125 Ländern durch das Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung und die Unesco. In vielen Ländern würde die Judenvernichtung nur kurz erwähnt und dann auch mit Hitler in Verbindung gebracht, die Verantwortung der deutschen Bevölkerung würde zu selten thematisiert. *Bel*

ZUR PERSON

Moralkönigin in Erklärungsnot

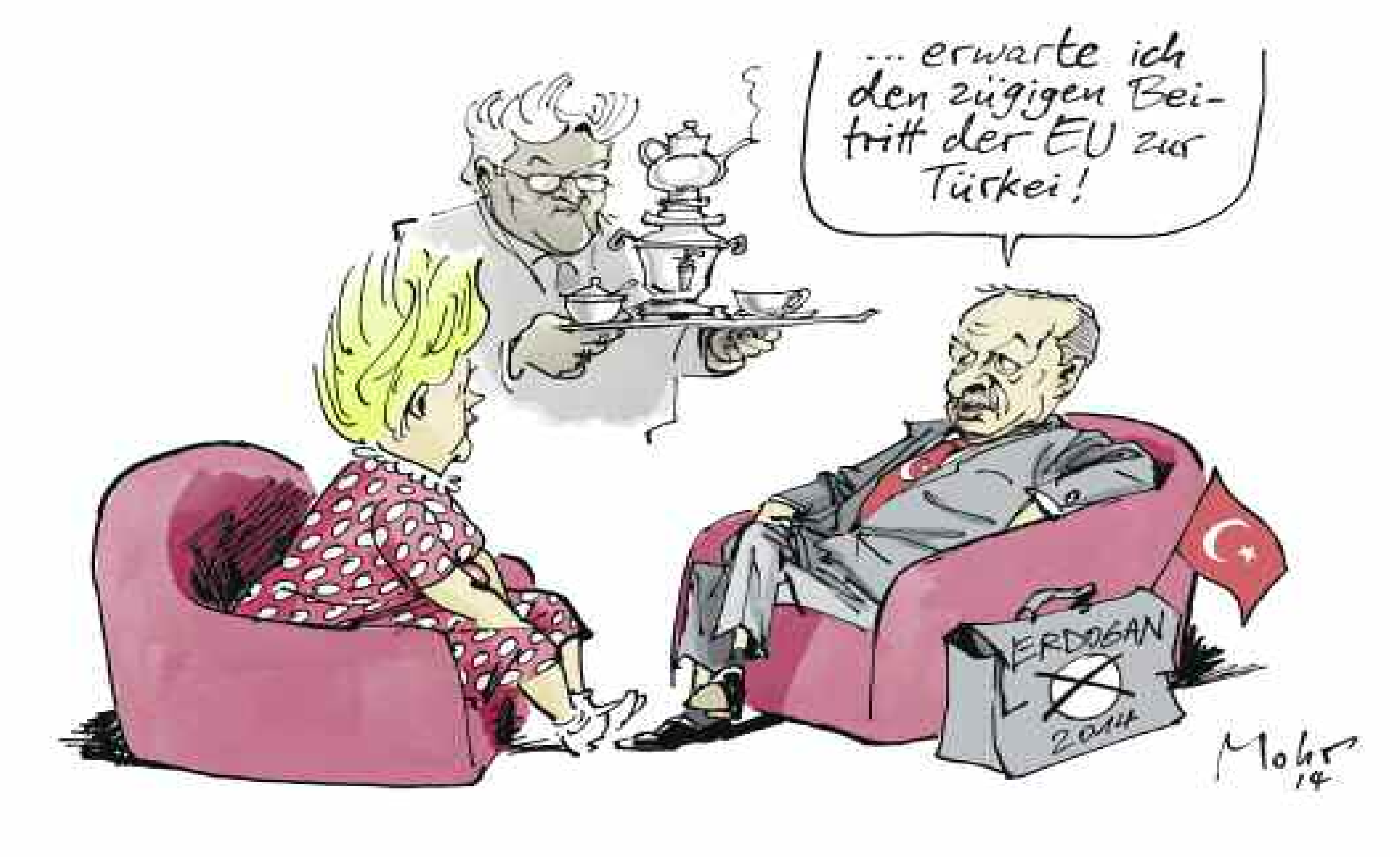
Kaum brach über **Alice Schwarzer** das mediale Donnerwetter wegen Steuerhinterziehung hinweg, da schlägt sie zurück: Mit einer neuen Stiftung „für Chancengleichheit und Menschenrechte von Mädchen und Frauen" will sie ihren gebeutelten Ruf als moralische Instanz retten. Jedenfalls kündigte sie an, eine Million Euro als Gründungskapital für die Stiftung beizusteuern.

Obwohl diese Jeanne d'Arc des Feminismus nach ihrer Selbstanzeige wegen des seit den 80er Jahren beim deutschen Fiskus nicht versteuerten Schweizer Kontos inzwischen 200 000 Euro „plus Säumnisgebühren", wie sie betont, nachgezahlt hat, scheint Schwarzer nicht gerade arm dran zu sein. Viele fragen sich: Woher hat sie bloß das viele Geld? An ihrem kleinen „Emma"-Verlag, dessen zweimonatliche Frauenzeitschrift – die Auflage ist auf 40 000 Exemplare gesunken – nach eigenen Angaben schwarze Zahlen schreibt, kann es kaum liegen. Klar ist: Schwarzer hatte 1977



schon den Start der Zeitschrift mit 250 000 D-Mark finanziert. Ohne sie würde es „Emma" kaum geben. Ein Experiment mit der TV-Journalistin Lisa Ortgies als Nachfolgerin scheiterte 2008 schon nach zwei Monaten. Seitdem päppelt Schwarzer „ihr Kind" lieber selbst mit den Honoraren ihrer publizistischen Nebentätigkeit auf: mit Büchern, TV-Auftritten oder Gerichtsreportagen unter anderem über den Kachelmann-Prozess.

Ob die gefragte Frau weitere Einnahmequellen hat? Stasi-Agenten der DDR und des französischen Geheimdiensts versuchten Schwarzer, die in den 60er Jahren in Paris als Au-Pair-Mädchen und Journalistin tätig war und über die französische Feminismusbewegung mit Sartre und de Beauvoir befreundet war, anzuwerben. Laut ihrer Biografie hat Schwarzer den Anwerbeversuchen widerstanden. Wurde die Moralkönigin woanders schwach? *tws*



Annäherungsversuch

Nicht wieder gutzumachen

Warum Alice Schwarzer so enttäuscht ist von uns, was Rainer Brüderle wohl dazu sagt, und warum gegen Walzer nur Gewalt hilft / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Alice Schwarzer ist zutiefst enttäuscht von uns,! Hat sie denn gar keine Freunde mehr? Wenden sich alle von ihr ab wegen der Steuersache? Aber nein, die arme Frau hat, mitten im Getümmel, sogar einen ganz neuen Freund gefunden, von dessen inniger Zuneigung sie unter Umständen gar nichts weiß.

Kennen Sie André Schmitz? Ich bis eben auch nicht. Schmitz ist (nein, war bis Dienstag) Kulturstaatssekretär des Landes Berlin. Weil er die Zinserlöse aus einer Erbschaft über 425 000 Euro nicht versteuert hat, musste er zurücktreten. Ah – jetzt erinnern Sie sich auch wieder an den. Hat aber gedauert, geben Sie's zu!

Und warum hat es gedauert? Weil die Schwarzer natürlich viel heller funkelt als so ein dröger sozialdemokratischer Landeskulturheini. Wäre der Fall der Chef-Feministin nicht gleichzeitig mit dem seinen an die Oberfläche getrieben, stünde Genosse Schmitz nun vorne auf der Medienrampe und bekäme die faulen Eier ins Gesicht. Die sind nun fast alle für Schwarzer, wofür ihr Schmitz ein Leben lang dankbar sein wird.

Seinen Sozis ist er dennoch peinlich, weshalb sie lauter denn je nach unerbittlicher Härte gegen „Steuerkriminelle" rufen. Was ist eigentlich ein „Steuerkrimineller"? Steuern sind Geld, das die Bürger und Firmen an den Staat zahlen müssen, damit der seine Aufgaben erfüllen kann. Kriminell ist es, wenn einer zum Schaden des Staates den Inhalt des Steuersäckels schmälert.

Oder? Nicht ganz: Kriminell ist nur, wer ins Säckel weniger hineingibt, als vom Staat angeordnet. Wer hingegen dieses Geld zum Schaden der Allgemeinheit aus dem Säckel wieder herausholt, um es schuldhaft zu verschwenden, dem geschieht gar nichts, der ist nicht „kriminell". Wenn Sie also 1000 Euro Steuern nicht zahlen, sind Sie dran. Wenn Sie hingegen eine Milliarde Euro als Politiker für ein absehbar desaströses Unterfangen schuldhaft durch den Kamin jagen, riskieren Sie gar nichts. Merkwürdig, nicht wahr?

Aber was soll's, dem Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit ist beides piepe. Der wusste schon seit 2012 von dem kleinen Schnitzer seines Staatssekretärs und legte einen Schwamm drüber. Verschwendung und Hinterziehung leben in Berlin in bunt-schimmeliger Symbiose. Warum auch nicht? Die Rechnungen zahlen ja sowieso die blöden Bayern.

Aber wer redet schon von sowas, wo wir doch den weitaus delikateren Fall Schwarzer haben. Die arme beschwert sich bitterlich über die „Rufschädigung" aus „politischem Interesse" und über „Denunzierung". Will sagen: Man will sie wegen eines einzigen Fehltritts als ganze Person des öffentlichen Lebens treffen, und das könnten die Angreifer „nicht wieder gutmachen".

> Einer moralischen Instanz wie ihr sind Kampagnen zuwider, sofern sie sich gegen sie selbst richten

Einer moralischen Instanz wie Alice Schwarzer ist so etwas zuwider, das würde sie selber anderen nie antun.

Ein gutes Jahr ist es her, dass FDP-Mann Rainer Brüderle wegen eines Kompliments, das er wiederum ein Jahr zuvor einer jungen Journalistin an einer Hotelbar gemacht hatte, am Pranger landete. „Sie können ein Dirndl auch ausfüllen", soll er geplappert haben und „Politiker verfallen doch alle Journalistinnen". Dann soll er der Frau auch noch mit dem Gesicht etwas näher gekommen sein, als es sich gehört. Ohne Berührung, versteht sich.

Gottchen, ja, sowas passiert an Hotelbars zu später Stunde nach ein paar Gläsern Wein, möchte man meinen. Von wegen: Sie wissen noch, was damals los war. Eine furiose Kampagne brach los, die darauf zielte, Brüderle als Politiker, als ganzen Menschen zu demontieren, Denunziation eben.

Da war es doch klar, dass sich Alice Schwarzer tapfer vor den Denunzierten gestellt und zielgenau das „politische Interesse" hinter dem „Rufmord" aufgedeckt und angeprangert hat – wo sie solche Kampagnen doch dermaßen verabscheut.

Äh, nicht ganz. Schwarzers Aussagen lasen sich seinerzeit eher so: „Das beklagte sexistische Verhalten disqualifiziert endlich auch den Mann", jubelte sie auf ihrer Internetseite und klatschte in die Hände vor Freude, dass die Stilsicherheit von Komplimenten an einer Hotelbar künftig „einer der Faktoren ist, an denen wir messen müssen, ob dieser Mann geeignet ist für eine politische Spitzenposition". Schwarzer konnte ihr Glück also kaum fassen, dass sie endlich einen läppischen Anlass gefunden hatte, den sie aufblasen konnte, um damit den kompletten Menschen und Politiker Brüderle zu zerdrücken.

Es heißt ja, niemand sei über den Diebstahl seines Besitzes so heftig erschüttert wie ein Dieb. Bei den Scharfrichtern der politisch-persönlichen Kampagne scheint es sich genauso zu verhalten.

Dennoch hat Frau Schwarzer in einem Punkt natürlich Recht. Es gibt Schlimmeres als Steuerhinterziehung: Tanzen beispielsweise. In Wien haben Linksradikale einen Aufstand vom Zaun gebrochen, weil Leute mit der mutmaßlich falschen politischen Meinung in der Hofburg Walzer tanzten: Korporierte und FPÖ-Mitglieder zelebrierten dort den Wiener Akademikerball.

In sieben Bussen kam sogar linke Hilfe aus Deutschland, es wurde demoliert, 20 Polizisten schwer verletzt, Läden verwüstet und sogar ein gewöhnliches Lokal überfallen, ein Gast: „Wir fürchteten um unser Leben."

Kein Wunder, dass es der rotgrünen Wiener Stadtregierung nun zu bunt wird. Sie will nach den Gewaltexzessen hart durchgreifen – gegen die Walzertänzer. Der Ball soll verboten werden, weil er Wiens Ansehen schade, wie die Krawalle ja bewiesen hätten.

Die Logik geht so: Wenn „Rechte" da sind, müssen „Linke" gewalttätig werden, einfach weil es die Andersdenkenden gibt. Und Letztere sind dann natürlich schuld. Wie damals bei Papa Stalin: Wenn da mal wieder einer abgeholt und ins KZ verschleppt wurde, hieß es ja auch: Hätte der doch bloß seine Meinung geändert, dann wäre ihm das erspart geblieben. An der roten Gewalt im Gulag sind nicht die Kommunisten schuld, sondern ihre friedlichen Gegner, die die Kommunisten zur Gewalt zwingen, weil sie die falsche Meinung haben. Diese Logik des Gulag-Staates ist quicklebendig, nicht bloß in Wien.

Die FPÖ ist überhaupt ein fürchterlicher Haufen. Sie schürt Ängste vor grenzübergreifender Kriminalität, was bekanntlich den Fremdenhass anfacht. Im Burgenland haben laut „Kronenzeitung" die Einbruchszahlen binnen Jahresfrist um zwei Drittel zugelegt, hauptsächlich durch ausländische Banden.

Aber keine Sorge, auch angesichts dieser Alarmmeldung hält die Politik eisern Kurs, auf österreichischer wie auf europäischer Ebene: Die Alpenrepublik will 140 der 800 Polizeiwachen schließen, ganze Landstriche werden dann kaum noch bewacht. Und die EU? Die rollt finster mit den Augen, wenn bei den Österreichern nun Forderungen laut werden, die Grenzkontrollen wieder einzuführen. Die Politiker der etablierten Parteien in der EU kämpfen wie die Löwen für die „Freizügigkeit in Europa", weil sie Menschen und Waren einander näherbringe, beispielsweise einen balkanischen Menschen und die Waren im Haus eines Burgenländers.

Und die Ösis sollten sich hüten, denkt an Dänemark! Als die Nordlichter 2011 für kurze Zeit die Grenzkontrollen zur Kriminalitätsabwehr wieder einführten, forderte der damalige hessische Europaminister, Jörg-Uwe Hahn von der FDP, zum Boykott des kleinen Königreichs auf. Dänemark war sozusagen Schurkenstaat. Da können sie noch so viele Tanzveranstaltungen verbieten: Sollte Österreich seine Grenzposten wieder besetzen, wird der gesamte Staat komplett für „rechts" erklärt, Höchststrafe! Wenn linke Gewalttäter dann brutale Attacken auf Botschaften und Konsulate der Alpenrepublik oder auf österreichische Touristen veranstalten, werden die deutschen Politiker gezwungen sein, die Österreicher alle auszuweisen, weil sie den inneren Frieden der Bundesrepublik empfindlich stören. Die Wiener Stadtregierung würde das sicher verstehen.

MEINUNGEN

Der Chef der EU-kritischen britischen Unabhängigkeitspartei (Ukip), ***Nigel Farage****, sagt im Gespräche mit „Kings World News" (29. Januar) einen* ***Sieg der Euro-skeptischen Parteien*** *in etlichen wichtigen Ländern bei den kommenden EU-Wahlen voraus:*

„Die Machthaber haben sehr, sehr viel Angst, dass sie ein Europäisches Parlament bekommen könnten, das nur sehr schwer zu kontrollieren ist. In Frankreich, Großbritannien, Finnland und den Niederlanden haben wir Parteien, die zurzeit eine wirklich starke Vorstellung abliefern. Fakt ist, dass die Kommentatoren jetzt darauf tippen, dass die Euroskeptischen Parteien in Großbritannien, Frankeich und den Niederlanden gewinnen werden. Das ist eine sehr, sehr bedeutsame politische Rebellion, die die Politik für die nächsten drei Monate beherrschen wird."

Rupert Neudeck*, Vorsitzender der deutschen Hilfsorganisation „Grünhelme", klagt in der „FAZ" vom 31. Januar über den Umgang mit* ***Kritik an Zigeunern****:*

„Wie kann es sein, dass jemand als ‚Nazi' verunglimpft wird, der versucht hat, seine vielfältigen Begegnungen mit ‚einem ungeliebten Volk' in einem Buch darzustellen? Das widerfuhr Rolf Bauerdick, der in seinem Buch ‚Zigeuner' alles aufschreibt, was er in jahrelangen Beobachtungen und Erfahrungen unter Roma und Sinti erlebt hat … Die Roma sind das privilegierte Opfer einer fehlgeleiteten Entwicklungspolitik, die meint, mit Geld und guten Gaben ließe sich ein Problem lösen. Doch wenn von den Empfängern milder Gaben nicht auch etwas verlangt wird, wächst das Problem nur."

In der „Welt" vom 2. Februar fordert die ***DDR-Bürgerrechtlerin und Autorin Monika Maron****, Politiker müssten Muslimen die Grenzen aufzeigen:*

„Am wenigsten verstehe ich, warum die deutschen Politiker mit den muslimischen Vertretern in diesem beschwichtigenden Ton sprechen, als hätten sie gerade einen Deeskalationskurs der Neuköllner Kriminalpolizei absolviert. Sie sind die gewählten Repräsentanten aller Deutschen und legitimiert, die säkularen Grundsätze des Staates klar und unmissverständlich zu verteidigen."

Die Publizistin ***Necla Kelek*** *kritisiert im „Focus" (3. Februar) die „gleichmütige" Haltung der Bundesregierung gegenüber* ***dreisten Wahlkampfauftritten*** *des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip* ***Erdogan in Deutschland*** *und geißelt das doppelzüngige Auftreten von dessen Adepten in der Bundesrepublik:*

„Der türkische Premier Erdogan kommt nach Deutschland und hält Wahlkampfreden. Das ist eine Provokation, die die deutsche Regierung zum dritten Mal mit stoischem Gleichmut erträgt … Diejenigen, die hier ungehemmt dem türkischen Nationalismus frönen, sind übrigens auch die Lautesten, wenn es um die doppelte Staatsbürgerschaft geht. Sie wollen alle Rechte in diesem Land, in dem sie zum Teil in der vierten Generation leben, verhalten sich aber nur der alten Heimat gegenüber loyal."